

Außerschulische Bildung

Zeitschrift der politischen
Jugend- und Erwachsenenbildung

4/2015

THEMA IM FOKUS

Netzpolitiken. Zwischen digitaler Freiheit und Kontrolle

4 Überwachung
und Digitalisierung
von Nils Leopold

12 Daten als Ware
von Jochim Selzer

19 Was tun, wenn junge
Menschen sich im
Internet radikalisieren?
von Julia Wolrab und
Martin Ziegenhagen

25 Im Strom der Medien
von Annette Ullrich
und Frank Hofmann

32 Jugend hackt
und DATA:RUN
von Daniel Seitz

Außerschulische Bildung
Zeitschrift der politischen
Jugend- und Erwachsenenbildung

4/2015

Zu diesem Heft

Das World Wide Web versprach Freiheit und unbegrenzte Kommunikation. Aber nicht erst seit den Enthüllungen von Edward Snowden ist deutlich geworden, dass es eine Freiheit unter Beobachtung ist – z. B. durch Geheimdienste, aber ebenso durch Unternehmen, die mit Daten handeln, um das „perfekt abgestimmte“ Angebot an die Frau oder den Mann bringen zu können.

Auch mit der unbegrenzten Kommunikation ist es nicht überall gleich gut bestellt. Einige Regierungen nutzen ihre Macht, um die Freiheit des Internets einzuschränken und Informationen zu lenken.

Das Internet bietet einen unendlich großen Informationspool für Wissen und Bildung, aber dort werden auch menschenverachtende Haltungen verbreitet und unter dem Schutz der Anonymität rufen Menschen zu Hass und Gewalt auf.

Wie lernen wir, mit der Flut von Informationen und Meinungen umzugehen? Wer hat im Blick, welche Folgen sein Verhalten im Netz und das Produzieren von (Meta-)Daten nach sich ziehen? Wer schützt seine Daten tatsächlich wirksam? Den meisten Menschen ist das alles viel zu aufwändig. „Bequemlichkeit aber“, so heißt es in einem der Beiträge dieser Ausgabe, „ist die gefährlichste, weil zuverlässigste Form, Überwachungsmaßnahmen durchzusetzen.“

Die Whistleblower haben mit ihren Enthüllungen die Forderung nach besseren rechtlichen Sicherungen bestärkt. Sie haben erreicht, dass das Thema „Sicherheit im Internet“ jetzt auch im Fokus parlamentarischer Beobachtung steht. Auch um eine wirksamere Kontrolle des Transfers und der Verarbeitung von personenbezogenen Daten wird weiter gerungen. Das zeigen auch die aktuelle Klage vor dem Europäischen Gerichtshof und das daraufhin ergangene Urteil über die Ungültigkeit des Safe-Harbor-Abkommens von 2000.

Diese Ausgabe der „Außerschulischen Bildung“ nähert sich dieser komplexen Thematik aus unterschiedlichen Blickwinkeln und sie präsentiert Konzepte und Projekte der politischen Bildung, die zeigen, wie sich Menschen aktiv und selbstbestimmt gestaltend in der Mediengesellschaft bewegen können.

Eine anregende Lektüre wünscht Ihnen



Friedrun Erben

Friedrun Erben

Thema des nächsten Heftes: Religionen in der Migrationsgesellschaft. Ein Thema der politischen Bildung

Die Ausgaben der Außerschulischen Bildung, deren Erscheinen mehr als zwei Jahre zurückliegt, können auf der AdB-Homepage über folgenden Link kostenlos abgerufen werden: www.adb.de/zeitschrift_ab

Thema im Fokus:

Netzpolitiken. Zwischen digitaler Freiheit und Kontrolle

- 4 **Überwachung und Digitalisierung** von Nils Leopold
- 12 **Daten als Ware** von Jochim Selzer
- 19 **Was tun, wenn junge Menschen sich im Internet radikalisieren?** von Julia Wolrab und Martin Ziegenhagen
- 25 **Im Strom der Medien** von Annette Ullrich und Frank Hofmann
- 32 **Jugend hackt und DATA:RUN** von Daniel Seitz
- 38 **Ausgewählte Literatur zum Schwerpunktthema**

Forum

- 39 **Keiner allein ist so smart wie ein Team** von Ina Nottebohm
- 44 **Managing minority Youth Civic Engagement** von Brayan Rosa Rodrigues

Politische Bildung praktisch

- 49 **Politische Bildung für alle!** von Julia Behr

Jahresthema im AdB

- 54 **Bewegte Leben – Moving lives** von Martin Kaiser

Rezensionen

- 59 **Rezensionen**

AdB aktuell

- 70 **AdB aktuell**

Berichte, Hinweise, Nachrichten

- 78 **Personalien**
- 78 **Aus Profession und Politik**
- 91 **Ausschreibungen und Wettbewerbe**
- 92 **Veranstaltungen**
- 93 **Zeitschriftenschau**
- 94 **pb-digital**
- 96 **Impressum**

Überwachung und Digitalisierung

Freiheitsschutz durch Recht

Die Versprechen, durch das Internet Demokratie weiterentwickeln, Freiheit und Meinungsfreiheit gewähren und Bildungsmöglichkeiten steigern zu können haben – jedenfalls bei uns in Deutschland – massiv an Leuchtkraft eingebüßt. Das Beharren der USA und seiner Verbündeten auf der Richtigkeit des eingeschlagenen Weges im Umgang mit Daten irritiert, ebenso die relative Gleichgültigkeit der Öffentlichkeit in anderen Staaten. Bis heute gibt es weltweit nahezu keine Konsequenzen aus den Enthüllungen über die Überwachung. Die jüngere Entwicklung des Internets muss deshalb als Ernüchterungsgeschichte erzählt werden, als Geschichte eines langen Umwegs hin zur gesellschaftlichen Gestaltung, hoffentlich zum Recht. Dieser Artikel zeichnet die Linien nach und erörtert Lösungsmöglichkeiten. von Nils Leopold

Ist das Internet wirklich kaputt **1**, wie es *Sascha Lobo* nach den Enthüllungen *Edward Snowdens* irgendwann sichtlich entnervt zum Besten gab? Die komplexe globale Netz-Infrastruktur aus unterschiedlichsten Markt-, Informations- und Kommunikationsangeboten funktioniert ja eigentlich besser denn je. Vor allem das Internet trägt die rasch fortschreitende Digitalisierung aller Lebensbereiche. Alles, so scheint es, wird gerade Internet. Aber was wurde aus dem freien, dem offenen Internet? Was mit der vielbeschworenen, innovativen „sharing culture“ **2**, oder der open source-community? **3**

1 www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/abschied-von-der-utopie-die-digitale-kraenkung-des-menschen-12747258-p4.html; Letzter Zugriff für alle in diesem Beitrag genannten Links: 28.09.2015

2 Böse Gesinnte würden meinen, sie sei der disruptiven Marktstrategie eines Konzerns wie Uber gewichen, die das Teilen zum kommerziellen Hebel eines neoliberalen Geschäftsmodells erhoben hat.

3 Das bundesdeutsche Auswärtige Amt jedenfalls kehrte nach kurzem Ausflug zu open source Produkten zum proprietären Microsoft Office Standard zurück, weil angeblich ein Aufstand der Büro-schreibkräfte die Rückkehr zum bekannteren und handlicheren Standard erzwungen hatte.

Schon *John Perry Barlows* „A Declaration of Idependence of Cyberspace“ von 1996 war reaktiv. Sie wandte sich gegen Zensuranstrengungen **4** der US-Regierung, die sich auf Veröffentlichungen im Web bezogen. **5** So neu war und ist die Wahrnehmung also nicht: hier das schützenswürdige Biotop Internet, dort die bedrohliche Hydra Staat, die alles Neue und Innovative im Keim zu ersticken droht. **6** Diese Ansätze wurden von einem geradezu unheimlichen Willen getragen, das Internet einer kontextualisierenden Debatte in realen weltpolitischen Machtgefügen zu entziehen. Doch der Weg des Internets in die gesellschaftlichen Realitäten war vorgezeichnet.

4 Die Netzsperrendebatte von 2010, die Ursula von der Leyen zur Zensursula promovierte, bietet ein aktuelles Pendant und wog als vermeintlicher Sieg der Netzgemeinde über Regulationsanforderungen viele in Sicherheit.

5 Vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Unabh%C3%A4ngigkeitserkl%C3%A4rung_des_Cyberspace (Short link: <http://bit.ly/1Gc8lhy>)

6 Deutlich auch noch in der 1996 veröffentlichten „Magna Charta for the Knowledge Age“ von Ester Dyson et al., www.pff.org/issues-pubs/futureinsights/fi1.2magnacarta.html (Short link: <http://bit.ly/1PJdpES>)

Im Schatten des Hegemons

Die *Snowden*-Enthüllungen von 2013 waren der bis dahin stärkste Einbruch des Realen in den von pauschalisierenden Idealisierungen wie von Dystopien dominierten Internetdiskurs. In den USA wurden die Enthüllungen als *Fukushima* der von der NSA angeführten, globalen Überwachungsinfrastruktur wahrgenommen. Zu ihrer Abschaffung hat es freilich nicht geführt. Spätestens seit *Snowden* haben bestimmte Idealisierungen, die von Beginn an an das Internet herangetragen wurden, den vielleicht finalen Knacks erhalten. Jedenfalls hat es dank des globalen Überwachungsskandals der Geheimdienste eine bestimmte Form freiheitlicher Begeisterung erwischt, von der die Netzgemeinde lange Zeit getragen wurde und die heute nur noch als naiv wahrgenommen wird. Dabei geht es nicht allein um staatliche Überwachung. Auch die massive Kontrolle der Verbraucher/-innen durch die oligopolistisch aufgestellte Internetwirtschaft hat erhebliches Gewicht. Auf der Business-Seite waren es insbesondere das Geschäftsgebaren von Facebook und Google, welches bereits lange vor *Snowden* viele Beobachter nachdenklich werden ließ. Die durch das Internet eröffnete Möglichkeit umfassender Kontrollierbarkeit jedenfalls war bereits lange vor *Snowden* Thema, doch erst die NSA und ihre Partner lieferten dann den ultimativen Anwendungsfall.

Auch eine bestimmte Vorstellung von Privatheit hat gelitten, nämlich die von Privatheit als Vorstellung individueller Kontrolle. Für viele ging und geht diese Vorstellung damit einher, selbst quasi eigentumsgleich über die „eigenen Daten“ verfügen zu können. Schon das Bild weltweiter Vernetzung steht dem aber entgegen. Die Annahme, der Einzelne habe es angesichts einer zunehmend ubiquitären digitalen Umwelt selbst in der Hand oder müsse es selbst in die Hand gelegt bekommen, sich und die seinen vor staatlicher und privater Erfassung zu schützen, wirkt aus der Zeit gefallen. Viele Erfassungsformen, beispielsweise die im Alltag allgegenwärtige Videoüberwachung, entziehen sich der Möglichkeit der Erteilung etwaiger Einwilligungen, oftmals werden sie gar nicht bemerkt. Und selbst wenn man per strengem rechtlichem Regiment Entscheidungssituationen für die Bürger/-innen erzwingen wollte, in denen diese permanent in einzelne Datenverarbeitungen einwilligen können, so bliebe, neben der Frage der Akzeptanz genervter Verbraucher, auch die Frage, was nach der Erfassung mit den Daten

geschieht.⁷ Spätestens dafür bedürfte es dann weiterer Regelungsvorgaben, welche die Bürger/-innen selbst kaum zu leisten vermögen. Das aus der US-Privacy-Debatte stammende Bild der individuellen „information control“ passt allerdings mit einem modernen und komplexen Verständnis von Privatheit, wie es beispielsweise im europäischen Datenschutzmodell seinen Niederschlag findet, ohnehin kaum zusammen. Denn das europäische, wesentlich durch den bundesdeutschen Datenschutz geprägte Modell, setzt auf gesetzliche Vorgaben für die Datenverarbeitung der verantwortlichen Stellen selbst, also der Behörden und Unternehmen.⁸

Der Befund globaler Massenüberwachung

Die westlichen Geheimdienste haben ein weltumspannendes Netz digitaler Überwachung über die Datenströme geworfen.⁹ Unter dem Namen *Signal Intelligence* betreiben auch der Bundesnachrichtendienst und das Bundesamt für Verfassungsschutz massive Telekommunikationsüberwachung in einem Umfang, der weder den dafür vorgesehenen Aufsichtsbehörden und Kontrollgremien, noch der deutschen Öffentlichkeit bekannt war.¹⁰ Die gravierendsten Eingriffe in die Kommunikationsinfrastruktur erfolgen an den zentralen Glasfasernetzen der Erde, durch welche gigantische Informationsströme aller Art fließen. Vermutlich kaum ein Land der Erde kann sich – aufgrund der Funktionsweise des Internets – heute der Erfassung durch Geheimdienste entziehen, welche an unterschiedlichen Punkten der globalen Telekommunikationsinfrastruktur nach bestimmten, unterschiedlichen Vorgehensmustern ansetzt und dort Datenströme abgreift. Dieses Netzwerk der Ausspähung ist ohne die mehr oder weniger freiwillige Mitwirkung der *Telcos*, also der großen Telekommunikationsanbieter weltweit, nicht realisierbar. Bundesdeutsche Bürger/-innen können – bis heute – vielfältig von entsprechenden Maßnahmen betroffen werden: zum einen durch die Abgriffe ausländischer Geheimdienste an den Deutschland weltweit verbindenden Glasfaserkabeln, z. B. an dem nach Großbritannien führenden Transatlantikkabel, über →

7 Stellvertretend für state-of-the-art-Analysen steht heute Big Data, eine Form der Auswertung großer Datenmassen auf noch unerkannte Zusammenhänge.

8 Vgl. etwa das für öffentliche wie nicht-öffentliche Stellen geltende Bundesdatenschutzgesetz (BDSG).

9 Vgl. dazu: https://en.wikipedia.org/wiki/The_Snowden_Files

10 Dies dokumentieren die Berichte zum 1. Untersuchungsausschuss beim bekanntesten Politikblog netzpolitik.org: <https://netzpolitik.org/tag/nsa-ausschuss>

den ein erheblicher Anteil der Telekom-Datenströme abgewickelt wird und welches einer Datenspeicherung und Auswertung des britischen Geheimdienstes GCHQ unterliegt. Zum anderen haben insbesondere die sogenannten *Five Eyes*¹¹ erhebliche Angriffs- und Hackingkapazitäten aufgebaut. Sie erlauben den aggressiven direkten Zugang zu den Infrastrukturen ausländischer Staaten, zu deren Regierungen sowie zu einzelnen Unternehmen, beispielsweise unter Ausnutzung sogenannter *ZeroDayExploits*, also von Sicherheitslücken in Softwareprodukten.

Die gravierendsten Eingriffe in die Kommunikationsinfrastruktur erfolgen an den zentralen Glasfasernetzen der Erde, durch welche gigantische Informationsströme aller Art fließen.

Dieses Überwachungssystem wird im Großen und Ganzen selbst von den USA nicht mehr bestritten, es wird vielmehr aktiv als legitime Maßnahme nationaler Sicherheit verteidigt.¹² Seine Anfänge liegen weit vor den Anschlägen des 11. September 2001, wie insbesondere der *Echelon-Bericht* des Europäischen Parlaments¹³ zu belegen vermag. Vereinzelt Reformansätze betreffen bislang allein Einschränkungen hinsichtlich der zugleich erfolgenden Erfassung von US-Bürgerinnen und -Bürgern. Die Beweise der Existenz des Systems folgen aus einem seit Juni 2013 nicht versiegenden Strom von Veröffentlichungen aus dem *Snowden-Fundus*, inzwischen geht man aber zudem von einem „zweiten Snowden“ in der Geheimdienstcommunity aus. Von besonderer, aber bislang nicht ausreichend gewürdigter Bedeutung sind die Erkenntnisse des 1. Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestags (NSA-Ausschuss), der, neben zahlreichen Bestätigungen der in den *Snowden*-Dokumenten beschriebenen Vorgänge, vor allem eine wichtige Erkenntnis zutage för-

11 Zu den Five Eyes-Staaten gehören Australien, Großbritannien, Kanada, Neuseeland und die USA.

12 Vgl. www.whitehouse.gov/the-press-office/2014/01/17/remarks-president-review-signals-intelligence (Short link: <http://1.usa.gov/1L0eJTT>)

13 www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+REPORT+A5-2001-0264+0+DOC+PDF+V0//DE

derte: Die bundesdeutschen Geheimdienste sind längst aktive Akteure und Partner der globalen Ausspähung. In Kooperationsprojekten mit der NSA unter den Namen *eikonal* oder *glotaic* erfolgten zwischen 2003 und 2008 besonders brisante Massenabgriffe sogar auf deutschem Boden, mit Deckung der jeweiligen Bundesregierung.¹⁴ *Snowden*-Folien und Aussagen im Bundestag legen nahe, dass im Ausland zahlreiche, als Massenabgriffe konzipierte Informationsabgriffe des BND erfolgen, entweder in Kooperation mit anderen Diensten oder im Alleingang. Die Bedingungen bisher bekannt gewordener Kooperationen bestanden in einem Tauschgeschäft: Erfassung und Analysetechnik gegen Daten und Informationen, und das massenhaft. Der von der Bundesregierung bis heute betriebene Versuch, die Verantwortung für immer neue Details des umfassenden Überwachungsnetzes den USA anzulasten, kann damit als gescheitert angesehen werden. Akten und Zeugenaussagen belegen umfänglich die Bestrebungen der bundesdeutschen Geheimdienste, mit *Five Eyes* Staaten ins Geschäft zu kommen.

Das auch rechtlich wohl brisanteste Detail des bislang aufgedeckten Systems, dessen bisher bekannte Ausmaße wohl nur als die Spitze des Eisbergs betrachtet werden können, liegt in der weitgehend zweckoffenen Nutzung der Kooperationen und der dabei anfallenden Informationen, auch gegen engste Verbündete und europäische Nachbarstaaten. Entgegen der Rhetorik der Verteidiger des Systems geht es nicht allein um Terrorismusbekämpfung oder Proliferationsbekämpfung. Insbesondere der anhaltende und nunmehr vor dem Bundesverfassungsgericht angelangte Skandal um die in Bad Aibling auf bundesdeutschen Erfassungssystemen eingesetzten Filtermerkmale (Selektoren) von BND und NSA legt nahe, dass gezielt Behörden europäischer Mitgliedstaaten als auch Unternehmen ausgespäht wurden. Offenkundig war der BND über Jahre durchaus im Bilde hinsichtlich entsprechender Nutzungen, unterband diese jedoch nicht. Möglicherweise war er dazu technisch nicht einmal ansatzweise in der Lage. Und offenbar hat er selbst massiv gegen das Grundgesetz und EU-Recht verstoßen, indem er Bundesbürger/-innen nicht herausfiltern konnte und selbst Selektoren etwa gegen EU-Bürger/-innen aus benachbarten Staaten verwendete.

Alles deutet darauf hin, dass dieses System der Massenüberwachung keineswegs auf „Jedermann“ abzielt, wie

14 Vgl. <https://netzpolitik.org/2015/live-blog-aus-dem-geheimdienstuntersuchungsausschuss-dr-urmann-leiter-der-technischen-aufklaerung-des-bnd>

dies etwa noch bei *George Orwells* „1984“ beschrieben wird. Vielmehr geht es um die systematische weltweite Kontrolle von nicht immer hinreichend bestimmten Personen und Personengruppen zu einer Vielzahl von Zwecken. Doch diese Zahl von Personen scheint gewaltig: Die Terrorismusbekämpfung stellt lediglich einen, wenn auch zentralen Zweig dar, der mit einer ungeheuren Zahl von fast zwei Millionen Verdächtigen operiert. ¹⁵ Gängig aber sind systematische und dauerhafte Überwachungen von befreundeten Regierungen und wichtigem Personal, ebenso wie die Überwachung von bedeutsamen Wirtschaftsunternehmen. ¹⁶

Die Kontrolle durch die Privatwirtschaft

„Daten sind das neue Öl“ lautet die gleichermaßen schiefe, als auch für kurzatmige Politikdiskurse hinlängliche Illusionierung der Beteiligten. ¹⁷ „Daten“ klingt angenehm neutral, aber der Sache nach geht es um Informationen



Foto: Bernd Kasper / pixelio.de

und Wissen, welche im Ergebnis möglichst feingranular einzelnen Personen zugeordnet werden soll. „Know your customer“: Das so generierte Wissen steuert diese Personen betreffende Entscheidungsprozesse, von möglichen Angeboten über individuelle Preisfestlegungen bis hin zur Kreditvergabe. Doch anders als Öl gehören Daten niemandem, sondern betreffen jeweils den, der gerade an einer Kommunikation beteiligt ist. Sie sind – je nach Medium – in ihrem Sinn veränderlich und stark interpretationsbedürftig. Der mit dem Bild des Öls bezweckte „Ölrausch“ ist geeignet, diese komplexe soziale Gerechtigkeitsfragen aufwerfenden Umstände zu vernebeln. Denn auch diese stark vereinfachende Formel trifft zu: Daten (und Informationen) sind Macht. ¹⁸

Die Realität der Verarbeitung privater Daten nähert sich, wie im öffentlichen Bereich, der vollständigen Erfassungen der Bürger/-innen. Ein bisschen Internetsurfen und die Erfassung der digitalen Spuren im Netz allein entsprechen nicht mehr der Realität. Wir sind heute überall andauernd online, und der Alltag wird getrackt, d. h. analysiert und zurückverfolgt. ¹⁹ Spätestens der Sieg des Smartphone und seiner Apps und auch des Mobile Computing mit Tablet Computern, E-Books usw. hat das deutlich gemacht. Eingehende Persönlichkeits- und Bewegungsprofile sind möglich. Selbst das TV wird jetzt „smart“ und schneidet buchstäblich jede Nutzung mit. Immerhin lässt sich ein Teil der Datenverarbeitungen noch unmittelbar auf unser eigenes, verantwortliches Handeln zurückführen. Doch wer von uns hat die alltäglichen, ohne unser Zutun im Hintergrund ablaufenden Datenerfassungen noch „im Griff“? Forschungen beispielsweise deuten darauf hin, dass sich Webangebote für Nutzer/-innen zu phantasmatischen Räumen entwickeln können. Sie unterliegen der Illusion, alles unter Kontrolle zu haben, so etwa in Gestalt von Einwilligungsbüttons. Zugleich fühlen sie sich in Chatrooms und kuschelig gestalteten Seiten „wie zu Hause“. Doch ihnen wird kaum bis gar nicht bewusst, dass hinter den Oberflächen technische Abläufe stehen, die eine vollständige Erfassung und Analyse aller Handlungen ermöglichen. ²⁰ →

¹⁵ Vgl. dazu: <https://theintercept.com/2014/07/23/blacklisted>

¹⁶ Vgl. Quelle Fußnote 13

¹⁷ Zum Teil wird die These auch nur am Wert der IT-Unternehmen festgemacht: vgl. www.sueddeutsche.de/wirtschaft/google-wertvoller-als-exxon-mobil-daten-sind-das-neue-oel-1.1885188 (Short link: <http://bit.ly/1eIQmd>)

¹⁸ Frei nach Francis Bacon, dem der Gemeinpruch „Wissen ist Macht“ zugeschrieben wird.

¹⁹ Mehr dazu unter www.wsj.com/public/page/what-they-know-digital-privacy.html

²⁰ Dazu etwa lesenswert die Psychologieprofessorin und Forscherin Sabine Trepte: www.crowdmedia.de/privacy-online-warum-die-selbstoffenbarung-im-internet

Jetzt stehen wir an der Schwelle zu einem allgegenwärtigen Computing der Umwelt. Die sogenannte Offline-Welt selbst beginnt zu funken. Ganz ohne unser Zutun. Sensoren in Gegenständen vernetzen sich und geben laufend Statusberichte über ihre Umwelt weiter. Wir werden zur (erfassten) Umwelt dieser Technik. Unser Haus, unser Auto, öffentliche Räume und Ladenlokale – unser Verhalten wird wahrgenommen, zugeordnet, bewertet und ausgewertet. Und diese Offline-Welt wird zunehmend mit der Online-Welt vernetzt. Ein Beispiel sind die Projekte von Google, mit einem eigenen Fahrzeug in den Automobilmarkt einzusteigen. Ein anderes einprägsames Beispiel sind die Google-Datenbrillen. Und im Hintergrund läuft eine neue Entwicklung, die all das, die Fülle von Daten- und Informationserhebungen zusammenzuführen und zu Mehrwerten der unterschiedlichsten Art zu verarbeiten verspricht: Big Data.

Für die Verbraucher ist diese Entwicklung mehr als verwirrend. Was bedeutet eine allseits vernetzte Welt für das Wissen zu meiner Person? Noch vor 25 Jahren konnte von einem einigermaßen abschätzbaren Kontext, in dem man sich bewegte, von identifizierbaren und auch überschaubaren Empfängern von Informationen ausgegangen werden. Doch wer nimmt heute alles Anteil an den gewaltigen Datenströmen, die über uns in den verschiedensten Alltagssituationen erhoben und ausgewertet werden? Niemand behauptet, er lese 50-seitige Online-AGB von Anbietern. Und welches Wissen entsteht eigentlich genau aus diesen Informationen? In welchen Entscheidungsprozessen wird auf diese Informationen zurückgegriffen? Was bedeuten diese Auswertungen für die Position der Verbraucher?

Webtracking, die Sammlung und Auswertung des Verhaltens im Netz, hat vor diesem Hintergrund eine völlig neue Dimension erlangt. Es steht im Kontext einer neuen Dimension der Vernetzung von Information aus den unterschiedlichsten Quellen – und vor der neuen Dimension der Auswertbarkeit der Datenmassen für unterschiedlichste Zwecke.

Erfassung im Web und Informationsschutz

Als das Internet noch aus nicht viel mehr als einer kleinen Zahl von Nutzern vorrangig an Universitäten bestand, die technisch über die notwendigen Kenntnisse zur Teilnahme verfügten, gab es die „Netiquette“, die vielleicht einzig nachgewiesene, tatsächlich angewandte Selbstregulierung des Internets in Gestalt unverbindlicher Verhaltenstipps. Zu einem Zeitpunkt hoher Homogenität und zahlenmäßiger Überschaubarkeit der Teilnehmer/-innen

war sie die zentrale Verhaltens- und Erwartungsgrundlage bei der Nutzung des damals noch überschaubaren Web. Erstaunlich erscheint allerdings, wie lange sie, als bereits Milliarden Bürger/-innen weltweit vernetzt waren, noch als maßgebliches Regelungsinstrument angeführt wurde.

Der Datenschutz muss sich im Kontext des Internets ebenfalls neu erfinden.

Wie bereits erwähnt, gab und gibt es seit Anfang der 90er Jahre eine vor allem in den USA anzutreffende, nachvollziehbare Abwehrhaltung gegenüber staatlichen Ansprüchen an Verhaltensregulierungen des Web, weil es stets und überwiegend um Überwachungs- und Kontrollansprüche ging. Insbesondere das Problem der Hassrede im Internet als auch die Durchsetzung des geltenden Urheberrechts waren und sind Hebel für immer neue Instrumente zur Aufhebung der Privatheit und Eingriffe in Rechtspositionen der Bürger/-innen gewesen. Später trat dann auch die Straftatbekämpfung hinzu, etwa in Gestalt der bis heute andauernden Diskussion um die sogenannte Vorratsdatenspeicherung.²¹

Das zur Umsetzung staatlicher Anforderungen erforderliche Eingriffsrecht prägt dementsprechend die Wahrnehmung des Rechts im Kontext des Web. Dass aber Recht auch zentrale bürgerrechtliche Funktionen übernimmt, gerät dabei nur zu leicht aus dem Blick, so etwa für den Datenschutz. Im Kontext des Internets wird das Recht sehr schnell als überholtes, weil nicht mehr effektives Schutzinstrument dargestellt. Selbstschutz und Selbstregulierung sollen, wenn es etwa nach der Wirtschaft geht, den Internetdatenschutz ersetzen. Doch bis heute fehlen wirksame oder bessere Alternativen.

Dringend notwendige Reformen des Datenschutzrechts

Richtig an der Fundamentalkritik des Rechts im Kontext des Web ist: Der Befund zur Digitalisierung – jenseits aller Idealisierungen und Dystopien und selbst bei großzügiger Einpreisung der stets und notwendig bei grundlegenden Veränderungen einhergehenden Verschiebungen der Grenzen des Rechts – zeigt: Die Entwicklung wirft enorme Probleme auf. Der Erhalt von Privatheit und Meinungsfrei-

²¹ Vgl. www.heise.de/thema/Vorratsdatenspeicherung

heit bereitet zunehmend große Schwierigkeiten. Er erfordert eigentlich konzertierte Anstrengungen auf mehreren Ebenen, sowohl national als auch auf europäischer und internationaler Ebene. Und es wird zunehmend klarer: Der Datenschutz muss sich im Kontext des Internets ebenfalls neu erfinden. Innovationen auf Seiten des Gesetzgebers und der Aufsicht sind dringend erforderlich, wenn Persönlichkeitsrechte nicht zur Worthülse verkommen sollen.

Doch in den zurückliegenden Jahren war die Politik gerade hinsichtlich des Privatsektors kaum zum Handeln, geschweige denn zum Einschreiten zu bewegen. Punktuelle Ereignisse wie das Aufkommen des Web 2.0 mündeten ebenso in vagen Ankündigungen einer gesetzlichen Regelung wie die bundesdeutsche Straßen- und W-Lan-Infrastrukturergreifung durch Google, ohne dass letztlich etwas geschah.

Der heutige hohe Grad an Aufmerksamkeit für Fragen der Digitalisierung dürfte immerhin nicht allein mehr kurzfristigen Moden oder Ökonomien geschuldet sein. Denn praktisch die gesamte Lebenswelt steht inzwischen vor der Einbeziehung, eine Entwicklung, die lange vorhergesagt war und doch länger auf sich warten ließ. Beispielhaft zu nennen sind die anstehende Digitalisierung des Straßenverkehrs und der Energienetze. Und disruptive Geschäftsmodelle wie die von Uber rütteln heute die Politik wach, weil das etablierte Taxifahrtgewerbe sich querstellt.

Die Europäische Kommission reagierte 2010 zumindest auf die Datenschutzherausforderungen, indem sie eine umfassende Reform der bestehenden europäischen Datenschutzbestimmungen anstieß. Während der Reformentwurf nicht unambitioniert wirkte und das Europäische Parlament sich Mühe gab, inmitten rasch fortschreitender gigantischer Veränderungen der IT-Wirtschaft Schritt zu halten und ein hohes Schutzniveau, etwa die Anwendbarkeit von EU-Bestimmungen gegenüber in der EU tätigen US-Konzernen, festzuschreiben, wird bis heute darüber verhandelt. Im (Verhandlungs-)Trilog der EU-Institutionen angekommen, bremsen inzwischen die Regierungen der Mitgliedsstaaten, und das Reformprojekt scheint in seinen Grundfesten gefährdet. Denn grundlegende Prinzipien des Datenschutzes wie die Zweckbindung sollen geschliffen werden. Damit droht mittlerweile ein schwerer Schaden für die Bürgerrechte in Europa, der durch die Tatsache, dass es sich um eine auf nationaler Ebene praktisch nicht mehr veränderliche Verordnung handelt, umso gravierender erscheint.

Die beschriebenen Entwicklungen potenzieren einmal mehr die Risiken für die Persönlichkeitsrechte der

Verbraucher/-innen. Wenn das Risiko der Erfassung allgegenwärtig wird, wächst auch die Verunsicherung. Das Vertrauen in die technikgestützte Kommunikation leidet. Und konkret häufen sich die Situationen, in denen einzelne Verbraucher/-innen sich einer gewachsenen Datenmacht einzelner Stellen gegenübersehen: Buchstäblich jede Lebensregung kann und wird zur Setzung von Kaufanreizen ausgenutzt. Detailgenaue Profile erlauben gezielte Ansprachen. Bedenklicher als das wird die Diffusion von Informationen in die unterschiedlichsten Bereiche. Soziale Netzwerke als professionelle Totalüberwacher ihrer Plattformen öffnen den Zugriff auf ihre Datenmassen für andere Wirtschaftsbereiche und Zwecke.



Foto: Lupo / pixelio.de

Ein griffiges Beispiel war der öffentliche Aufschrei über Pläne der *Schufa*, Facebook-Daten für das Kredit scoring verwenden zu wollen. Ein anderes Beispiel war die Ankündigung von *Vodafone*, alle bei ihnen anfallenden Verkehrsdaten ihrer Kunden der Big Data-Analyse zuführen zu wollen, für Werbezwecke. Beide Projekte mussten scheitern, weil die geplanten Zweckentfremdungen der Daten in der öffentlichen Meinung keinerlei Akzeptanz fanden.

Einen rechtlichen Sonderfall stellen die Geheimdienstgesetze dar. Kaum jemand wagt noch zu bestreiten, dass die völlig veralteten Gesetze für den BND, den Verfassungsschutz sowie das speziell zum Schutz des Telekommunikationsgeheimnisses geschaffene G-10-Gesetz einer grundlegenden Reform bedürfen.²² Dabei geht es →

²² Vorschläge kommen u. a. von der SPD: <https://netzpolitik.org/2015/geheimdienst-ueberwachung-spd-praesentiert-eckpunkte-zur-bnd-reform-geht-kritikern-nicht-weit-genug/> (Short link: <http://bit.ly/1h30WzN>); den Grünen: www.boell.de/de/2014/07/25/modelle-zur-reform-und-abschaffung-der-geheimdienste

nicht allein um die Reform der parlamentarischen Aufsicht. Vielmehr müssen konkrete Grenzen für die Datenerfassung, Datenanalyse und die Datenweitergabe der Dienste eingezogen werden. Denn zum einen leugneten die Dienste bislang auf verfassungswidrige Weise die Geltung des Grundrechtsschutzes von Artikel 10 GG auch für ausländische Bürger/-innen,²³ zum anderen nutzen sie vielfach die Unbestimmtheit bestehender Regelungen für abwegige Rechtsauslegungen zu Lasten der Bürgerrechte.²⁴



Foto: FotoHiero / pixelio.de

Neuere Regelungsansätze im Datenschutz

Die bestehenden Schutzkonzepte bedürfen nicht nur, aber auch und gerade angesichts der oben aufgeworfenen Fragen, einer umfassenden Weiterentwicklung. Bisherige Datenschutzvorstellungen sind angesichts der Dynamik und Totalität der sich abzeichnenden Vernetzung kaum mehr geeignet, für einen wirksamen Schutz der

(Short link: <http://bit.ly/1P1x84H>) sowie auch von der FDP-nahen Stiftung Neue Verantwortung: www.stiftung-nv.de/sites/default/files/snv_impulse_reformagenda_geheimdienste_0.pdf (Short link: <http://bit.ly/1PJIVnf>).

²³ Vgl. www.zeit.de/politik/deutschland/2014-05/nsa-untersuchungsausschuss-bundesnachrichtendienst

²⁴ Vgl. www.zeit.de/politik/deutschland/2014-11/bnd-bundesnachrichtendienst-gesetz-grundrecht

individuellen Privatheit der Betroffenen zu sorgen. Dies zeigt sich hinsichtlich nahezu aller typischen Elemente des Datenschutzes.

Auf einer ganz grundlegenden Ebene muss für zukünftige Reformen beachtet werden: Vorstellungen wie die von einer eigentumsgleichen Kontrolle über die „eigenen Daten“ sind in einer weitgehend vernetzten digitalen Welt schlicht überholt. Sie dürften allenfalls noch für einfachste Datensätze wie einen Klarnamen oder ein Geburtsdatum zutreffen. Denn zum einen dreht es sich für die Betroffenen eher um die aus Daten *in Kombination mit anderen Daten* zu ziehenden Informationen über sie, und zum anderen sind Informationen stets alles andere als eindeutig, sondern interpretationsbedürftig. Sie werden typischerweise in komplexen Kommunikationsprozessen vom Datenempfänger erst hergestellt.

Auch der Anwendungsbereich der Datenschutzgesetze scheint zu eng: Das bislang maßgebliche Abgrenzungskriterium des Personenbezugs geht verloren. Das zeigt z. B. die anhaltende Diskussion um eines der typischen Elemente des Webtracking, die IP-Adresse. Und bei Neuentwicklungen, wie den oft zunächst noch in der Anonymität erfolgenden statistischen Auswertungen von Verbraucherverhalten, sind frühzeitiger ansetzende Regelungsvorgaben zu fordern, um Fehlentwicklungen zu Lasten der Bürger/-innen zu vermeiden.

Transparenz zählt zu den Grundelementen des Datenschutzes: Informationspflichten und Auskunftsrechte etwa dienen der Aufklärung der Betroffenen. Sie sollen die Grundlage für selbstbestimmte Entscheidungen schaffen. Diese Transparenzelemente müssen weiterentwickelt werden, weil der gewachsene Umfang und die Komplexität der Datenverarbeitung die Verbraucher/-innen sonst überfordern würde. Zum einen müssen deshalb die proaktiven Informationspflichten der Datenverarbeiter im Verhältnis zu den die Initiative der Verbraucher/-innen voraussetzenden Auskunftsrechten ausgebaut werden. Und es müssen Vorgaben hinsichtlich des Umfangs der Darlegungen gemacht werden. Verbraucher/-innen benötigen Strukturinformationen, die es ihnen erlauben, komplexe Abläufe mit einer Vielzahl von Beteiligten nachvollziehen zu können.

Schließlich sieht sich das klassische Regelungskonzept der Zulässigkeit der Datenverarbeitung mit der Vorabfestlegung von Zweckbindungen für einzeln abgrenzbare Datenverarbeitungen Fragen ausgesetzt. Moderne Verfahren wie Big Data zählen gerade auf das Gegenteil. Sie lassen sich nicht im Vorhinein festlegen, sondern suchen nach Informationsmustern, aus denen spätere Zwecke der Ver-

wertung erst noch zu generieren sind. Da diese Auswertungen in der Anonymität der Statistik erfolgen können, würden erst im Zeitpunkt der Zuordnung zu einzelnen Personen weitere Schritte fällig, wie etwa die informierte Einwilligung. Dabei wiederum entsteht der Druck, hochkomplexe Sachverhalte verständlich für individuelle Entscheidungen aufzubereiten – eine erstrebenswerte, aber tendenziell mehr und mehr überfordernde Aufgabe.

Für den Bereich des Webtracking wurden in der Vergangenheit Elemente des sogenannten Systemdatenschutzes geschaffen: verpflichtende Anonymisierungen und Pseudonymisierungen oder auch die Grundsätze der Datenvermeidung.

Von grundlegender Bedeutung ist auch die Loslösung aus der bisherigen Fixierung des Datenschutzes auf öffentlich-rechtliche Ordnungslösungen. Die beauftragten Aufsichtsbehörden sind längst überfordert. Vielmehr muss massiv und zusätzlich über privatrechtliche Instrumente gesteuert werden, dies kann etwa über die Ausweitung von Haftungsnormen für Anbieter und Hersteller geschehen, denn anders werden Datensicherheit und Datenschutz im Webkontext kaum zu erhalten sein. Interessante Vorschläge dazu brachte etwa der letzte Deutsche Juristentag.

Für den Bereich des Webtracking wurden in der Vergangenheit Elemente des sogenannten Systemdatenschutzes geschaffen: verpflichtende Anonymisierungen und Pseudonymisierungen oder auch die Grundsätze der Datenvermeidung. Beide Ansätze scheinen angesichts der vernetzten Fülle von tendenziell in der Summe die Verbraucher identifizierenden Daten unzureichend, im Fall der Datenvermeidung teilweise auch wenig sachgerecht.

Verschlüsselungsverfahren können zusätzlichen Vertraulichkeitsschutz gewährleisten, wenn sie höchsten Standards entsprechen (z. B. die Ende-Zu-Ende Verschlüsselung für Datenübertragungen).

Auch die Datensicherheit rückt weiter in den Mittelpunkt, wenn und soweit die Kompromittierbarkeit von Webstrukturen durch von Geheimdiensten infiltrierte Pro-

dukte oder von Geheimdiensten gehackte Strukturen das Bild prägen. Dies wirft grundlegende Fragen nach der Architektur des Web selbst auf. Die Dezentralität selbst kann dabei eine Antwort auf Fragen des Schutzes von Privatheit darstellen.

Deutlich wird insgesamt, welche komplexe und mehrdimensional zu realisierende Anforderungen an Reformen des Rechts bestehen. Das schließt auch schwierig zu erreichende, supranationale und internationale Übereinkünfte mit anderen Staaten ein. Das Recht muss, vergleichbar mit der zu gestaltenden Entwicklung selbst, mit Innovationen reagieren, will es seine tragende Rolle bei der Gestaltung der digitalen Gesellschaften nicht verlieren. Insgesamt scheint dabei der Eindruck zutreffend, dass die westlichen Demokratien mit dieser Aufgabe auch wegen der *Snowden*-Enthüllungen, aber nicht ausschließlich deswegen, noch ganz am Anfang stehen.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 4/2015

Zum Autor



Nils Leopold LL.M. ist Innenpolitischer Referent der Bundestagsfraktion von Bündnis 90 / die Grünen. Von 2004–2006 war er Leiter der Aufsichtsbehörde Datenschutz in der Privatwirtschaft beim Unabhängigen Landeszentrum für Datenschutz Schleswig-Holstein (ULD), von 2002–2003 Bundesgeschäftsführer Humanistische Union e. V.

nils.leopold@gruene-bundestag.de

Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.

Daten als Ware

Spaß und Kurzweil im Überwachungsstaat

Die Sorglosigkeit, mit der viele Menschen ihre Daten und Informationen aller Welt zur Verfügung stellen, ist erschreckend. Die Möglichkeiten, die Firmen, Banken, Krankenkassen, Geheimdienste etc. haben, unsere Daten zu nutzen, sind es ebenso. Und sie sind nur wenigen wirklich bewusst. Die Bequemlichkeit der Menschen macht es leicht, Daten zu missbrauchen, aber es ist auch kaum mehr möglich, Daten nicht erst entstehen zu lassen. Der Autor sieht als einzige Chance, mit diesem Dilemma umzugehen, die Änderung gesellschaftlicher Normen und die Ächtung unkontrollierten Nutzens anvertrauter Geheimnisse. von Jochim Selzer

Als ich im Jahr 1983 auf meine erste Datenschutzdemonstration ging, um die kommende Volkszählung zu verhindern, hatten wir uns den Überwachungsstaat anders vorgestellt: Grauer. Dystopischer. Eben so wie in *Orwells* „1984“.

Heute wissen wir: *Orwell* hat in vielen Punkten sogar eher untertrieben. Zwar leben die meisten von uns trotz aller sozialer Ungerechtigkeiten in recht wohlhabenden Verhältnissen, aber wenn wir uns ansehen, was Staat und Privatwirtschaft über unsere finanzielle Situation, Konsumgewohnheiten, sexuellen Vorlieben, Freizeitaktivitäten, politischen Ansichten und körperlichen Gebrechen wissen, ist die Vorstellung einer in jeder Wohnung installierten Kamera nicht mehr allzu weit weg. Die gleichen Leute, die vor 30 Jahren noch lauthals protestierten, weil sie bei der Volkszählung ihre Religion angeben mussten, übergeben an irgendeine ominöse Firma die Liste ihrer gesamten Einkäufe, um dafür einen Prozent Rabatt zu bekommen. Ein durchschnittlich gepflegtes Facebook-Profil enthält weit intimere Informationen als jede in den letzten Jahrzehnten durchgeführte Volkszählung.

Aber wehe, Google Streetview fotografiert die eigene Hauswand.

Wir regen uns auf, wenn Strafgefangene im Hausarrest mit einer elektronischen Fußfessel kontrolliert werden, ob sie auch nicht ihr Grundstück verlassen. Für unsere eigene elektronische Fußfessel stehen wir aber sogar in der Nacht vor Verkaufsbeginn stundenlang Schlange und zahlen 600 Euro. Zugegeben, so ein Smartphone sieht auch deutlich netter aus als die staatliche Variante. Wenn die Taschenlampen-App Zugriff aufs Adressbuch verlangt, wird kaum jemand stutzig. Was soll schon passieren? Die Lampenfunktion ist doch so praktisch. Ich habe ja nichts zu verbergen.

„Ich habe nichts zu verbergen“ – das kleinbürgerliche Überwachungsmantra, das den Vorwurf enthält, man könne eigentlich nur strafbare Dinge verheimlichen wollen. Tatsächlich aber gibt es viele völlig harmlose Dinge, von denen man einfach meint, sie gingen niemanden etwas an. Andere Daten wiederum mögen jetzt harmlos erscheinen und erst später brisant werden. Homosexualität zum Beispiel ist in Großstädten akzeptiert, wenn nicht sogar positiv konnotiert, in ländlichen Gegenden kann es Schwierigkeiten geben, bei der Einreise in fundamental-islamische Staaten droht sogar das Gefängnis. Das Wissen, in den 90ern gern Rindfleisch gegessen zu haben, war zum damaligen Zeit-

punkt banal, kann aber später dazu führen, dass eine Krankenkasse die Aufnahme verweigert, weil sie den Betroffenen für einen potenziellen Creutzfeldt-Jakob-Patienten hält.

Selbst wenn man solche Szenarien außer Acht lässt, ist die Frage „Warum sollte das nicht jeder wissen?“ falsch gestellt. In seinem Volkszählungsurteil hat das Bundesverfassungsgericht bereits 1983 befunden, dass die im Grundgesetz verankerte freie Entfaltung des Menschen nur dann stattfinden kann, wenn man nicht befürchten muss, dass jedes kleinste Handeln erfasst, ausgewertet, beurteilt und für spätere Verwendung archiviert wird. Die Richter erkannten damals das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung. Deshalb lautet die Frage korrekt: „Warum solltest du das von mir wissen wollen?“



Foto: Günther Gumhold / pixelio.de

Solcherlei hehres Gedankengut ficht freilich die von uns finanzierten Spione nicht an. So verrät jedes Mobiltelefon, in welcher Funkzelle es sich gerade befindet – selbstverständlich, immerhin will man ja erreichbar sein. Die Frage ist nur, wie lang diese Information aufgehoben wird und wer zu welchen Konditionen Zugriff auf sie erhält. Bei Telefonaten speichern die Anbieter, von wo aus wie lang mit wem telefoniert wurde – auch wenn das Gespräch durch einen Pauschaltarif bereits bezahlt ist. Eigentlich ist diese Art der Datenerfassung durch das deutsche Verfassungsurteil zur Vorratsdatenspeicherung und den entsprechenden EuGH-Entscheidungen verboten, aber das kümmert niemanden so richtig. Vor allem werbefinanzierte Apps für Smartphones funken bisweilen personenbezogene Daten mit der Detailliertheit einer Stasi-Akte nach Hause. ¹ Nur weil

¹ www.heise.de/ct/artikel/Selbstbedienungsladen-Smartphone-1464717.html. Letzter Zugriff für alle in diesem Beitrag aufgeführten Links: 17.09.2015

man hier kein Geld ausgeben musste, heißt es nicht, dass man solche Apps nicht anders bezahlt – mit der Offenlegung seiner Privatsphäre. Besonders kritisch wird es, wenn ein Applikationsanbieter nicht nur für sich Daten sammelt, sondern über mehrere Anbieter hinweg zentral ein Profil erhoben wird. Was die eine App nicht ausgehört hat, ergänzt dann die nächste.

„Wer viel misst, misst Mist.“ Das gilt auch bei der präventiven Verbrechensbekämpfung. Je mehr Daten ich sammle, desto wahrscheinlicher ist es, im riesigen Durcheinander vermeintliche Kausalzusammenhänge zu erkennen. So gibt es beispielsweise einen statistischen Zusammenhang zwischen Geburtenrate und Größe von Storchpopulationen eines Ortes. Natürlich ist damit nicht bewiesen, dass der Storch die Kinder bringt, sondern nur, dass gute Umweltbedingungen sowohl für Störche als auch für Menschen gute Brutbedingungen schaffen. Wenn man anhand der Funkzellenortung eines Telefons herausfindet, dass eine Person sich bei drei Bombenanschlägen in der Nähe des Detonationsorts befunden hat, folgt daraus eben nicht, dass die betreffende Person für die Attentate verantwortlich ist. Es kann auch einfach heißen, dass ein Fußballfan zu den Spielen seines Vereins reiste und die Attentäterin als Ziel ihrer Anschläge große Menschenmengen suchte – beispielsweise Fußballfans.

Die Datenschutzapokalypse ist gekommen. Ihre vier Reiter heißen Angst, Gier, Spaß und Bequemlichkeit

Angst ist der offensichtlichste Anlass, zu dem Menschen ihre Grundrechte aufgeben. Wir hatten es schon während der RAF-Zeit Ende der Siebzigerjahre erlebt, aber noch deutlicher war es anlässlich der Anschläge auf das World Trade Center im Jahr 2001. Allein in Deutschland wurden seitdem unter dem Vorwand der Terrorbekämpfung eine Menge Überwachungsmaßnahmen eingeführt, gegen die *Orwells* Zukunftsvorstellungen schon fast freiheitlich wirken. Zwischenzeitlich fingen selbst konservative Kreise an, das Schwingen der Terrorismuskeule unangebracht zu finden, aber dann kramt man eben Drogenhandel, organisierte Kriminalität, illegales Glücksspiel oder Raubkopierer hervor. Und wenn das alles nicht mehr funktioniert, hat der Kampf gegen Kinderpornografie noch nie seine Wirkung verfehlt.

Gier ist das angenehme Gegenteil von Angst und funktioniert deswegen fast noch besser. Gier heißt: Gib mir deine Daten und spare Geld. Oder bekomme eine Portion extra. Oder gewinne etwas. Gern kombiniert man auch Angst mit Gier: Angebot gilt nur bis morgen, noch drei →

Exemplare vorrätig. Warum wollen die bei den vier Wochen Gratis-Abo wissen, wie viele Leute in meinem Haushalt leben und wie viel ich verdiene? Egal, Gratis-Abo, und wenn ich die Felder nicht oder falsch ausfülle, bekomme ich vielleicht das Abo nicht.

Spaß und Geselligkeit sprechen etwas höhere Hirnfunktionen als die von Angst und Gier gesteuerte Selbsterhaltung an. Facebook ist Spaß. Ich erfahre, was meine Freundinnen gerade erleben und halte Kontakt zu Leuten, auch wenn uns viele Kilometer trennen. Natürlich erfahren sie von mir auch einige meiner kleinen Geheimnisse, aber gerade das gehört doch zu einer Freundschaft dazu. Zugegeben, nicht nur Freunde wissen, wo ich mich gerade aufhalte. So gibt es mit „Please rob me“ einen höchst praktischen Webdienst², der anhand öffentlich einsehbarer Tweets analysiert, wer gerade nicht daheim ist und wo sich deswegen ein Einbruch lohnen könnte. „Selbst schuld“, mag man sagen. Immerhin sollte inzwischen der letzte Hohlkopf gemerkt haben, wie man die Datenschutzeinstellungen bei Facebook und Twitter so einrichtet, dass die etwas peinlicheren Fotos und Tweets nicht von allen gesehen werden können, sondern nur von meinem engeren Bekanntenkreis. Naja, und natürlich Facebook.

Bequemlichkeit ist die gefährlichste, weil zuverlässigste Form, Überwachungsmaßnahmen durchzusetzen

Natürlich könnte ich meine Mails verschlüsseln, aber unverschlüsselt ist eben viel einfacher. Natürlich könnte ich mein Geld am Automaten holen und alles bar zahlen, aber dann schleppe ich immer so viel Geld mit mir herum, und passend habe ich es sowieso nie dabei. Da ist eine Kreditkarte doch viel bequemer. Na gut, dadurch weiß meine Bank, wann ich wo wie viel Geld ausgegeben habe, aber wer soll sich dafür schon interessieren? Gerade die Datenschutzaktivistinnen und -aktivisten kennen noch eine weitere Form der Bequemlichkeit: Wie, schon wieder ein neues Gesetzesvorhaben? Wie heißt es dieses Mal? ELENA, ACTA, PNR, JMStV, TTIP oder legen sie zum hundertsten Mal die Vorratsdatenspeicherung neu auf? Himmel, wer soll denn das alles noch lesen? Schon wieder eine Demonstration? Da waren doch schon beim letzten Mal so wenig gekommen. Ich kann mich doch nicht um jeden Kram kümmern. Die Überwachungslobby verfügt über fast unbegrenzte finanzielle und personelle Mittel. Die Netzaktiven-Szene hingegen besteht im Kern

² <http://pleaseroarme.com>

aus vielleicht ein paar hundert Leuten, die das Ganze als Hobby neben ihrem Beruf betreiben und nicht mal eben für sechs- bis siebenstellige Beträge eine Medienkampagne lostreten. Sie schaffen es vielleicht bei den ersten drei Versuchen, ein bestimmtes Gesetz durchzudrücken, dies zu verhindern, aber wenn das Gesetz zum vierten oder fünften Mal mit leicht verändertem Inhalt und vielleicht noch im Bündel mit anderen, harmlosen Vorhaben eingereicht wird, wächst die Wahrscheinlichkeit, dass es irgendwann doch noch durchkommt.

In der Datenschutzdiskussion taucht immer wieder das Bild der Zahnpasta auf, die man nicht mehr in die Tube zurückbekommt. Auf unsere Privatsphäre bezogen heißt das: Was erst einmal von uns bekannt wurde, lässt sich nicht wieder geheim halten. Im Gegensatz zur Zahnpasta merken wir aber meist nicht einmal, dass da etwas herausgequollen ist. Unsere Datentube bleibt immer prall gefüllt, egal, wie viel wir herausdrücken. Das Wort „Datendiebstahl“ vermittelt hier eine falsche Vorstellung. Tatsächlich sind die Daten ja nicht weg. Sie sind noch genau dort, wo sie vorher auch schon waren – und zusätzlich noch als Kopie in fremden Händen. Wir empfinden also keinen Verlust, und genau das ist das Gefährliche.

Der erste Impuls ist, Daten gar nicht erst entstehen zu lassen, doch das sagt sich so leicht

Beim Mobiltelefonieren haben wir keine andere Chance, als ständig mitzuteilen, in welcher Funkzelle wir uns aufhalten – natürlich, wir wollen ja erreichbar sein. Als Ergebnis kann ein Mobilfunkanbieter in Innenstädten normalerweise bis auf wenige Dutzend, allenfalls hundert Meter genau sagen, wo sich seine Kunden gerade aufhalten. Allein anhand dieser Daten lässt sich ohne großen Aufwand sagen, wo jemand arbeitet, welche Arbeitszeiten er hat, ob er krank (ungewöhnliche Aufenthalte daheim, nur unterbrochen durch einen Arztbesuch), ob er gerade im Urlaub ist. Geht jemand praktisch nie Lebensmittel einkaufen, wird er/sie wahrscheinlich in einer Beziehung leben, in der die andere Hälfte die alltäglichen Besorgungen erledigt. Anhand der besuchten Geschäfte lässt sich auch einiges über Vermögensverhältnisse und Bildungsstand sagen. Wohl gemerkt: Das alles weiß man, noch bevor man Paybackkarten oder Kreditkartendaten ausgewertet hat, allein schon anhand des Wissens, wann wer wo gewesen ist.

Nun haben Funkzellendaten immer eine gewisse Unschärfe. Die so gewonnenen Informationen könnten also falsch sein. Vielleicht bin ich nicht in der teuren Parfümerie, sondern im Billigsupermarkt direkt nebenan einkau-

fen. Doch dem Smartphone und dessen eingebauter GPS-Ortung sei Dank, lässt sich so etwas inzwischen deutlich präzisieren. Um noch bessere Positionsdaten zu bekommen, trianguliert Google die Position mit Hilfe der WLAN-Funkzellen in Reichweite. Auch hier fällt es schwer, so etwas pauschal zu verdammen. Wer schon einmal in einer wildfremden Stadt mit einem flatternden Stadtplan versucht hat, sich zu orientieren und dann noch mit der bizarren Tariflogik der örtlichen Verkehrsbetriebe klarkommen wollte, weiß die Annehmlichkeit zu schätzen, mit der die Navigations-App durch das Straßengewirr einer fremden Stadt leitet und optimaler Weise auch gleich die passenden Tickets kauft. Ja, Google weiß dann nicht nur wonach ich im Netz suche, was in meinen (G-)Mails steht, mit wem ich mich (mit Google Calendar) verabredet habe, sondern auch noch, wo genau ich mich gerade aufhalte. Aber der Fairness halber muss man sagen: Es vereinfacht auch eine ganze Menge.

Nebenher vereinfacht GPS-Navigation auch die Arbeit der Verkehrspolizei. Es fing schleichend an. Zu Beginn war da nur die freundliche Stimme, die zuverlässig den rechten Weg wies und auch gern einmal warnte, wenn man zu schnell fuhr. Später wurden immer mehr Mietwagen mit GPS-Ortung ausgestattet, um Fahrzeugdiebstahl entgegen zu wirken. Heute werden Neuwagen per Gesetz mit Aufzeichnungsgeräten versehen, die nach einem Unfall rekonstruieren helfen, was genau passiert ist. In naher Zukunft wird jemand auf die Idee kommen, die Autobahnmaut anhand von GPS-Daten zu berechnen, und ehe man es sich versieht, gibt es mit der Mautabrechnung auch noch eine metergenaue Aufstellung, wann man wie viel zu schnell gefahren ist und wo man wie lang im Halteverbot gestanden hat. Bitte zahlen Sie jetzt.

Gefährliches Datensammeln?

Neben der Gier, Geld zu sparen, spricht Payback als moderne Form des Rabattmarkenheftchens auch gleich unseren Spieltrieb mit an. Punktesammeln bringt ja auch Spaß. Im Gegensatz zur anonymen und hauptsächlich der Kundenbindung dienenden Rabattmarke liefert Payback allerdings ungleich mehr Informationen. Das Wissen, wer wann was wo gekauft hat, gibt Payback natürlich nicht heraus, aber das liegt nicht am Datenschutz, sondern daran, dass man sich sonst selbst die Geschäftsgrundlage entzöge.

Die bei Payback anfallenden Daten sind allerdings nicht nur einfach wertvoll für Werbepartner – sie sind gefährlich. Am Konsumverhalten eines Menschen lässt sich viel

ablesen, angefangen von sozialem Stand, Beziehungsstatus (es gibt typische Familien- und Single-Artikel, selbst bei Lebensmitteln) bis hin zur Religionszugehörigkeit (meidet jemand Schweinefleisch?), Krankheiten (lactosearme Speisen) und möglichen Gesundheitsgefahren (zu viel Fett und Süßigkeiten). Gerade Krankenkassen dürften sich brennend für diese Daten interessieren und ihre Policen für einige Versicherte entsprechend anpassen.

Was erst einmal von uns bekannt wurde, lässt sich nicht wieder geheim halten.

Insgesamt zeigen die Krankenkassen in den letzten Jahren eine auffällige Tendenz, die Solidargemeinschaft ihrer Mitglieder aufzuweichen. Das nennen sie freilich nicht so, sondern beispielsweise „Bonusprogramme“ oder „Gesundheits-App“. Die Idee ist dabei immer die gleiche: Gegen den – selbstverständlich freiwilligen – Nachweis, an bestimmten Trainingsprogrammen teilgenommen zu haben, gibt es ein paar Euro Rabatt. Man könnte es auch umgekehrt formulieren: Die Beiträge steigen allgemein, aber wer sich von der Krankenkasse durchleuchten lässt, bleibt vorerst ausgenommen. Die Betonung liegt dabei auf „vorerst“, denn es ist nicht anzunehmen, dass die Versicherung ruhig zusieht, wenn ihre Schutzbefohlenen anfangen, ihre Gesundheit zu gefährden und damit der Gemeinschaft zur Last zu fallen. Was heute noch als freiwilliger Spaß daherkommt, kann bald schon ganz andere Züge annehmen. Stellt die Gesundheits-App beispielsweise einen bedauerlich bewegungsarmen Lebenswandel fest, könnte es sein, dass eine Zusatzversicherung für Gefäßkrankungen fällig wird. Zu viel oder gar falsche Bewegung ist selbstverständlich auch nicht gut, da muss dringend eine Klausel her, die klarstellt, dass die Versicherung bei übermäßigem Gelenkverschleiß durch das viele Joggen oder Wirbelsäulenschäden beim Kampfsport nicht einspringt. Immerhin kann man den Anderen nicht zumuten, für die Extremsporteskaden ihrer gedankenlosen Mitversicherten aufzukommen. Die Beiträge sind ohnehin schon viel zu hoch.

Die Aussagekraft von Metadaten

Der Versuch, die eigene Datenspur zu schmälern, beginnt beim Smartphone. Eine Taschenlampen-App, die mein Adressbuch sehen will, wird nicht installiert. Darüber hinaus →

dämmt ein kritischer Blick auf die Datenschutzeinstellungen des Smartphones dessen Geschwätzigkeit wenigstens ein bisschen.

Die einfachste, aber bestimmt nicht sinnloseste Methode, Datenerfassung über sich zu vermeiden oder zumindest zu verwässern, ist Wachsamkeit beim Ausfüllen von Formularen. Wozu will der Anbieter eines Gratisdienstes meine Kontonummer? Warum braucht ein Mailanbieter meine Postanschrift? Wozu will ein Webshop meinen Schulabschluss wissen? Das Bundesdatenschutzgesetz äußert sich hierzu deutlich: Was für die Erfüllung einer Aufgabe nicht nötig ist, darf auch nicht zwangsweise erfasst werden. Eine mögliche Interpretation lautet: Wer zu neugierig ist, kann nicht erwarten, dass meine Antworten komplett ehrlich sind. Wechselnde Namen und Wegwerf-Mailadressen gehören für einige Datenreisende zur Standardausrüstung.



Foto: Hans-Peter Reichartz / pixelio.de

Natürlich ist die Spielerei mit den Webformularen nur eine von vielen möglichen Fingerübungen. Für sich genommen bewirkt sie nicht viel, zumal es noch reichlich mehr Möglichkeiten gibt, etwas über eine Person herauszufinden. Eine besonders effektive, weil nur schwer vermeidbare Datenquelle sind dabei Metadaten.

„Metadaten“, also nicht die eigentlichen Kommunikationsinhalte, sondern nur irgendwelche abstrakten Informationen über Ort und Zeitpunkt ihres Zustandekommens – das klingt zunächst harmlos, und in der Tat bemühen sich vor allem Ermittlungsbehörden, zu betonen, es ginge ihnen ja nur um Metadaten. Gleichzeitig sollen aber diese angeblich so harmlosen Daten essenziell wichtig sein, um zu verhindern, dass unser Land im Terror versinkt.

Tatsächlich sind Metadaten so etwas wie der Heilige Gral des Überwachungsstaats: Sie sind fast unvermeidbar,

verhältnismäßig kompakt, bereits maschinenlesbar aufbereitet und in ausreichenden Mengen vorhanden, um statistisch relevante Aussagen gewinnen zu können. Eine Studie der *Universität Stanford*³ hat verdeutlicht, wie leicht sich aus ein paar Telefonaten Schlüsse ziehen lassen. Das lange nächtliche Gespräch einer jungen Frau mit ihrer Schwester und darauf folgende Telefonate mit einer Abtreibungsklinik drängen auch bei im Umgang mit Statistik eher Unerfahrenen Schlüsse auf. Der Grünen-Netzpolitiker und Netzaktivist *Malte Spitz* hatte sich von seinem Mobilfunkanbieter die dort gespeicherten Vorratsdaten aushändigen lassen und daraus eine interaktive Grafik generiert.⁴ Kombiniert mit seinen Blogbeiträgen und abgesetzten Tweets, bekommt man eine nahezu lückenlose Darstellung über ein halbes Jahr seines Lebens – wann er mit welchem Verkehrsmittel wohin unterwegs war und was er dort unternommen hatte. Wohlgemerkt: Die Social-Media-Aktivitäten sind hierbei ergänzendes Beiwerk. Das Bewegungsprofil ließ sich auch so erzeugen.

Doch man braucht gar nicht so viel Aufwand zu treiben, um sich über den Informationsgehalt von Metadaten klar zu werden. Bereits einige wenige Informationsschnipsel können ausreichen. Die *Edathy*-Affäre ist ein gutes Beispiel dafür, wie aus Metadaten Schlüsse gezogen werden, seien sie nun berechtigt oder nicht. Der zeitliche Ablauf⁵ von Telefonaten zwischen dem BKA-Chef, dem Bundesinnenminister und der SPD-Spitze, dem Diebstahl des Laptops und Löschkaktionen *Sebastian Edathys* reichten zwar nicht für eine rechtskräftige Verurteilung, kosteten aber immerhin *Hans-Peter Friedrich* den Ministerposten und belasten bis heute das Klima in der Großen Koalition. Über den genauen Inhalt der Gespräche gibt es unterschiedliche Aussagen. Entscheidend ist, wann wer mit wem telefoniert hat und was daraufhin passierte.

Angesichts der Aussagekraft von Metadaten nimmt sich der Versuch, Mails zu verschlüsseln, schon fast rührend aus, aber das heißt nicht, dass man es bleiben lassen sollte. Immerhin gibt es noch genug Fälle, in denen auch Gesprächsinhalte wichtig sind. Wenn beispielsweise die Entwicklungsabteilung einer Firma mit einem exter-

³ <http://webpolicy.org/2014/03/12/metaphone-the-sensitivity-of-telephone-metadata>

⁴ www.zeit.de/datenschutz/malte-spitz-vorratsdaten

⁵ www.faz.net/aktuell/politik/inland/sebastian-edathys-kinderpornographie-prozess-eingestellt-13458730.!?selectedTab=infografik&offset=0&action=infografik&showMarginalSlot=0
(Shortlink: <http://bit.ly/1LKFoAs>)

nen Dienstleister Programmcodes austauscht, ist die entscheidende Information weniger, dass die beiden Parteien miteinander in Kontakt stehen, es ist der Programmcode selbst. Wenn ich an die Gmail-Adressen einiger meiner Freunde verschlüsselte Mails schicke, weiß Google zwar weiterhin, dass wir uns etwas zu erzählen haben, aber wenigstens kann der Mailinhalt nicht benutzt werden, um mein Werbeprofil mit weiteren Details zu füttern.

Angesichts der Aussagekraft von Metadaten nimmt sich der Versuch, Mails zu verschlüsseln, schon fast rührend aus, aber das heißt nicht, dass man es bleiben lassen sollte.

Metadaten lassen sich wenigstens teilweise vermeiden. Zum Beispiel kann man mit Anonymisierungsdiensten wie *Tor*⁶ verhindern, dass die eigene IP-Adresse beim Surfen im Netz sichtbar wird. Leider ist es mit *Tor* ähnlich wie mit der Tarnkappe von *Harry Potter*. So wie Zauberumhänge verhindern, dass man gesehen wird, man aber dennoch da ist und durchaus noch ergriffen werden kann, verbirgt *Tor* zwar die aufrufende IP-Adresse, aber der Rechner ist weiterhin empfänglich für serverseitigen Schadcode, der versucht, durch die Hintertür die Identität zu erfahren. Browser-Fingerprinting⁷ und Canvas-Fingerprinting funktionieren weiterhin, und ohne zusätzliche Verschlüsselung können die zum *Tor*-Netz gehörenden Exit-Nodes den Datenverkehr genau so lesen, als befände man sich in einem öffentlichen, ungeschützten WLAN. Darüber hinaus hilft alle Anonymisierung wenig, wenn ich mich kurz darauf über *Tor* auf irgendeinem Server mit meinem Klarnamen anmelde. Der Serverbetreiber weiß dann vielleicht nicht, wo ich mich physikalisch befinde – wer ich bin, weiß er dennoch.

So einfach das *Tor-Browser-Bundle* sich auch installieren und starten lässt – es bleibt eine Nischenanwendung. Zu eingeschränkt ist zumindest in Deutschland der Nutzen, zu genau muss man wissen, wovor *Tor* schützt und wovor nicht, zu ärgerlich sind die Einschränkungen, die man hinsichtlich Geschwindigkeit und Benutzbarkeit verschiedener

Seiten in Kauf nehmen muss. Eine relativ einfache Maßnahme, mit der man Spuren im Netz etwas verwischen kann, wird glücklicherweise inzwischen von Browsern standardmäßig angeboten und kann durch Plugins wie beispielsweise *Ghostery*⁸ oder *Disconnect*⁹ erweitert werden: Third-Party-Cookies und -Tracker blockieren. Dass eine einzelne Seite Cookies verwendet, ist relativ harmlos und aus technischen Gründen mitunter auch sinnvoll. Wer dem Frieden nicht traut, kann einfach seine Cookies nach jeder Sitzung löschen. Aus Datenschutzsicht bedenklicher sind Third-Party-Tracker, die aus Nutzersicht keine Vorteile bieten und bereits während der Surfsitzung genug Daten sammeln, um ein interessantes Profil bekommen zu können. Da sie nicht nur eine einzelne Seite, sondern große Mengen von Seiten beobachten, erfahren deren Betreiber nicht nur, ob eine bestimmte Anwenderin sie schon einmal besucht hat, sondern sie bekommen ein komplettes Profil der in der gleichen Sitzung besuchten Seiten. Ist man dann noch so unvorsichtig, sich in der jeweiligen Sitzung auch noch irgendwo – beispielsweise bei Facebook – namentlich anzumelden, wird aus dem anonymen Surfprofil auf einmal das zu einer Person gehörende. Der Besuch auf den Seiten der SPD in Kassel, der evangelischen Kirchengemeinde in der gleichen Gegend, danach bei ver.di Hessen, anschließend bei den *Anonymen Alkoholikern* und schließlich bei Facebook muss nicht, kann aber sehr aufschlussreiche Daten liefern. Wer sich dafür interessiert, welcher Tracker wie viel von seiner Surfsitzung kennt, kann sich die Zusammenhänge grafisch mit dem Add-on *Lightbeam*¹⁰ darstellen lassen.

Was tun?

Insgesamt zeigen die ganzen Beispiele: Es ist selten eine Einzelinformation, von der eine Gefahr ausgeht, es ist die Ansammlung verschiedener Puzzlestücke, aus der sich ein Bild ergibt. Entsprechend hilft es wenig, sich nur auf Facebook, nur auf Google, nur auf Verschlüsselung oder nur auf Metadaten zu konzentrieren, man muss alle verschiedenen Datenquellen im Blick haben und dafür sorgen, dass insgesamt möglichst wenig Informationen anfallen. So beginnt Paranoia.

Letztlich bleiben alle technischen Versuche, gegen den Überwachungsstaat vorzugehen, nur Symptombekämpfung. Natürlich kann man mit ihrer Hilfe einige der →

6 <https://tor.eff.org>

7 <https://panopticklick.eff.org>

8 www.ghostery.com/en

9 <https://disconnect.me>

10 www.mozilla.org/en-US/lightbeam

schlimmeren Bedrohungen für einige Zeit abwenden, aber die eigentlichen Ursachen bekämpft man auf diese Weise nicht. Das eigentliche Problem sind nicht die hirnrissigen Sicherheitssimulationen bei der Kontrolle am Flughafen.

Das Einzige, was hilft, ist eine Änderung gesellschaftlicher Normen, ist ein Weltbild, in dem das Herumsauen mit anvertrauten Geheimnissen genau so geächtet ist, wie beispielsweise das Schlagen seiner Kinder.

Das Problem sind nicht die Fingerabdrücke im Personalausweis. Das Problem sind nicht einmal die Datenberge bei Google oder Facebook. Das Problem ist eine Gesellschaft, die glaubt, mit maximal 100 ml fassenden Gefäßen und per Funk auslesbaren Ausweisen Terrorismus bekämpfen zu können; eine Gesellschaft, die es für völlig richtig hält, dass jede ihrer Bewegungen registriert, ausgewertet und beurteilt wird; eine Gesellschaft, die den Wunsch nach Privatsphäre für wenn nicht anrüchig, so doch anachronistisch, lächerlich und „sowas von Achtziger“ hält. Selbst, wenn wir ein tolles Datenschutzgesetz nach dem nächsten auf den Weg brächten – so lange sich niemand daran hält, kann man sie auch gleich bleiben lassen. Das Einzige, was hilft, ist eine Änderung gesellschaftlicher Normen, ist ein Weltbild, in dem das Herumsauen mit anvertrauten Geheimnissen genau so geächtet ist, wie beispielsweise das Schlagen seiner Kinder. Natürlich ist es ein weiter Weg dahin, aber das heißt nicht, dass wir ihn nicht gehen sollten. Über die ersten Leute, die sich dafür einsetzten, Kinder nicht länger zu schlagen, hat man anfangs auch gelacht.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 4/2015

Zum Autor



Jochim Selzer ist Diplommathematiker. Seit 2001 arbeitet er als Applikationsadministrator bei der Deutschen Post IT Services. Er ist ehrenamtlicher Datenschutzbeauftragter der Evangelischen Kirche im Kirchenkreis Bonn, Mitglied im Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung und im Chaos Computer Club. Seit März 2013 ist er Mitorganisator von über 60 Cryptoparties, unter anderem auf dem Global Media Forum in Bonn und dem Jahrestreffen des Netzwerks Recherche in Hamburg.

jselzer@vorratsdatenspeicherung.de

Foto: Uta Garbisch

Was tun, wenn junge Menschen sich im Internet radikalisieren?

Einblicke in die Arbeit der Online-Beratung gegen Rechtsextremismus

Die Online-Beratung gegen Rechtsextremismus des Vereins Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. unterstützt von Rechtsextremismus betroffene Menschen, Eltern und Angehörige rechtsextremer Jugendlicher, Lehrer/-innen, Studierende und Sporttrainer/-innen, in seltenen Fällen auch unmittelbar Betroffene, wie z. B. Aussteiger/-innen. Radikalisierungsprozesse von Jugendlichen beginnen, so die Erfahrung, immer häufiger im Internet. Die Verläufe sind zwar individuell verschieden, es gibt aber Erfahrungen aus der Beratungsarbeit, die Aufschlüsse darüber geben, wie Angehörige Strategien entwickeln können, um doch noch Einfluss zu nehmen. Wichtig ist das Interesse daran, was Jugendliche im Internet tun und das Wissen darüber, wie Extremisten vorgehen, um Nachwuchs zu rekrutieren. von Julia Wolrab und Martin Ziegenhagen

Wer gehört werden will, macht heute möglichst virtuell auf sich aufmerksam. Soziale Medien wie Twitter, Facebook, YouTube oder Tumblr bieten Menschen weltweit die Möglichkeit der schnellen, digitalen Kommunikation und Interaktion. Da überrascht es nicht, dass mittlerweile auch 94 % der in Deutschland lebenden Jugendlichen täglich oder zumindest mehrmals pro Woche im Internet unterwegs sind und sich ein großer Teil der Freizeitgestaltung auf den virtuellen Raum konzentriert (vgl. Medienpädagogischer Forschungsverband Südwest 2014, S. 11).

Das wissen längst auch Rechtsextremisten und andere radikale Gruppierungen. Sie missbrauchen im Schutze einer (vermeintlichen) Anonymität das Internet zunehmend als Propagandainstrument: Neonazistische Kameradschaften mobilisieren mit Web-Angeboten für Aufmärsche und unterbreiten Kontaktangebote, rechtsextreme Gruppierungen verbreiten via Facebook gewaltverherrlichende Hetze gegen Asylbewerber/-innen oder werben mit vermeintlich anschlussfähigen Themen, wie der „Todesstrafe für Kinderschänder“ für ihr menschenverachtendes Netzwerk. Das Prinzip, durch *hate speech*¹ im Netz in kurzer Zeit

eine neue, überwiegend junge Zielgruppe zu erreichen, scheint aufzugehen.

Doch wann fangen junge Menschen tatsächlich an sich zu radikalieren? Wie manifestiert sich das? Mit diesen und ähnlichen Fragen setzt sich die Online-Beratung gegen Rechtsextremismus seit nunmehr sieben Jahren auseinander. Unsere Erfahrung: Allgemeingültige Antworten und Patentlösungen gibt es nicht. Wohl aber einige wiederkehrende Muster, die für viele Fälle aufschlussreich sein können.

„Radikalisierung“ – Was ist das eigentlich?

Der Begriff der Radikalisierung ist innerhalb wissenschaftlicher Diskurse sowie zunehmend auch in pädagogischen Fachdiskussionen nicht unumstritten und wird teilweise sehr unterschiedlich definiert. In den 1970er Jahren erstmals in der Forschung zur politischen Gewalt verwendet, wird „Radikalisierung“ seit der 2001 einsetzenden →

¹ „Unter Hate Speech – hier übersetzt mit ‚Hassrede‘ – wird im

Allgemeinen der sprachliche Ausdruck von Hass gegen Personen oder Gruppen verstanden, insbesondere durch die Verwendung von Ausdrücken, die der Herabsetzung und Verunglimpfung von Bevölkerungsgruppen dienen.“ (Meibauer 2012, S. 1)

Debatte um islamistisch motivierten Terrorismus primär unter sicherheitsspezifischen Gesichtspunkten verhandelt.

Anders als der Begriff des „Extremismus“, dem das Prinzip der Abgrenzung zur „Mitte“ zugrunde gelegt wird, schließt der Terminus der „Radikalisierung“ eine Prozesshaftigkeit ein, die bestimmte Dynamiken umfasst und unterschiedliche Endpunkte besitzen kann (vgl. dazu Glaser 2015, S. 6). Grundsätzlich umfasst der Ausdruck der „Radikalisierung“ zwei Dimensionen, die als Prozess einer starken Ideologisierung und als Bereitschaft, diese Ideologie auch gewaltsam durchsetzen zu wollen, identifiziert werden können (vgl. Glossar DJI Impulse 1/2014, S. 36). Als Endpunkt dieser Entwicklungen wird meist der „politische Extremismus“ angesehen. Obwohl rechtsextreme und religiös-motivierte extremistische Ideologien sich in Zielen und Inhalten stark unterscheiden, sind Parallelen erkennbar, zum Beispiel hinsichtlich der Bedeutung sozialer Kontexte. Inwieweit Konzepte aus der Arbeit mit rechtsextremen Jugendlichen deshalb auf die Arbeit mit Menschen, die Anzeichen einer religiös motivierten Radikalisierung aufweisen, übertragbar sind, ist derzeit noch nicht eindeutig belegt. Laufende Präventionsprojekte, die auf dieser Annahme fußen, werden in den kommenden Jahren neue Erkenntnisse dazu liefern können.

Basierend auf unseren Erfahrungen in der Beratungsarbeit verstehen wir Radikalisierung als einen komplexen, anti-linearen Prozess hin zu einer, das freiheitlich-demokratische Ordnungs- und Wertesystem ablehnenden, oftmals gewaltlegitimierenden Haltung. In diesem Prozess nehmen individuelle persönliche Entwicklungen eine ebenso bedeutende Rolle ein wie gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge, in denen sich die radikalisierte Person bewegt. Soziale Benachteiligung, Diskriminierungserfahrungen, Suche nach Orientierung und familiäre Konflikte sind offenbar Faktoren, die eine Radikalisierung bei jungen Menschen begünstigen können. Welche ideologische Basis einem individuellen Radikalisierungsprozess zugrunde liegt – so unsere Annahme – entspringt häufig eher dem Zufall. So, wie es Wege hinein in eine Radikalisierungsdynamik gibt, so gibt es auch welche heraus. Wir gehen davon aus, dass Radikalisierungsprozesse durchaus umkehrbare Prozesse sind, die von den betroffenen Personen aus eigener Kraft heraus verändert werden können.

Radikalisierung im Netz – Aktuelle Beobachtungen und Tendenzen

Das Internet ist eine Möglichkeit unter vielen, durch die Menschen mit (rechts-)extremen Gruppen und deren

Ansichten in Kontakt kommen können. Eine Radikalisierung geschieht dabei nicht über Nacht. Sie ist ein Prozess, der sich über Monate oder Jahre erstrecken kann und in dem das Zusammenspiel multipler persönlicher wie gesamtgesellschaftlicher Einflüsse gleichbedeutende Rollen einnehmen. Den Einstieg finden Jugendliche aber oftmals im Netz: Jugendliche Lebenswelten haben sich in den vergangenen zehn Jahren verstärkt in virtuelle Räume ausgedehnt, vor allem die Nutzung sozialer Medien ist dabei immer wichtiger geworden. Radikale Gruppierungen nutzen die Niedrigschwelligkeit des Mediums, um neue Kontakte zu knüpfen und ihre Ansichten gezielt an ein junges Publikum zu verbreiten. Die bundesweite Melde- und Recherchestelle für jugendgefährdende Inhalte im Internet „jugendschutz.net“ verzeichnete in den vergangenen Jahren einen enormen Anstieg an rechtsextremen Webangeboten – insbesondere in den sozialen Netzwerken – und registrierte im Jahr 2014 mehr als 6.000 verschiedene rechtsextreme Angebote aus dem deutschen Sprachraum.² Die Beobachtungen decken sich in vielen Fällen mit den Erfahrungen aus der Online-Beratung: Rechtsextreme agieren immer professioneller und ködern junge Menschen mit Musik, Videos, interaktiven Elementen und auf den ersten Blick gesamtgesellschaftlich anschlussfähigen Themen. Das Zufallsprinzip kommt den Rechtsextremen dabei in vielen Fällen zugute. Auch wenn Kinder und Jugendliche gar nicht nach explizit rechtsextremen Inhalten suchen, können sie über Suchmaschinen, Videoplattformen oder soziale Netzwerke sehr schnell auf deren Angebote stoßen. Modern-ästhetisch aufgemacht werden subtil rassistische Botschaften vermittelt und kontinuierlich weiter verbreitet, z. B. über positiv besetzte Begriffe wie „Deutsch? Cool!“ oder „für Heimat, Freiheit und Tradition“.

Diese Strategie verfolgt beispielsweise auch die sogenannte „Identitäre Bewegung“. Die Suche nach Identität ist ein Thema, das viele junge Menschen im Laufe des Erwachsenwerdens beschäftigt. Wer bin ich eigentlich? Wohin führt mein Weg? Was macht mich aus? Wo finde ich Halt? Darauf liefert die Bewegung auf ihrer Website schnelle Antworten. Schon bei der Begrüßung wird den

² Jugendschutz.net analysiert kontinuierlich, mit welchen Mitteln Rechtsextreme im Internet junge Nutzer/-innen ködern und wird gegen Angebote aktiv, die sie gefährden oder beeinträchtigen können. Darüber hinaus entwickelt das Team Präventionsansätze, um Jugendliche für die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus im Internet zu stärken (vgl. jugendschutz.net 2014). Die aktuellen Zahlen für 2014 sind dem Bericht 2015 zu entnehmen, der zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses noch nicht veröffentlicht war.

Besucherinnen und Besuchern suggeriert, dass sie auf der Suche nach etwas seien, vielleicht weil ihre Stadt oder ihr Viertel sich anders entwickeln, als sie es sich wünschen. Junge Menschen fühlen sich von solchen Sätzen abgeholt, insbesondere, wenn sie mit ihrem Umfeld oder der Gesellschaft unzufrieden sind und den tiefen Wunsch haben, etwas verändern zu wollen. Die rassistischen, muslimfeindlichen Inhalte der Seite werden erst beim Weiterklicken sichtbar. Die Betreiber/-innen sprechen sich dort entschieden gegen eine vermeintliche Masseneinwanderung von Flüchtlingen aus und fordern – ähnlich wie die PEGIDA-Bewegung – ein Ende der „Islamisierung“ Europas. Die gesamtgesellschaftliche Ablehnung des gewaltbereiten Islamismus dient der Bewegung als Türöffner für eine generelle Ablehnung DES Islam und DER Muslime. Meist ist dies allerdings nichts anderes als *antimuslimischer Rassismus*³ unter dem Deckmantel der „Islamismus-Kritik“.



Online beraten ist Teamarbeit. Auf dem Foto: Liane Czeremin, Martin Ziegenhagen und Julia Wolrab (von li. n. re.)

Foto: Couragiert-Magazin

Die „Identitären“ nutzen die Sinn- und Identitätssuche der Jugendlichen aus, um sie für ihre rassistischen Ziele zu gewinnen. Ferner stellen sie das Zusammengehörigkeitsgefühl ihrer Mitglieder in den Vordergrund und werben für Gemeinschaft und Austausch mit Gleichgesinnten. Die Kontaktaufnahme erfolgt bei Interesse dann ganz einfach über E-Mail oder über die an den Webauftritt angegliederten Seiten der sozialen Netzwerke, z. B. wie Facebook.

Ebenso wie rechtsextreme Gruppierungen setzen auch andere fundamentalistische oder extremistische Organisationen auf das Internet als Ort jugendlicher Sinnsuche. Nils

³ Zum Begriff des „antimuslimischen Rassismus“ vgl. auch Shooman 2011.

Böckler und Andreas Zick haben in Bezug auf den religiös begründeten Extremismus die Verbindung zwischen Identitätssuche und extremistischen Bewegungen im Internet noch verdeutlicht: „Das Internet bietet (...) einen besonderen Sozialisationsraum: Es eröffnet die Möglichkeit, dass sich Menschen den sozialen Beziehungen, die sie als belastend erlebt haben, entziehen können. Gleichzeitig wenden sie sich im Internet einer neuen sozialen Identität zu, mit der sie ihre alte überlagern und ersetzen.“ (Böckler/Zick 2015, S. 19) Es ist dieser Gedanke der „Parallelwelt“ und die Vorstellung, sich in ihr ein neues Leben mit neuen Freunden, Zielen und Idealen aufbauen zu können, der gerade auf die Menschen attraktiv wirkt, die sich in ihrem realen Umfeld in krisenhaften Situationen befinden und/oder den Halt zu ihrem familiären und gesellschaftlichen Umfeld verloren haben.

Die Online-Beratung gegen Rechtsextremismus schließt eine Lücke

Es obliegt Institutionen wie jugendschutz.net, sich mit den Aktivitäten dieser Menschenfänger im Internet hinsichtlich der Frage, wie sie einzudämmen oder gar zu verhindern wären, auseinanderzusetzen. Organisationen wie die Online-Beratung gegen Rechtsextremismus kümmern sich um die Menschen, die unmittelbar von diesen Aktivitäten betroffen sind. Meistens melden sich Menschen bei uns, die in ihrem persönlichen Umfeld mit Rechtsextremismus zu tun haben. Sei es, weil der neue Nachbar sich als gedungener Neonazi entpuppt, weil ein Fußballtrainer in seiner Mannschaft rassistische Sprüche nicht mehr unbeantwortet lassen möchte oder eine Mutter verzweifelt um Unterstützung bittet, weil ihr Sohn in die rechte Szene abgedriftet ist oder abzudriften droht. Die Erfahrung zeigt, dass es nicht wenige Menschen gibt, die aus den unterschiedlichsten Gründen niemals einen Fuß in eine reguläre Beratungsstelle setzen würden, aber für Angebote im Internet erreichbar sind. Die Online-Beratung gegen Rechtsextremismus nutzt ganz bewusst die Anonymität des Internets, um ein jederzeit erreichbares, niederschwelliges Informations- und Beratungsangebot zu unterbreiten. 1.240 Beratungsanfragen seit Gründung der Online-Beratung im Jahr 2008 (Stichtag 15.09.2015) zeigen, dass damit eine Lücke zwischen den wenigen staatlichen und den diversen zivilgesellschaftlichen Beratungsangeboten geschlossen wird, die ausschließlich im direkten Kontakt, von Angesicht zu Angesicht beraten. Technisch betrachtet erfolgt die Kommunikation ausschließlich schriftlich, in der Regel asynchron per webbasierter Mail, die Ratsuchenden erhalten →

normalerweise Antwort innerhalb von drei Werktagen. Alle Anfragen werden innerhalb des Teams vertraulich besprochen und jede Antwort nach dem Vier-Augen-Prinzip gegengelesen. Es besteht auch die Möglichkeit synchron zu beraten, in Form eines geschlossenen Einzelchats. Absolute Anonymität ist garantiert, es werden keine persönlichen Daten erhoben, die Verbindung ist verschlüsselt und sicher. Es besteht für die Berater/-innen normalerweise keine Möglichkeit, Adresse, Telefonnummer oder E-Mailadresse der Klientinnen und Klienten zu erfahren, wenn diese das nicht möchten. Eine Ausnahme bilden Situationen, bei denen Gefahr im Verzug vorzuliegen scheint oder strafrechtlich relevante Aspekte zur Anzeige gebracht werden müssen.

Erfahrungen mit Radikalisierungsprozessen

Bezogen auf Radikalisierungsprozesse lässt sich die Arbeit der Online-Beratung gegen Rechtsextremismus am anschaulichsten am Beispiel von Eltern rechtsextremer Jugendlicher, die auch die größte Gruppe unserer Klientinnen und Klienten darstellen, illustrieren. Wir erhalten jedoch auch Anfragen aus allen gesellschaftlichen Bereichen. Im Folgenden möchten wir einige Erfahrungen und Schlussfolgerungen zur Diskussion stellen, die sich unmittelbar aus unserer Beratungsarbeit ableiten und die aber bislang nicht wissenschaftlich untersucht werden konnten.

Die Erfahrung zeigt, dass es nicht wenige Menschen gibt, die aus den unterschiedlichsten Gründen niemals einen Fuß in eine reguläre Beratungsstelle setzen würden, aber für Angebote im Internet erreichbar sind.

Es ist an dieser Stelle wichtig zu sagen, dass es ein zentraler Qualitätsstandard unserer Beratungsarbeit ist, dass jeder Beratungsprozess als unvergleichlich und einzigartig angesehen wird. Wir verzichten deshalb auf die Verwendung von Textbausteinen ebenso, wie wir den Rückgriff auf ähnlich gelagerte Fälle vermeiden. Wir gehen weder von Gesetzmäßigkeiten noch von Mustern aus. Trotzdem ist es so, dass sich Verläufe ähneln und sich Ereignisse abzeichnen, die uns häufiger begegnen. Beispielsweise stellt

sich oft früher oder später im Beratungsverlauf heraus, dass die betroffenen Jugendlichen Anerkennungsdefizite beklagen. Auch ergibt sich häufig, dass Eltern schon länger kaum noch mit den Jugendlichen kommunizieren. Und wenn, dann konfrontativ und ablehnend, nicht wertschätzend und interessiert. Nicht selten gibt es schon im frühen Stadium, kurz nachdem ein Kontakt des Jugendlichen mit dem Thema Rechtsextremismus bzw. der rechtsextremen Szene oder Aktivitäten in dieser Richtung deutlich werden, destruktive, autoritär geführte (Streit-)Gespräche bis hin zu Kommunikations- oder gar Kontaktabbrüchen. Ebenfalls erfahren wir immer wieder, dass bereits vorher Familiendynamiken wirkten, die für die Jugendlichen in der labilen Phase der Adoleszenz zusätzliche destabilisierende Effekte nach sich zogen. Die Jugendlichen fühlen sich in der Phase der Ablösung von der primären Sozialisationsinstanz nicht begleitet und unterstützt, fühlen sich allein gelassen und nicht zugehörig. Wir hören von Eltern, die mit der häufig gleichermaßen rasanten wie verstörenden Verwandlung ihres Kindes überfordert sind. Der Grat zwischen der Aufgabe, Orientierung und Halt zu geben, aber auch Grenzen zu setzen und dem vertrauensvollen Loslassen der eigenen Kinder auf deren Weg ins eigene Leben, ist schmal und erfordert Geduld und Empathie, aber auch ein hohes Maß an Selbstreflexion. Dass die Pubertät von Jugendlichen diverse inner- und außerfamiliäre Konfliktpotentiale in sich birgt, ist allgemein bekannt. Es gehört zu dieser Lebensphase dazu, dass die Jugendlichen neue Wege gehen, sich in anderen Zusammenhängen bewegen und erproben und dass sie sich von den Eltern abgrenzen. Sie wenden sich neuen Bezugsgrößen zu, beispielsweise indem sie sich jugendkulturellen Szenen anschließen. Für welche Szene oder Gruppierung sie sich dabei entscheiden, ist in den meisten Fällen vom Angebot vor Ort abhängig und die Wahl erfolgt mehr oder minder zufällig. So wenig die Eltern auch mit der Entscheidung der Jugendlichen einverstanden sind, sie sind für den Moment als Sozialisationsfaktor nicht mehr erste Wahl und müssen den Weg ihrer Kinder akzeptieren. Unzählige Familien haben das erlebt und einen Weg gefunden, damit umzugehen. Denjenigen Familien bzw. Eltern, die sich an die Online-Beratung gegen Rechtsextremismus wenden, ist das (noch) nicht gelungen.

Sie haben im Prinzip das gleiche Problem, das eben beschrieben wurde. Sie haben es allerdings mit einer ungleich schwierigeren und gefährlicheren Szene zu tun, als Eltern, die sich mit Gruffie-, Skater- oder Hip-Hop-Kids auseinandersetzen müssen. Ihre Kinder haben Kontakt

zu einer Szene, die aktiv und strategisch geplant auf die Jugendlichen zugeht und auf ihre emotionalen Bedürfnisse eingeht. Die rechtsextreme Szene ist für bestimmte Jugendliche hochattraktiv. Weil sie identitätsstiftende Angebote macht, weil sie Zugehörigkeit und Anerkennung suggeriert, weil sie den Jugendlichen das Gefühl gibt, an etwas Besonderem teilzuhaben, weil sie die Jugendlichen emotional erreicht. Und diese Szene hat keinerlei Interesse, diejenigen, die sie einmal in ihren Fängen hat, wieder loszulassen. Im Gegenteil, sie hat von vornherein das Ziel, junge Erwachsene für ihre menschenverachtenden Ziele zu instrumentalisieren und schrittweise gegen die demokratische Gesellschaft in Stellung zu bringen – bis hin zu konkreten Gewalthandlungen im Namen dieser Ideologie. Das funktioniert nach einem simplen Schema. Sie machen sich zunächst interessant, in sehr vielen Fällen geschieht das heute über das Internet. Über pointierte, populistische, komplexitätsreduzierende Thesen, mit einfachen Gut-und-Böse-Schemata, liefern sie den Jugendlichen Orientierung und Halt in einer schnelllebigen, unübersichtlichen, globalisierten Welt – zielsicher, genau in der Phase, in der sich die jungen Menschen vor der Aufgabe sehen, in eben dieser Welt mehr und mehr auf eigenen Füßen zu stehen.

Anfangs sind die Jugendlichen keine Rechtsextremisten. Sie sind fasziniert von dem, was diese neue Welt bietet, manche von ihnen bringen bestimmte Dispositionen, wie Vorurteilsstrukturen mit, sie mögen von vornherein den Autoritarismus oder die Gewaltaffinität. Aber das trifft längst nicht auf alle zu. Die Ideologie der Ungleichwertigkeit, das rechtsextreme Weltbild, der Rassismus, Hass und die Gewalt wird in fast homöopathischen Dosen verabreicht. Anfangs verpackt über hoch-emotionale Gruppenerlebnisse, wie Rechtsrockkonzerte, wo Hass und Gewalt die Liedtexte dominieren und die Jugendlichen mitgerissen werden. Oder auf romantischen Liedermacherabenden, wo völkische Balladen zum Bruch mit dem System auffordern oder die Angst vor dem Untergang des deutschen Volkes schüren. Später dann über politische Schulungen, Demonstrationsveranstaltungen und Parteitage.

Die Jugendlichen radikalieren sich oft, ohne dass sie das wirklich bewusst bemerken oder gar beabsichtigt haben. Sie werden in eine Radikalisierungsspirale hineinmanövriert, von der einfach eine sehr große Kraft ausgeht. Eltern, deren Kinder in dieser Szene verstrickt sind, müssen sich damit auseinandersetzen, dass ihre Kinder dort gerne sind, sich dort wohlfühlen, dass es dort etwas gibt, was sie fasziniert. Ein großer Teil unserer Beratungsarbeit befasst sich damit, gemeinsam mit den Eltern in einem

langsamen Prozess einen Umgang mit dieser Problematik zu finden. Es ist schmerzhaft zu erleben, dass das eigene Kind, sich – häufig dramatisch – verändert und man keinen Zugang findet. Noch schmerzhafter ist es zu erkennen, dass das Kind offensichtlich Bedürfnisse hatte, Sehnsucht verspürte, die man nicht kannte oder die man nicht wichtig genommen hat.

Die Jugendlichen radikalieren sich oft, ohne dass sie das wirklich bewusst bemerken oder gar beabsichtigt haben.

Der Beratungsprozess besteht aus einer langfristig angelegten Mischung aus Stärkung und Unterstützung, politischer Bildung und Beziehungscoaching bzw. Coaching von Veränderungsprozessen. Die entscheidende Ressource ist die Beziehung der Eltern zu den Jugendlichen. Sie zu verändern ist in den meisten Prozessen das Ziel. Eine Veränderung der Eltern in der Gestaltung der Beziehung zu den Jugendlichen kann auch zu einer Abkehr des Jugendlichen von der rechtsextremen Szene führen und die Radikalisierung umkehren. Es geht dabei darum, den Jugendlichen ein konkretes, neues Beziehungsangebot zu machen, das sich entscheidend von dem unterscheidet, was die Jugendlichen in vielen Fällen gewohnt waren. Es geht dabei um Anerkennung, Wertschätzung, Interaktion und Kommunikation auf Augenhöhe. Es geht nicht um die Erhöhung des Kuschelfaktors. Im Gegenteil, genauso, wie das Ernstnehmen des Jugendlichen in seinen Bedürfnissen und möglicherweise problematischen Schlussfolgerungen und daraus resultierenden Entscheidungen dazu gehört, ist eine klare, nachvollziehbare Grenzsetzung gegenüber extremistischen, menschenverachtenden und demokratiefeindlichen Einstellungen erforderlich. Die zentrale Aufgabe von Eltern in dieser Zeit ist es, den Jugendlichen ein starkes Gegenüber zu sein, an dem sie sich sowohl orientieren als auch reiben können. Liebevoll und stärkend, aber eindeutig in der Haltung und der Werteorientierung.

Das ist schon bei Jugendlichen, die sich nicht im radikalen oder extremistischen Umfeld befinden, eine große Herausforderung für Eltern. Für Eltern rechtsextremistischer Jugendlicher ist es ungleich schwerer. Für viele ist es ein äußerst mühevoller Prozess, sich mit dem bisherigen →

Erziehungskonzept und damit verbundenen Familiendynamiken auseinanderzusetzen. Noch schwerer ist es, nachhaltige Veränderungen herbeizuführen. Das ist nie von heute auf morgen zu schaffen und immer ein ganz individueller, schwieriger, schmerzhafter Weg für alle Beteiligten, für den es kein Patentrezept gibt.

Radikalisierung ist kein absichtsvoll geplanter Prozess. Radikalisierung geschieht, ist abhängig von verschiedenen Ereignissen, sie kann vor allem durch Dritte gesteuert werden. Jedenfalls ist das die Erfahrung, die die Online-Beratung gegen Rechtsextremismus macht. Latent unzufriedene oder verunsicherte junge Menschen sind unter bestimmten Umständen verführbar, wahrscheinlich gilt dies auch für Erwachsene. Rechtsextremistische Organisationen legen es gezielt und organisiert darauf an, Jugendliche in eine Radikalisierungsdynamik zu locken und erhöhen deren Tempo unmerklich, aber stetig.

Islamistische Propagandisten scheinen den gleichen Weg zu gehen. Die Einstiegsprozesse und weitere Verläufe ähneln sich jedenfalls stark. Sehr oft beginnt dieser Weg oder erfolgen einzelne Radikalisierungsschritte im Internet: auf entsprechenden Websites oder über die sozialen Netzwerke. Diese beschriebenen Erfahrungen zeigen eine Möglichkeit, wie auf Radikalisierungsprozesse reagiert werden kann. Je früher das Umfeld sensibel reagiert und Veränderungen bewusst wahrnimmt, die ein Jugendlicher zeigt, der sich radikalisiert, umso eher sind Einflussnahmen noch möglich. Das Internet macht es Angehörigen zwar nicht leichter nachzuvollziehen, wo Jugendliche sich überall umtun. Aber das Interesse daran lohnt sich. Fast immer laufen erfolgreiche Handlungsstrategien über eine offene Kommunikation, die den betroffenen Jugendlichen ernst nimmt. Abschließend bleibt zu sagen, dass die Arbeit der Online-Beratung gegen Rechtsextremismus im Bereich der sekundären oder gar tertiären Prävention bzw. im Bereich der Intervention stattfindet. Primäre Prävention, die darauf abzielt, dass die Strategien extremistischer Menschenfänger gar nicht erst verfangen, besteht darin, Kinder zu eigenverantwortlich handelnden, wertorientierten, demokratisch denkenden Persönlichkeiten zu erziehen. Dieser Prozess beginnt im Elternhaus, setzt sich im Idealfall in Kita und Schule fort und ist ein zentrales Ziel der außerschulischen politischen Bildung.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 4/2015

Zur Autorin / zum Autor



Julia Wolrab, Historikerin und Islamwissenschaftlerin, arbeitet seit 2012 in der Online-Beratung gegen Rechtsextremismus von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. Seit Beginn des Jahres verantwortet sie das Projekt „Präventionsnetzwerk gegen religiös begründeten Extremismus“ in Kooperation mit der Türkischen Gemeinde in Deutschland e. V.

wolrab@gegen-vergessen.de



Martin Ziegenhagen, Diplom-Pädagoge, hat in zahlreichen Projekten gegen Rechtsextremismus gearbeitet. Seit 2002 ist er bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V., seit 2007 Projektleiter der Online-Beratung gegen Rechtsextremismus.

ziegenhagen@gegen-vergessen.de

Foto: Couragiert-Magazin

Die Online-Beratung gegen Rechtsextremismus erreichen Sie unter: www.online-beratung-gegen-rechtsextremismus.de

Literatur

Böckler, Nils / Zick, Andreas (2015): Im Sog des Pop-Dschihadismus. In: DJI Impulse 1/2015, S. 18–21

Glaser, Michaela (2015): Extremistisch, militant, radikalisiert? In: DJI Impulse 1/2015, S. 4–7

jugendschutz.net (2014): Rechtsextremismus online – beobachten und nachhaltig bekämpfen. Bericht über Recherchen und Maßnahmen im Jahr 2013. Mainz www.jugendschutz.net/fileadmin/download/pdf/Rechtsextremismus_online_2013.pdf (Zugriff: 15.09.2015)

Medienpädagogischer Forschungsverband Südwest (Hrsg.) (2014): JIM Studie 2014. Jugend, Information, (Multi-) Media. Basisuntersuchung zum Medienumgang 12- bis 19-Jähriger, Stuttgart; www.mpfs.de/fileadmin/JIM-pdf14/JIM-Studie_2014.pdf (Zugriff: 15.09.2015)

Meibauer, Jörg (2012): Hassrede – von der Sprache zur Politik, In: Ders. (Hrsg.): Hassrede/Hate Speech. Interdisziplinäre Beiträge zu einer aktuellen Diskussion. Mainz: Gießener Elektronische Bibliothek, S. 1–16; http://geb.uni-giessen.de/geb/volltexte/2013/9251/pdf/HassredeMeibauer_2013.pdf (Zugriff: 15.09.2015)

Shooman, Yasemin (2011): Islamophobie, antimuslimischer Rassismus oder Muslimfeindlichkeit? Kommentar zu der Begriffsdebatte der Deutschen Islam Konferenz. <https://heimatkunde.boell.de/2011/07/01/islamophobie-antimuslimischer-rassismus-oder-muslimfeindlichkeit-kommentar-zu-der> (Zugriff: 18.09.2015)

Im Strom der Medien

Schwimmbewegungen aus der Praxis politischer Jugendbildung

Die Zukunft ist schon da. Neu ist diese Erkenntnis nicht. Google verzeichnet für diesen Satz ca. 1,5 Mio. Fundstellen und spiegelt damit die Wahrnehmung vieler wider, der Entwicklungsgeschwindigkeit kaum noch folgen zu können. Globalisierung und Medienkommunikation erzeugen einen Strom an Fragen zum Umgang mit rasanten gesellschaftlichen Veränderungsprozessen.¹ Insbesondere die Praxis der politischen Bildung muss darin selbst Orientierungspunkte finden und in Bildungsprozessen anbieten. Der AdB stellt seit 2011 in seinem Programm „Politische Jugendbildung“ die Entwicklung und Erprobung neuer Wege dazu in den Mittelpunkt der Projektgruppe „Globalisierung und Medienkommunikation“.² Hier ein Einblick in die Arbeit zum Schwerpunkt „Freiheit und Sicherheit“. von Annette Ullrich und Frank Hofmann

- 1 Die Entscheidung des EuGHs vom 06.10.2015 zum „Save Harbour Abkommen“ ist ein aktuelles Beispiel komplexer gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse.
- 2 Beteiligte Bildungsstätten: ABC Bildungs- und Tagungszentrum e. V., aktuelles forum NRW e. V., basa e. V., Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein, Jugendbildungsstätte Hütten, Stiftung wannseeFORUM; Internetseiten der Projektgruppe: www.bcpb.de, www.projektwiese.de

Das Gesetz ist neu. Schon im Paragraph eins macht das „Grundgesetz 7.0“ die veränderte Digitalkultur deutlich. „Die Datentransparenz eines Menschen ist unantastbar.“ „Transparenz ist erste Bürger*innen-Pflicht!“ heißt es ein paar Zeilen weiter.

Sieht so die Zukunft unseres digitalen Miteinanders aus? Ist endlich ein Gleichgewicht zwischen Freiheit und Sicherheit in der demokratischen Gesellschaft gefunden? Rechtskräftig ist das Gesetz nicht. Der Text ist ein Spielmaterial im Mini-LARP „Datenwelten – 2084“ und soll Diskussionen auslösen. Entwickelt hat ihn die Projektgruppe „Globalisierung und Medienkommunikation“ im AdB-Programm „Politische Jugendbildung“. Adaption und Anwendung von *Live-Action-Roleplays* sind ein methodischer Versuch, spielerisch durch die Simulation einer erdachten Zukunft Teilnehmende zur Auseinandersetzung mit ihrem digitalen Agieren im Hier und Heute anzuregen. Über Spaß am Spiel wird der mögliche Ernst geprobt. Ausgehend vom individuellen Tun erfundener Spielenden-Rollen geht es um den gesellschaftlichen Rahmen einer Mediengesellschaft, die Jugendliche heute und zukünftig mitgestalten. Das Für und Wider zum Umgang mit Daten ist dabei ein zentraler Inhalt. Welche Auswirkungen und Wertediskussionen er-

geben sich für Freiheit und Sicherheit auf der persönlichen und gesellschaftlichen Ebene vor dem Hintergrund steigender Begehrlichkeiten an Daten durch Staat und global agierende Wirtschaft?

„Ich habe doch nichts zu verbergen ...“

Digitale Medien und Dienste wie YouTube oder WhatsApp sind eng mit dieser Frage verbunden – und Teil unseres Alltags. AGBs und gesetzliche Grundlagen aber sind insbesondere jugendlichen Nutzer/-innen nur zum Teil bekannt. Wie stark z. B. Apple, Google, Facebook und Amazon die Spielregeln von digitaler Freiheit und Sicherheit bestimmen, ist im täglichen Gebrauch kein Thema. Google hat längst den Weg in den Duden gefunden. Dass und warum das EU-Parlament 2014 die Aufspaltung von Google als Marktmonopolisten vorschlug, interessiert nur wenige. Auch das Bemühen von Landespolitikerinnen und -politikern und Privatkägern, Facebook wenigstens zum Einhalten europäischer Gesetze zu bewegen, scheint kaum Emotionen bei den User/-innen zu erzeugen. Die staatliche Vorratsdatenspeicherung lockt nur noch einige hinter dem Smartphone hervor. NSA-Skandal und *Snowden*-Enthüllungen tauchen seltener in den Nachrichten auf. →

Die nächsten News aus der Medienwelt laufen schon über den Ticker. Zu schnelle, kaum noch nachvollziehbare Entwicklungen? Zu komplexe Zusammenhänge? Zu abstrakte, alltagsferne Diskussionsinhalte? Der Umgang mit globalen Einflüssen auf unser lokales Agieren ist eine zentrale gesellschaftliche Fragestellung mit wenig öffentlichem „Response“. Die Praxis der politischen Bildung muss Wege finden, sie auch zu einer breit diskutierten zu machen. Aber wie?

Durch Austausch und Vernetzung neue Wege erproben

Für die Entwicklung, Erprobung und Verbreitung neuer inhaltlicher Ansätze und methodischer Wege in der globalisierten Mediengesellschaft rief der AdB 2011 mit dem Bundesmodellprogramm „Politische Jugendbildung im AdB“ die Projektgruppe „Globalisierung und Medienkommunikation“ ins Leben. Bildungseinrichtungen bewarben sich dafür vorab mit Konzepten zu praktischen Seminarvorhaben und deren Umsetzung bis 2016.³ Freiheit und Sicherheit finden sich als Themenstellungen in allen Anträgen in unterschiedlichen Formen wieder – und auch die Frage nach neuen Zugängen und Instrumenten für eine altersbedingt stark mit der eigenen Identität beschäftigte Zielgruppe: jugendliche „Digital Natives“, die sich 2011 noch auf SchülerVZ oder über den Windows Live Messenger vernetzten. Dass u. a. ihr Nutzungsverhalten von WhatsApp & Co 2013 zur Schließung dieser beiden Dienste führte, mag als ein Beispiel für rasante Veränderungsprozesse in einem globalen, durch Technologien vorangetriebenen Markt stehen, aber auch für die kontinuierlich steigende Lust und Notwendigkeit digitaler Vernetzung und Beteiligung an medialer Öffentlichkeit. Es steht ebenso für die Anforderung an politische Bildung, aktuelle Entwicklungen und Trends jugendlicher Lebenswelten aufzunehmen und gleichzeitig Konzepte für einen langfristigen, nachhaltigen Umgang mit gesellschaftlichen Veränderungsprozessen in der Mediengesellschaft zu entwickeln. Aufgabe der Projektgruppe war und ist es daher, im Projektzeitraum 2011 bis 2016 Ideen und Erfahrungen der praktischen Seminararbeit in den einzelnen beteiligten Bildungsstätten zu diskutieren und im intensiven Austausch daraus gemeinsam neue Wege zu entwickeln und zu erproben.

³ Vgl. www.adb.de/node/227 (Zugriff für alle in diesem Text aufgeführten Links: 12.10.2015)

Globalisierung und Lokalisierung stehen in einer Wechselwirkung

Notwendig für einen gemeinsamen Ausgangspunkt war 2011 die Klärung des Globalisierungsbegriffes. Aus vorrangig wirtschaftlichen Zusammenhängen stammend, musste er auf die Anwendbarkeit in den gemeinsamen pädagogischen Konzepten der politischen Jugendbildung geprüft werden. In den 90er Jahren wurde die Definition der Globalisierung bereits auf kulturelle Prozesse ausgeweitet; die Medienkommunikation stellt dabei den Träger der Globalisierung dar (vgl. Winter 2008, S. 416). *Rainer Winter* leitet daraus seine Forderung der kritischen Medienpädagogik ab und stellt damit die politische Jugendbildung vor die Herausforderung, die fortschreitende Globalisierung kritisch zu bewerten. Auch *Andreas Hepp* definiert einen Kreislauf der (Medien-)Kultur (vgl. Hepp 2008a, S. 144 ff.), in dem Globalisierung eng mit Herrschaft und Macht verbunden ist: Über die Produktion von Medien und deren Veröffentlichung sowie den damit verbundenen Diskurs bilden die Rezipientinnen und Rezipienten ihre eigene kulturelle Identität, die sie auf ihre lokalen Prozesse übertragen. Der Austausch über die eingereichten Konzepte und die Suche nach Schnittmengen führte die Projektgruppe daher auch zur Notwendigkeit, Globalisierung eng mit Fragen nach Lokalisierungsprozessen zu verbinden. Wissen und Erfahrungen von Jugendlichen in ihren sozialen Netzwerken im transnationalen Raum Internet sollten im Sinne von lebensweltorientierten Bildungsansätzen nicht getrennt, sondern zusammen mit jugendlicher Vor-Ort-Wirklichkeit betrachtet und für Lernprozesse genutzt werden.

Insbesondere die Fähigkeit zur Medienkritik ist für die politische Jugendbildung ein unverzichtbarer Bestandteil von Medienkompetenz.

Die Bilderflut nach dem Fukushima-Unglück, Social Media im „Arabischen Frühling“, Wikileaks oder der Einzug der Piratenpartei ins Berliner Abgeordnetenhaus gaben 2010/11 den aktuellen Hintergrund für anhaltende Veränderungsprozesse und die Anforderung an politische Bildung, digitale Medien als wesentlichen Gegenstand zu begreifen.

Damit wurde für die Zusammenarbeit auch eine Klärung von Begriff und Rolle der Medienkompetenzentwicklung in der politischen Bildung notwendig. Dieter Baackes medienpädagogischem Konzept folgend (vgl. Baake 1999), geht er für die Projektgruppe über die reine Vermittlung technischer Medienbeherrschung hinaus. Über Erlernen, Erproben und Reflexion von Medien soll sich die jugendliche Zielgruppe der politischen Handlungsmöglichkeiten bewusst werden und demokratische Prozesse erschließen. Die Teilnehmenden werden durch handlungsorientierte Medienproduktion und -veröffentlichung zu eigenverantwortlichem und selbstbestimmtem Agieren sowie Mitgestalten des gesellschaftspolitischen Raums Internet motiviert und befähigt. Politische Bildung muss dabei auf die Verschmelzung unterschiedlicher Herangehensweisen in der Medienpädagogik setzen: „(...) die kritisch-reflexive, die journalistische, die lebensweltorientierte und die kulturell-ästhetische, die zielgruppenspezifische und eine virtuelle Tradition“ (Röll 2008, S. 512). Insbesondere die Fähigkeit zur Medienkritik ist für die politische Jugendbildung ein unverzichtbarer Bestandteil von Medienkompetenz.

Kick-off

Vor diesem Hintergrund zeichneten sich für die Projektgruppe schnell verbindende Fragestellungen ab: Welche neuen methodischen Ansätze sind möglich, um Jugendliche und Multiplikatorinnen und Multiplikatoren für die Auseinandersetzung mit der Komplexität des Themas „Globalisierung und Medienkommunikation“ zu gewinnen und sie zu bewusstem Mitgestalten der Mediengesellschaft zu befähigen? Wie können wir statt eines Defizitansatzes von Desinteresse oder Ohnmacht die Mediennutzung junger Menschen und ihre jugendliche Kreativität als Potential für die Auseinandersetzung mit komplexen Lerninhalten der Mediengesellschaft nutzen?

Aus der Diskussion zu diesen Fragen entwickelten sich in der Projektgruppe zwei sich ergänzende Vorhaben: das Erproben neuer Methoden zur Verbindung von Inhalten mit Lebensweltbezug, Lust am Spiel sowie Neugier am Medienmachen sowie die Öffnung des Austausches zu „Globalisierung und Medienkommunikation“ über die Projektgruppe hinaus.

Entstanden ist aus dieser Überlegung das „Barcamp politische Bildung“ (bcpb). 2011 fand es zum ersten Mal als gemeinsam veranstaltetes Projekt in der *Jugendbildungsstätte Hütten* in Thüringen statt. Für die Finanzierung konnte eine Modellprojektförderung der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) genutzt werden. Inzwischen

haben sich Barcamps in vielen Themenfeldern als Methode etabliert. Im Bereich der politischen Bildung stellten die anschließend jährlich veranstalteten bcpbs einen wesentlichen Beitrag dazu dar, nicht zuletzt durch die Aushandlung der Projektgruppe mit der bpb von – nunmehr für alle Träger der politischen Bildung geltenden – Förderbedingungen für Barcamps (vgl. AdB 2014, S. 31).



Barcamp 2015: Die Sessionen werden ausgesucht
Foto: Projektgruppe „Globalisierung und Medienkommunikation“

Auch das bcpb nutzt die starke Beteiligungsorientierung des Lernformates Barcamp für einen interdisziplinären Austausch, für Vernetzung und Fortbildung in der politischen Bildung. Um diesen intensiv zu gestalten, entwickelte die Projektgruppe rahmende Elemente für das Barcamp, wie ein jährlich wechselndes Oberthema, das zum Veranstaltungsstart inhaltliche Impulse setzt. Das Themenspektrum reicht dabei bisher von einer 2011 initiierten Debatte zum Urheberrecht als Gegenstand transnationaler Wertediskurse bis zum Angebot von Kurz-Workshops zur Thematik „Flucht und Migration“ beim Barcamp 2015 in *Oer-Erkenschwick*. 2013 rückten in der *Stiftung wannsee-FORUM* „Freiheit und Sicherheit“ in den Mittelpunkt der Barcamp-Einführung.

Utopien und Dystopien

„Wie sieht das Internet als gesellschaftlicher Handlungsraum 2034 aus?“ Mit dieser Einstiegsfrage schickte das Barcamp 2014 seine Teilnehmenden in den Austausch über Szenarien einer möglichen Zukunft und deren Umgang mit Freiheit und Sicherheit. In vier Kleingruppen wurden der Szenariotechnik folgend durch jeweils zwei unterschiedlich kombinierte Parameter/Driver bestimmte Gesellschaftsalternativen diskutiert: vorhandenes oder fehlendes Vertrauen in Gesellschaft, Wirtschaft und →

Staat sowie Selbst- oder Fremdbestimmung als vorherrschendes oder untergeordnetes Prinzip. Dabei entstanden unterschiedlichste Utopien und Dystopien und vor allem Diskussionen zur Frage, welche dieser Zukünfte politische Bildung heute antizipieren, mitgestalten oder als Denkfolie nutzen sollte und wie. Die angerissene Diskussion entwickelte sich in Sessionangeboten (parallele AdHoc-Workshops) (vgl. AdB 2013, S. 9 ff.) weiter, z. B. in dem von *Jürgen Ertelt*, Koordinator des IJAB-Projektes Youthpart⁴, angebotenen Diskurs zu „Internet kaputt? Politische Bildung in Zeiten entgrenzter Überwachung“. Das Basteln abhörsicherer Aluhüte wurde hier zum handlungsorientierten und gleichzeitig provokativen Einstieg zu seinem Input über gesellschaftliche und persönliche Aspekte und eine daraus resultierende To-Do-Liste für die politische Bildung. In *Ertels* Mindmap findet sich als praktischer Ansatz die Bauanleitung für Aluhüte ebenso wie die Aufforderungen, die Technik des Internets (wieder) zu erklären, Verschlüsselungstechnologien anzuleiten oder die Rolle freier Mediennutzung für Demokratieentwicklung zu thematisieren.⁵

Auch die Session zu globalisiertem Rechtsextremismus von *Daniel Möcklinghoff*, *aktuelles Forum NRW*, stellte die Freiheit des Internets in den Mittelpunkt – und ihren Missbrauch durch demokratiefeindliche Gruppen im Web, menschenfeindliche Inhalte zu verbreiten. Auch hier ging es in der Diskussion um erste Handlungsansätze für politische Jugendbildung, dem zu begegnen.

Indirekte Ergebnisse des bcpb 2014 sind u. a. durch diese Diskussionen beeinflusste Seminarkonzepte in den Bildungsstätten der Projektgruppe. „Google, Facebook & Co, digitale Selbst- und Fremdbestimmung“ in der *Stiftung wannseeFORUM* ist dafür ein Beispiel. Das Wochenseminar nutzt eigene Medienproduktion als Mittel der Auseinandersetzung mit der globalisierten Mediengesellschaft. In den 2015 jeweils mit Auszubildenden durchgeführten Seminaren entstanden u. a. die Blogs *zeitalterinternet.wordpress.com* und *wasisteinhashtag.wordpress.com*. In ersterem setzte sich die Gruppe zum ersten Mal mit der ihr unbekannt Person und Geschichte *Edward Snowdens* auseinander, in letzterem thematisieren die Blog-Macher/-

4 IJAB, Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e. V.: „ePartizipation: Internationaler und nationaler Erfahrungsaustausch sowie Modellentwicklung für mehr Jugendbeteiligung in der digitalen Gesellschaft“ unter dem Kurztitel „Youthpart“ (www.ijab.de/youthpart)

5 Mindmap „Internet kaputt? Politische Bildung in Zeiten entgrenzter Überwachung“, www.mindmeister.com/de/349308939/internet-kaputt-politische-bildung-in-zeiten-entgrenzter-berwachung

innen in Beiträgen wie „#Jugend hackt“ oder „#Eltern voller #Datendrang“ Erklärungsbedarfe sowie Möglichkeiten digitalen Agierens – auch vor dem Hintergrund der digitalen Spaltung. In der *Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein* wählten die Teilnehmenden in einem Seminar zu Selbst- und Fremdbestimmung einen Workshop zum Freihandelsabkommen TTIP. In der Abschlusspräsentation stellte die Gruppe der 16- bis 19jährigen die Komplexität des Themas und die Auswirkungen von PRO- und CONTRA-Entscheidung zum Abkommen für die Freiheit des Einzelnen aus ihrer Sicht dar.



Barcamp 2014: Die Sessionen werden vorgestellt

Foto: Projektgruppe „Globalisierung und Medienkommunikation“

Folge der Barcamp-Erprobung als Methode ist auch seine Anwendung in Einzelseminaren der Projektgruppenmitglieder. Das *ABC Hüll* hat inzwischen eigene Formate daraus etabliert: das Gendercamp sowie das Jugendpolitcamp.⁶

Freiheit und Sicherheit durchspielen

Die Session zum eingangs benannten Mini-LARP-Entwicklungsvorhaben der Projektgruppe, „Datenwelten – 2084“, steht ebenfalls für die Auseinandersetzung mit dem Thema „Freiheit und Sicherheit“ als inhaltlichem Schwerpunkt der Projektgruppe „Globalisierung und Medienkommunikation“ – nicht nur auf dem Barcamp politische Bildung 2014. Es ist neben dem bcpb das zweite Gemeinschaftsprojekt und verfolgt den Ansatz zum Themenfeld „Freiheit und Sicherheit“ durch *Live-Action-Roleplays* neue methodische Herangehensweisen zu entwickeln und zu erproben. Damit verbunden ist die Diskussion und Weiterentwicklung des Ansatzes von „Mini-LARPs in der politi-

6 Vgl. www.gendercamp.de; www.netz-b.org/jugendpolitcamp

schen Bildung“ in Workshops und Fortbildungen für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren.

Live-Action-Roleplays, LARPs, stammen aus der Fantasy-Spielszene und wurden in Deutschland in den frühen 80er Jahren durch sogenannte Pen & Paper Rollenspiele und den Einfluss der US-amerikanischen Szene inspiriert. Inzwischen haben sie sich im nordeuropäischen Raum nicht nur im Fantasybereich etabliert. Seit 1997 findet in Skandinavien eine nunmehr internationale Konferenz statt, die den Begriff „Nordic LARP“ geprägt hat (vgl. Vogelmann 2012, S. 143). Der *Deutsche Liverollenspiel Verband e. V.* spricht von „... allein in Deutschland jährlich mehr als 600 öffentlich ausgeschriebenen Veranstaltungen mit Teilnehmerzahlen zwischen unter 20 und über 10.000 Spielern.“⁷, die zumeist in historischen oder Fantasy-Settings in ihrer Freizeit im Spiel-Abenteuer Unterhaltung suchen. LARPs setzen als Mischung aus Rollenspiel und Improvisationstheater auf ein von einer Spielleitung bestimmtes Setting und vorgefertigte Rollen, in denen mögliche eigene Handlungsentscheidungen den Spielspaß mitbestimmen. Von der Bücher-, Film- oder Computerspiel-Ebene werden Abenteuer in einen physischen Raum geholt und machen dort reale Interaktion mit anderen Rollenspielenden direkt erlebbar. In kurzer Zeit entsteht so ein intensives Spielerlebnis mit hohem Unterhaltungswert.

Spielerische Ansätze für Bildungsprozesse zu nutzen ist nicht neu und auch nicht unumstritten. Die Instrumentalisierung von Spiel findet sich darin vom Warming-Up zum Seminarstart bis zum mehrtägigen Planspiel-Projekt wieder. Neu, so erschien es der Projektgruppe, ist die Qualität der emotionalen Erfahrungsräume, die durch LARPs eröffnet und für die Vermittlung und Reflexion von Lerninhalten genutzt werden können. Das Übernehmen und Ausgestalten von Rollen und Stereotypen ist vielen Jugendlichen heute zudem durch Computerrollenspiele sehr vertraut. An diese Erfahrung und Spielfreude knüpft das LARP an. Im Spiel rückt das abstrakt erscheinende Themenfeld „Globalisierung und Medienkommunikation“ über emotionales Erleben näher und motiviert und befähigt so zur anschließenden Auseinandersetzung mit den Spielinhalten. Über Gesamtsetting und Rollen erfahren die jugendlichen Teilnehmenden durch ihre Perspektivwechsel hautnah unterschiedliche Blickwinkel und Interessenlagen. Es eröffnen sich ihnen neue Zugänge für die Erarbeitung eigener Positionen und Handlungsstrategien – so die Ausgangsthese der Projektgruppe.

Bereits intensive Erfahrungen mit der Erprobung von Bildungs-LARPs brachte *Dirk Springenberg von basa e. V.* in die Projektgruppe ein. 2014 erarbeiteten *basa* und der *Waldritter e. V.* zusammen auf der Grundlage der Filmserie „Battle Star Galactica“ und des Romans „1984“ Seminar-konzepte für die politische Bildung in Form von Bildungs-LARPs. Umgesetzt wurde letzteres Projekt mit Unterstützung der *Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein*. Das von *Georges Orwell* inspirierte Spiel ließ die Teilnehmenden ein totalitäres System erleben und führte in der Reflexion bei den Jugendlichen vor allem zur Entwicklung von Bewahrungs- und Verbesserungsvorschlägen für eine gemeinsam ausgestaltete Demokratie. Der Diskurs reichte dabei vom Umgang mit den eigenen Daten bis hin zur Gewaltenteilung, die kritisch aber als notwendig reflektiert wurde.

Innerhalb der vorgegebenen Rolle müssen die Spielenden selbst individuelle Entscheidung rund um die Verarbeitung von Daten im Netz und die Zukunft einer digitalen Gesellschaft treffen.

Deutlich wurde in diesem Projekt allerdings auch der hohe Ressourcenaufwand an Knowhow, Technik und Personal, das nur durch ehrenamtliches Engagement abgedeckt werden konnte. Um den spielerischen Erlebnisansatz nutzen zu können und gleichzeitig eine zeitlich und räumlich flexibel einsetzbare Methode zu entwickeln, legte die Projektgruppe im Sinne von Übertragbarkeit ihren Fokus auf die Konzeption und Erprobung einer kleineren Form: zwei bis vier Stunden dauernde Mini-LARPs für kleine Seminargruppen von max. 30 Teilnehmenden mit entsprechender Anzahl von Dozentinnen und Dozenten. Im Themenschwerpunkt „Freiheit und Sicherheit“ entstand daraus das eingangs benannte Mini-LARP „Datenwelten – 2084“.

„Datenwelten – 2084“

„Datenwelten – 2084“ spielt in einer zukünftigen Gesellschaft. Darin ist der „Gläserne Mensch“ zur Realität geworden. Das oben zitierte neue „Grundgesetz 7.0“ widerspiegelt die gesellschaftliche Vereinbarung, Freiheit und Sicherheit nur über absolute Transparenz durch alleinige →

⁷ www.dlr.eu/index.php?id=22

staatliche Datenverwaltung und -sicherung ermöglichen zu können. Eine Provokation? Im Spiel ist sie als solche geplant und wird noch durch ein „Datenvermächtnisgesetz“ mit „Datentestamentspflicht“ verstärkt. Letztere beinhaltet, dass alle bisher erhobenen und gespeicherten Daten nach dem Ableben der jeweiligen Person in Auszügen als digitales Vermächtnis veröffentlicht werden. Quellen dafür sind soziale Netzwerke wie Facebook, Google, Amazon, behördliche Datenbanken, Krankenkassen und alle anderen Webdienste. Erstellt wird dieses digitale Vermächtnis als Lebensresümee durch die staatliche Agentur Deathbook.me. Ein QR-Code auf dem Grabstein weist den digitalen Weg zur Veröffentlichung im Netz. Die Spielsituation, in die sich die Teilnehmenden begeben, ist der Warteraum dieser Agentur, denn jede/r Bürger/-in kann jederzeit – nach Terminvereinbarung – Einsicht in den aktuellen Datenstand nehmen, Veränderungen oder gar Löschungen beantragen. Im Wartebereich und Agenturbüro übernehmen die Teilnehmenden festgelegte Rollen und damit verbundene Aufgaben. Das IT-Girl sitzt neben dem Supermarkt-Leiter, der Ex-Soldat neben einer heimlichen Anhängerin der verbotenen Hackerbewegung „Radierer“. Ihre Anliegen, wie z. B. Löschung des Migrationshintergrundes oder der sexuellen Orientierung, spiegeln unterschiedliche gesellschaftliche Themen wider, die stets mit Fragen von Datenschutz, Freiheit und Sicherheit verbunden sind. Innerhalb der vorgegebenen Rolle müssen die Spielenden selbst individuelle Entscheidung rund um die Verarbeitung von Daten im Netz und die Zukunft einer digitalen Gesellschaft treffen. Dazu angeregt werden sie durch unerwartete Ereignisse und Aufgaben im Wartebereich, die auch zu Gruppeninteraktionen führen. An den Wänden läuft über Screens zu sphärischer Musik das „Grundgesetz 7.0.“ neben Werbeplakaten, die zur Pilgerreise nach „BigData“ einladen und den Gewinn von mehr Speichervolumen für das digitale Vermächtnis versprechen. Schöne neue Datenwelt? Facebook hat 2015 ein Feld eingeführt, in das der/die Erbe/-in des Accounts eingetragen werden soll. Der QR-Code auf Grabsteinen ist auf Friedhöfen von Berlin bis Stuttgart bereits zu finden – wenn auch ohne staatliche Kontrolle. Noch besetzen Privatpersonen und Agenturen diesen Platz. Nahe Utopie oder Dystopie? Das Spiel gibt keine eindeutige Meinung vor, aber viele Ansätze, die Spiel-Erfahrungen auf die aktuelle Situation zu übertragen und zum eigenen Umgang mit Daten sowie zum gesellschaftlichen Wertediskurs über Transparenz, Privatheit und Sicherheit in ein intensives Gespräch zu kommen. Ist das von Facebook-Gründer *Mark Zucker-*

berg postulierte „Ende der Privatheit“⁸ schon erreicht? Geht es um Wege in der „Post-Privacy. Prima leben ohne Privatsphäre“ wie sie *Christian Heller* vorschlägt, oder um den Schutz und die Weiterentwicklung bestehender rechtlicher Grundlagen unserer Demokratie? Nach dem Mini-LARP-Erlebnis werden diese und weitere Fragestellungen von den Teilnehmenden neu diskutiert – so die Erfahrung in den ersten Erprobungsseminaren in der *Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein*. Die spielerische Verführung zum vertiefenden Diskurs scheint zu gelingen. Die spielenden Auszubildenden brachten nach dem Mini-LARP auch Kritikpunkte zur Spielgestaltung und Verbesserungsideen ein, die in die Weiterentwicklung einfließen werden z. B. bei der Fortbildung im Oktober 2015 zu „Mini-LARPs in der politischen Bildung“ in der *Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein*.

Spielerisch vorgestellt wurde dort auch erneut das 2012 bei einer Fortbildung der Projektgruppe in der *Stiftung wannseeFORUM* entstandene Mini-LARP „Glück in Lampedusa“. Es will neue emotionale Zugänge für eine Annäherung an fast unvorstellbare Fluchterfahrungen anbieten und schöpft daraus vielfältige Aspekte für das allzu aktuelle Thema „Flucht und Vertreibung“. Aus der medialen Informations- und Bilderflut lassen sich auch hier vielfältige Diskussionsstränge für den Schwerpunkt „Globalisierung und Medienkommunikation“ entwickeln.

Mediengesellschaft mitgestalten

Das Projekt „Mini-LARPs in der politischen Bildung“ und das Barcamp politische Bildung sind Modellvorhaben, die auf eine bundesweite Wirksamkeit setzen und dafür die unterschiedlichen Kompetenzen der beteiligten Jugendbildungsreferentinnen und -referenten und ihrer Bildungsstätten nutzen. Um nicht als Einzelne im Strom der Medien zu versinken oder ins Schwimmen zu geraten, müssen Akteurinnen und Akteure der politischen Bildung Austausch und Fortbildung zu den unterschiedlichen Ansätzen und Erfahrungen aus ihrer Praxis intensivieren. Dafür sind Strukturen und deren Förderung notwendig, wie sie das AdB-Programm „Politische Bildung“ bietet. Thesen wie die Notwendigkeit der Verbindung von Globalisierung mit lokalen und digitalen Lebenswelten Jugendlicher können methodisch und inhaltlich erprobt und dokumentiert werden. Patentrezepte entstehen dabei nicht, aber übertragbare Ansätze für die Praxis der politischen Bildung

⁸ Vgl. Interview mit Mark Zuckerberg vom 10.01.2015: www.youtube.com/watch?v=LoWKGBl0MsU

in einer globalisierten Mediengesellschaft voller offener Fragestellungen.

Die Bedeutung von Medien als Trägerinnen von Botschaften und Mittel der Beteiligung zu allen Grundfragen der Demokratie rückt aktuell durch Bilder und Kommentare zum Umgang mit geflüchteten Menschen, durch PE-GIDA oder Facebook-Gruppen gegen Flüchtlingsheime in den Fokus (vgl. Heitmeyer 2012). Deutlich wird, wie dringlich politische Jugendbildung neue narrative Stränge eröffnen muss, um gesellschaftliche Werte zu diskutieren und (junge) Menschen zu befähigen, Medien zu verstehen, normativ zu nutzen bzw. sich an der Aushandlung neuer Normen aktiv zu beteiligen. In Austausch, Vernetzung und eigener Fortbildung steckt die Chance der politischen Jugendbildung, durch das Angebot anforderungsgerechter Bildungsprozesse für Jugendliche und für den eigenen Fachbereich den Strom der Medien bewusst mitzugestalten.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 4/2015

Zur Autorin / zum Autor



Annette Ullrich koordiniert seit 2007 den Fachbereich „Neue Medien“ in der Berliner Bildungsstätte Stiftung wannseeFORUM. Im AdB-Programm „Politische Jugendbildung“ ist sie Koordinatorin der Projektgruppe „Globalisierung und Medienkommunikation“. Seit ihrer Tätigkeit als wissenschaftliche Mitarbeiterin im vom BMBF geförderten Forschungs- und Entwicklungsprogramm „Lernkultur Kompetenzentwicklung“ (2001–2006) setzt sie sich mit Spielen als Instrumente in Lern- und Entwicklungsprozessen auseinander.

ullrich@wannseeforum.de



Frank Hofmann ist Jugendbildungsreferent. Seit 2013 ist der Verantwortliche für den Medienbereich und bpb-Seminare in der Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein. Seit 10 Jahren arbeitet er in verschiedenen Bildungsstätten als Referent für politische Bildung mit dem Schwerpunkt Medien und (politisches) Theater. Bereits in seinem „ersten“ Beruf als Erzieher und als (Dipl.) Kultur- und Medienpädagoge entwickelte er Konzepte zu Möglichkeiten des (fantastischen) Rollenspiels in der pädagogischen Praxis und setzte diese bei diversen Bildungsträgern um.

f.hofmann@kurt-loewenstein.de

Literatur

Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (Hrsg.) (2011–2014):

Jahresberichte 2011 bis 2014. Programm politische Bildung im AdB. Berlin: AdB

Baacke, Dieter u. a. (Hrsg.) (1999): Handbuch Medien: Medienkompetenz – Modelle und Projekte. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung

Heitmeyer, Wilhelm (2012): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) in einem entsicherten Jahrzehnt. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände, Band 10. Berlin: Suhrkamp

Heller, Christian (2011): Post-Privacy. Prima leben ohne Privatsphäre. München: C. H. Beck Verlag

Hepp, Andreas (2008a): Cultural Studie. In: Sander, Uwe / Gross, Friederike von / Hugger, Kai-Uwe (Hrsg.): Handbuch Medienpädagogik. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 142–148

Hepp, Andreas (2008b): Globalisierung der Medien und transkulturelle Kommunikationskultur. In: APuZ 39-2008, S. 9–16

Röll, Franz Josef (2008): Außerschulische Jugendmedienarbeit. In: Sander, Uwe / Gross, Friederike von / Hugger, Kai-Uwe (Hrsg.): Handbuch Medienpädagogik. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 512–518

Vogelmann, Maximilian (2012): Live-Rollenspiel und Fantasy. Ergebnisse einer qualitativen Studie auf dem Drachenfest 2009. In: Schmeink, Lars / Müller, Hans-Harald (Hrsg.): Fremde Welten: Wege und Räume der Fantastik im 21. Jahrhundert. Berlin: de Gruyter, S. 141–160

Winter, Rainer (2008): Globalisierung. In: Sander, Uwe / Gross, Friederike von / Hugger, Kai-Uwe (Hrsg.): Handbuch Medienpädagogik. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 415–421

Jugend hackt und DATA:RUN

Formatentwicklung für die netzpolitische Bildungsarbeit mit Jugendlichen

Der Autor, Gründer von mediale pfade.de, einer Agentur für Medienbildung, beschreibt in seinem Beitrag ein medienpädagogisches Angebot zum Thema Überwachung mit dem Titel DATA:RUN sowie das Förderprogramm für junge Programmierbegeisterte „Jugend hackt“. Er beschreibt die Ziele und Anliegen dieser Angebote, die Notwendigkeit und den Mehrwert von Kooperationen. Deutlich wird, wie wichtig die Weiterentwicklung netzpolitischer Arbeit im Kontext politischer Bildung ist und wie hilfreich, wenn die Methoden, Konzepte und Ideen mit anderen geteilt werden. von Daniel Seitz

These 1: Netzpolitische Bildung muss Digitales konkret und greifbar machen

Netzpolitische Bildung steht – noch stärker als die politische Bildung – vor der Herausforderung, mit Gegenständen zu arbeiten, die nicht greifbar sind. Zu sehen ist dies am gesellschaftlichen Engagement und den Themen, die die Zivilgesellschaft und auch Jugendliche selbst bewegen: Während bei ACTA (Anti-Counterfeiting Trade Agreement) damals die breite Beteiligung Jugendlicher an Gegenprotesten noch überrascht hat, ist das netzpolitische Engagement bei PRISM (Überwachungsprogramm des US-Geheimdienstes) und dem Überwachungsskandal schon wieder deutlich eingeschlafen. Bei ACTA hat das Narrativ „die nehmen uns unser Internet weg“ – angestoßen durch zahlreiche, bei Jugendlichen reichweitenstarke YouTuber – gegriffen.¹ Ähnlich konkrete Problembeschreibungen fehlen der Überwachungsthematik. Abstrakte Probleme

1 „Warum ACTA Jugendliche bewegt hat und PRISM kaum“, Aufzeichnung re:publica-Vortrag Daniel Seitz, <https://voicerepublic.com/talks/warum-acta-jugendliche-bewegt-hat-und-prism-kaum-eine-spurensuche> (Zugriff für alle in diesem Beitrag genannten Links: 12.10.2015)

wie (Selbst-)Zensur durch permanente Beobachtung durch Geheimdienste sind nur sehr schwer und vor allem nicht kurzfristig zu vermitteln.

These 2: Netzpolitische Bildung bedarf iterativer Projektentwicklungsmethoden

Dem Thema Überwachung wollten wir uns sehr früh stellen – nach dem großen Schock in der netzpolitischen Szene nach den Veröffentlichungen durch *Edward Snowden* 2013 wurde deutlich, wie wenig Problembewusstsein ob der anlasslosen und massenhaften Überwachung durch Geheimdienste in der Gesellschaft und insbesondere bei Jugendlichen vorherrscht. Es musste ein Ansatz gefunden werden, der die Kontroversität der Diskussion abbildet, um den Jugendlichen gute Grundlagen für eigenständige Meinungsbildung zum Thema zu geben. Zudem war es uns wichtig, auch Handwerkszeug und Tools zum Schutz gegen anlasslose Überwachung zu vermitteln, um den Teilnehmerinnen und Teilnehmern mehr Optionen für zivilgesellschaftliches Engagement an die Hand zu geben. Schnell war ein Ansatz gefunden, um das Thema zu vermitteln: *Alternate reality games* versetzen Jugendliche in einen Spielzustand, in dem nicht mehr aufgelöst wird, was Spiel

ist und was nicht Spiel ist. *Alternate reality games* setzen auf eine hohe Inszenierung, sind damit eindrücklich und machen echte Erfahrungen möglich. Sie geben den Spielern die Möglichkeit, spielerische Rahmenbedingungen zu setzen und dennoch im realen Raum zu arbeiten.

Im Falle von DATA:RUN, unserem medienpädagogischen Angebot zum Thema Überwachung, setzen wir dabei auf eine Hacker-Geschichte. „Markus“ nimmt zu Beginn des Spiels per Videobotschaft Kontakt zur Gruppe der Jugendlichen auf und erzählt ihnen, dass er da an etwas sehr Großem dran ist – aber kurz vor der Auflösung gescheitert ist, gerade verfolgt wird und niemandem mehr trauen kann. Deswegen wendet er sich an die Jugendlichen, da er davon ausgeht, dass sie nicht schon vom System infiltriert sind. Sie müssen zu seiner Hacker-Kollegin/seinem Kollegen Kontakt aufnehmen, um die Welt zu retten. Die Nummern finden sie in einem hinterlassenen Koffer. Die Geschichte geht ihren Lauf, die Teilnehmer/-innen erarbeiten sich zahlreiches Wissen über Überwachung, Kryptografie, Verschlüsselung, sichere Alternativen zu WhatsApp, open-source-Software u. v. m. – dazu sind sie mit der Hacker-Crew in Kontakt, teilweise per verschlüsselter Text-Kommunikation, teilweise per verschlüsseltem Video-Chat und lernen dabei jeweils Tools, Bedienung und Hintergrundwissen. Die Hacker-Gruppe (ein/e Teamer/-in sitzt in einem getrennten Raum) stellt dabei einen moralischen Kompass dar, dem die Jugendlichen folgen – oder sich natürlich auch an diesem reiben können. Und die Jugendlichen haben die Expertinnen/Experten-Rolle, was Technik und deren Einsatz angeht. Die/der Teamer/-in unterstützt nur bei Problemen, die auftauchen. Durch das Anerkennen der (Spiel-)Situation durch die Teilnehmer/-innen wird auch diese Rolle überraschend klar anerkannt und nur selten gibt es inhaltliche Anfragen oder die Bitte nach Tipps bei der Problemlösung.

Das Spielprinzip ist modular aufgebaut, die Jugendlichen stehen unter Zeitdruck, die Aufgaben zu lösen. Es ist auch möglich zu scheitern. Letztlich zielen alle Module, die es zu bearbeiten gilt, darauf, die Spielsituationen am Ende zu reflektieren und so eigenes Verhalten und Gelerntes sichtbar machen zu können. Dafür eignet sich ein nicht-geschafftes Spiel ebenso gut wie eine Erfolgsgeschichte – wobei der/die Teamer/-in im Stande sein muss, die Frust-Situation umzudrehen und den Blick auf das eigentliche Ziel – Kritikfähigkeit in Bezug auf das Thema Überwachung herzustellen – umzulenken.

Nicht alle Module haben gut in diesem Spielsetting funktioniert, das auf Zeitdruck und Qualität der zu erledig-

enden Aufgaben gleichzeitig setzt. Deswegen haben wir einige Module, die Grundlagen zur Kryptografie vermitteln sollen, nun an den Anfang des drei- bis vierstündigen Workshops gesetzt. Der Einstieg ist also nicht mehr direkt mit der Videobotschaft des „Hackers“ wie eingangs beschrieben, sondern mit einer klassischen Lernsituation, d. h. Lernen in verschiedenen Stationen zu bestimmten Grundlagen. Erst dann klingelt ein Smartphone, die Botschaft wird überbracht, das Video gefunden und so beginnt das *Alternate reality game*. Der Workshop ist mittlerweile über zehnmal durchgeführt worden – und immer wieder stellen wir Elemente darin um.

Nach wie vor gibt es leider kaum Angebote der politischen Bildung zum größten je dagewesenen Überwachungsskandal, und auch aus der Medienpädagogik haben sich kaum Angebote entwickelt. Dazu kommt, dass bei den Jugendlichen kaum auf Grundlagen zurückgegriffen werden kann, da auch in der Schule nur sehr wenige IT-Inhalte, geschweige denn eine gesellschaftliche Einordnung digitaler Themen stattfindet. So gilt es weiterhin auszuprobieren und Angebote der netzpolitischen Bildung iterativ – sich Schritt für Schritt annähernd – zu entwickeln. Nach unserer Erfahrung ist es gerade bei neuen Themen die bessere Vorgehensweise, nicht unendlich und auf Perfektion zu planen, sondern frühzeitig einzelne modulare Angebote mit der Zielgruppe zu testen, um so möglichst gute Lernsettings zu gestalten. Dabei ist es wichtig, diese Formatentwicklung bei der Zielgruppe transparent zu machen. So kann bei der Auswertung der Lerngegenstand an sich, aber auch das Format ausgewertet und gemeinsam weiterentwickelt werden. Vor allem aber verhindert diese Transparenz ein Scheitern des Formats – und eine negative Lernerfahrung bei der Zielgruppe. Vielmehr erkennen die Jugendlichen diese Art der gemeinsamen Entwicklung in hohem Maße an und sind dann gerne bereit, ihre Perspektive einzubringen. Diesen (vermeintlichen) Luxus langer Projektentwicklungsphasen müssen aber auch die Rahmenbedingungen und insbesondere die Förderprogramme hergeben.

These 3: Netzpolitische Bildung braucht partizipative (Veranstaltungs-)Formate gepaart mit transparenten Zielen

„Jugend hackt“ ist ein Förderprogramm für junge Programmierbegeisterte zwischen 12 und 18 Jahren. Allein der Name ist ein bewusster Verweis auf eine Leerstelle in unserer Gesellschaft – während schon lange zahlreiche Talente wie Musizieren, Forschen und neuerdings auch →

Gründen gefördert wird, gibt es bislang nur wenig Unterstützung für einen kreativen Umgang mit Technik. So startete die *Open Knowledge Foundation Deutschland* gemeinsam mit dem Verein des Autors, *mediale pfade*, dieses Förderprogramm unter dem Claim „Mit Code die Welt verbessern“. Dabei wurde das Format „Hackathon“, das seit vielen Jahren Soft- und Hardware-Entwickler, Coder, Hacker, Designer etc. zusammenbringt, um an wenigen Tagen Prototypen zu bestimmten Themen zu entwickeln, für die politische Bildung Jugendlicher weitergedacht. Das Format eignet sich besonders gut für die netzpolitische Bildung, weil es die Partizipation und die Selbstbefähigung der Teilnehmer/-innen in den Mittelpunkt stellt. Jugendliche – in unserem Fall bis zu 140 – kommen an einem Wochenende zusammen, um am Ende lauffähige Produkte und Prototypen im Rahmen einer öffentlichen Präsentation zu demonstrieren. Zum Ankommen werden verschiedene Inputs – organisatorischer, aber vor allem inhaltlicher Art – gegeben. Diese beziehen sich auf grundlegendes Programmier-Knowhow, auf den Umgang mit offenen Daten und open-source, aber auch auf die Entwicklung und Vermittlung eigener Ideen mittels Visualisierung. Mit diesem Wissen ausgestattet gehen die Jugendlichen dann in Kleingruppen, um in einem Brainstorming eigene Ideen zu entwickeln. Über Themenräume, sehr allgemeine Bündelungen wie Gesellschaft, Bildung, Umwelt, Zukunftsstadt oder auch Flüchtlinge und Anti-Rassismus als Sonderthema in 2015, finden Jugendliche nach grundlegenden Interessen zusammen, um dann gemeinsam ihre Ideen auszuarbeiten. Begleitet werden sie in diesem Prozess bis zur Präsentation von ehrenamtlichen Mentorinnen und Mentoren – Soft- und Hardware-Entwickler/-innen, die sich ähnliche Unterstützung auch in ihrer Kindheit gewünscht hätten. Diese werden im Vorfeld pädagogisch für den Umgang mit den Jugendlichen geschult, um dann als Begleiter/-innen das ganze Wochenende zur Verfügung zu stehen und insbesondere zu technischen Fragestellungen Antworten geben zu können; und ab Samstagmorgen, wenn die Ideen fertig entwickelt sind und sich alle für eine Kleingruppe zum Loslegen entschieden haben, dann auch, um im Projektmanagement zu unterstützen. Dies ist entscheidend, um sicherzustellen, dass die Ideen bis Sonntagmittag zur Abschlusspräsentation auch umgesetzt werden können. Denn zentral bei einem Hackathon ist es, sich nicht nur theoretisch Dinge auszudenken sondern diese mindestens prototypisch umzusetzen, bei der Abschlusspräsentation also tatsächlich lauffähige Ideen und nicht nur Powerpoints zu präsentieren.

Dies stellt einige Herausforderungen an das Bildungsszenario, gilt es doch immer, den Konflikt aus Prozess- und Produktorientierung in medienpädagogischen Angeboten so auszutarieren, dass am Ende möglichst viel von den Jugendlichen gelernt wurde, aber dennoch ein Produkt entsteht, mit dem sich die Ersteller/-innen selbst identifizieren, das aber auch das Publikum erfreuen kann und nachvollziehbar ist. So gilt es in einem Hackathon also auch, die Lernziele der Jugendlichen zu unterstützen und sie daran regelmäßig zu erinnern. Bei „Jugend hackt“ haben wir dies durch verschiedene Module gelöst: Am wichtigsten dafür sind die Mentorinnen und Mentoren selbst. Sie sind das ganze Wochenende eng mit den Jugendlichen in Kontakt.

Zentral bei einem Hackathon ist es, sich nicht nur theoretisch Dinge auszudenken sondern diese mindestens prototypisch umzusetzen.

Durch das, was die Teilnehmer/-innen an Fähigkeiten mitbringen, bedarf es auch eines hohen Schlüssels – die Jugendlichen sind in einem Verhältnis von 1:4 bis 1:3 durch ehrenamtliche Mentorinnen und Mentoren betreut. Weiter gibt es diverse gemeinsame Inputs plus sogenannte Lightning-Talks, die über den gesamten Samstag stattfinden – 15-minütige Kurz-Inputs, lang genug, um neue Dinge zu erfahren, kurz genug, um sich mal schnell vom eigenen Projekt zu lösen und sich neue Inhalte anzuhören. Und natürlich ist das Peer to Peer-Lernen vor Ort ganz wichtig – die Junghacker/-innen sind durchgängig in ihrer Expertinnen/Experten-Rolle vor Ort und werden bestärkt, sich mit Gleichaltrigen zu vernetzen. Dafür bieten wir zahlreiche digitalen Kanäle (slack, github, twitter) und natürlich soziale Anlässe während des Wochenendes bis hin zum Chill-Out-Bereich. Da üblicherweise die Arbeit an den eigenen Produkten eine hohe Sogwirkung hat, bieten wir den Teilnehmenden am Samstagmorgen – bevor das Hacken losgeht – an, einen eigenen Aufkleber für den Rücken zu gestalten – dort gibt es vier Ziele (von „mit Gleichgesinnten vernetzen“ bis „meine technischen Fähigkeiten erweitern“) und die Möglichkeit, auf diese Ziele Punkte zu verteilen – von „mir ist alles gleich wichtig“ bis „auf dieses Lernziel möchte ich mich besonders konzentrieren“ lässt sich da vieles ablesen. So können die Mentorinnen und Mentoren



Drei Mädchen entwickeln ihr Umweltbildungs-Projekt TreeFi, CC-BY Jugend hackt
Foto: Steffen Haas

während des Wochenendes die Teilnehmer/-innen an ihre Lernziele erinnern und sie dabei unterstützen, bestimmte Aspekte nicht zu vernachlässigen. Spannend ist dabei immer wieder zu beobachten, dass dieses Lernszenario und -angebot sofort (positiv) angenommen und mitgetragen wird, auch durch die gesamte Altersspanne von 12 bis 18 Jahren. Letztlich trägt auch die Abschlusspräsentation und die Auswahl der Preiskategorien zum Lernfortschritt bei – durch Jury-Kategorien wie „AHA-Moment“ für die außergewöhnlichste Idee oder „Bestes Design“ für die schönste oder intuitivste Umsetzung kann die qualitative Umsetzung bestimmter Aspekte unterstützt werden.

Für dieses Angebot ist uns jedoch wichtig, dass all diese Module lediglich als Unterstützung wahrgenommen werden. Im Zentrum stehen die Jugendlichen und deren Ideen selbst. Dabei schleichen wir die Betreuung von sehr intensiv und frontaler „Unterrichtssituation“ bis hin zum selbstgesteuerten Projekt, am Ende nur noch auf Abruf durch die Mentorinnen und Mentoren begleitet, immer weiter aus. Am Ende des Projekts stehen Junghacker/-innen alleine auf der Bühne und präsentieren ihre Projekte.

Aus Sicht netzpolitischer Bildung setzen wir natürlich die Rahmenbedingungen. Allein unser formulierter Anspruch „Mit Code die Welt verbessern“ spricht vermutlich eine bestimmte Art Jugendlicher an. Wir können dabei natürlich sagen – auch durch die wissenschaftliche

Evaluation ² im letzten Jahr –, dass die Teilnehmer/-innen sehr viel damit anfangen können. Allerdings können wir nichts über die sagen, die wir damit nicht erreichen.

Weiterhin setzen wir uns wichtige Themen zum Start, die auf die Grundhaltung der Junghacker/-innen abzielen. So ist uns das Thema Hacker-Ethik wichtig, das der *Chaos Computer Club* (CCC) in Form eines Vortrags mit Diskussion einbringt. Auch durch die Auswahl der Mentorinnen und Mentoren stellen wir eine gewisse Grundhaltung im Projekt sicher. So sprechen wir eher die gesellschaftlich motivierten Entwickler/-innen und Hacker/-innen im Umfeld der *Open Knowledge Foundation* und des CCC an, statt zahlreicher „corporate-Coder“, die ebenfalls Interesse hätten, die Jugendlichen zu begleiten. Und nicht zuletzt legen wir durch unseren „Code of Conduct“ ³ die Rahmenbedingungen und das erwartete Verhalten für alle – Mentorinnen und Mentoren wie Jugendliche – auf dem Event fest, wo wir auch Grundhaltungen und unsere Ziele – wie z. B. die explizite Förderung von Mädchen und Diversität – formulieren.

Uns scheint die Mischung aus transparent formulierter Grundhaltung und Zielsetzung seitens der Veranstalter →

² Glaser, Paula / Seitz, Daniel (2015): Code Literacy Förderung durch Jugend hackt; www.medienpaedagogik-praxis.de/2015/05/19/code-literacy-foerderung-durch-jugend-hackt

³ Jugend hackt, Code of Conduct <http://jugendhackt.de/code-of-conduct>

sowie der größtmöglichen Freiheit zur Entwicklung und Umsetzung eigener Ideen seitens der Jugendlichen ein Erfolgsrezept für die inspirierenden Ergebnisse von „Jugend hackt“ zu sein.

These 4: (Netz-)Politische Bildung braucht neue Allianzen und Kooperationen für die digitale Gesellschaft

Sowohl bei DATA:RUN als auch bei „Jugend hackt“ wird deutlich, dass die Formate und Methoden nicht aus der (netz-)politischen Bildung allein heraus entwickelt wurden. „Jugend hackt“ ist ein gemeinsames Projekt mit der *Open Knowledge Foundation Deutschland*, DATA:RUN wurde gemeinsam mit *Chaos macht Schule* des CCC Berlin entwickelt. In vielen Themen der Netzpolitik kommen wir in Bereiche, die allein technologisch kaum von den meisten politischen Bildnerinnen und Bildnern verstanden werden (können). Bezieht man diese technologischen Entwicklungen dann auch noch auf gesellschaftliche Implikationen, gibt es nur noch sehr wenige Menschen, die das Themenfeld gestalten können. Leider ist zu beobachten, dass aus dieser erlebten Ohnmacht ob der rasanten Entwicklung unserer digitalen Gesellschaft heraus häufig in Institutionen nicht der aktive Schritt auf das Thema gewagt wird, sondern stattdessen das Themenfeld entweder ganz umschiffet oder höchstens noch bewahrpädagogisch, d. h. mit Blick (allein) auf die Gefahren durch die Digitalisierung behandelt wird.

Sowohl bei DATA:RUN als auch bei „Jugend hackt“ wird deutlich, dass die Formate und Methoden nicht aus der (netz-)politischen Bildung allein heraus entwickelt wurden.

Politische Bildung muss dringend aus dieser Defensive heraus und das Themenfeld aktiv gestalten. Dafür braucht es neue Allianzen, denn tatsächlich gibt es hier viel Fort- und Weiterbildungsbedarf mit Blick auf große Themen – und Kooperationsbedarf mit Blick auf die zahlreichen Entwicklungen. Die gute Nachricht: Sie werden damit offene Türen einrennen, denn es gibt viele Organisationen, deren Ziele sehr ähnlich der politischen Bildung gelagert sind, insbesondere „digitale NGOs“ wie *Open*

Knowledge Foundation, *Chaos Computer Club*, *Digitale Gesellschaft e. V.*, *Wikimedia*, *Tactical Tech*, *Mozilla*. Konferenzen wie *re:publica* sind häufig in ähnlichen Feldern unterwegs, bauen eigene Lernportale auf, bieten Seminare, Workshops und Vorträge an, entwickeln neue Formate und können ebenfalls Kooperationspartner/-innen aus der politischen Bildung brauchen, die Wissen um Lernen, Format- und Methodenentwicklung, Didaktik, Grundsätze zur politischen Bildung u. v. m. mitbringen. Hier gibt es viele Möglichkeiten der Kooperation auf Augenhöhe, manche Organisationen haben auch eine starke regionale Verteilung oder zumindest Ideen für Ansprechpartner/-innen vor Ort.



Mentoring bei Jugend hackt, CC-BY Jugend hackt Foto: David Gómez

These 5: (Netz-)Politische Bildung braucht eine Kultur des Teilens

In der Zusammenarbeit mit eher durch das Netz geprägten Organisationen erwächst auch eine neue Kultur des Teilens. Für viele (digital geprägte) Organisationen ist es der Normal-Zustand, eigene Materialien, Texte, Medienproduktionen unter freier Lizenz allen zugänglich zu machen. Leider ist das bei politischer Bildung zumindest noch nicht Standard, wenn nicht sogar eher selten zu beobachten. Dafür gibt es sicherlich auch ökonomische Begründungen – z. B. freiberufliche Trainer/-innen der politischen Bildung, deren Seminarkonzeptionen und -materialien Grundlagen ihres Einkommens sind. Doch sollten wir unser Feld dahingehend gestalten – auch in der Ausrichtung der Finanzierung – dass wir zukünftig nicht eine durch Zurückhalten von Informationen sondern durch eine von Kooperationen geprägte Bildungslandschaft erhalten. Auch vor dem Hintergrund der oben genannten Geschwindigkeit von Entwicklungen und dem symptomatischen Hinterherlaufen von Trends statt dem Gestaltungsspielraum

auf Meta-Ebene ist es wichtig, uns gegenseitig in die Lage zu versetzen, dies zu tun. Ein ganz entscheidender Schritt in diese Richtung sind freie Konzeptionen und Materialien der politischen Bildung, international als *open educational resources* (OER) diskutiert, in Deutschland meist als freie Lehr- und Lernmaterialien bezeichnet.

Sehr gerne hätte ich an dieser Stelle auf die beiden Konzeptionen zu DATA:RUN und „Jugend hackt“ verlinkt, um nicht nur Forderungen aufzustellen, sondern diese auch selbst zu leben. Tatsächlich werden beide Projekte als OER zum Nachmachen und Weiterentwickeln vollständig veröffentlicht. Um dies in einer Qualität tun zu können, die auch animiert, die Konzepte zu lesen und vor allem auch eine Weiterentwicklung möglich zu machen, muss ich leider auf Anfang 2016, im Falle von DATA:RUN sogar noch auf das Frühjahr 2016 verweisen. Gerne diskutiere ich im Vorfeld schon Ideen und Ihre Fragen – und meine Kolleginnen, Kollegen und ich freuen uns, wenn Sie dann auf Elemente unserer Angebote zurückgreifen können, um eigene Angebote zu entwickeln oder diese gar vollständig für ihre Konzeptionen übernehmen. Bisher haben wir zahlreiche andere Materialien und Konzepte veröffentlicht. ⁴ Auch hier wird wieder deutlich, welche veränderten Bedingungen dies an Antragstellung und Projektentwicklung stellt. Um gute Projekte frei und nachvollziehbar veröffentlichen zu können, braucht es nicht nur mehr Zeit (und damit eine höhere Finanzierung), es braucht auch im Zweifelsfall eine höhere Anzahl an Durchführungen der Projekte, um klarere Empfehlungen geben zu können. Dies widerspricht häufig der Notwendigkeit projektfinanzierter Arbeit mit dem Zwang, sich permanent neu erfinden zu müssen. Allerdings würde ich dennoch dafür werben, die Anstrengungen zu unternehmen – auch ohne veränderte Förderbedingungen, denn sobald zahlreiche Institutionen ⁵ der politischen Bildung anfangen, ihre Konzeptionen frei zu veröffentlichen, sparen auch sie sich an anderer Stelle, das Rad neu zu erfinden.

Ich hoffe, mit den vorliegenden Thesen die Entwicklung von Formaten für die netzpolitische Bildung unterstützen zu können und freue mich auf fachlichen Austausch und Ihre Erfahrungen. Noch gibt es wenige Orte – physisch wie online – die sich der netzpolitischen Bildung verschrieben

haben. Auch hier bin ich sehr gespannt auf die weitere Entwicklung und auf Tipps. (CC-BY-SA Daniel Seitz)

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 4/2015

Zum Autor



Daniel Seitz hat „mediale pfade.de“ gegründet, weil er für eine freie, politisierte Gesellschaft brennt, die ihre Verantwortung wahrnimmt. Als Medienpädagoge ist er überzeugt, dass Medienbildung einen wichtigen gesellschaftlichen Anteil zu politischer Teilhabe, Selbstentfaltung und Kreativität leisten kann. Daniel Seitz engagiert sich im Vorstand der „Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur“ (GMK), ist Teil des Fachausschusses Medien des „Deutschen Kulturrats“ und arbeitet in den Beiräten des „Fonds Soziokultur“ und der „Stiftung Digitale Spielkultur“ mit.

daniel.seitz@medialepfade.de
www.medialepfade.de

⁴ medialepfade.de, freie Materialien, Konzepte und Texte:
<http://medialepfade.de/blog>

⁵ OER – Material für alle, bpb: www.bpb.de/lernen/oer-material-fuer-alle

Ausgewählte Literatur zum Thema

„Netzpolitiken. Zwischen digitaler Freiheit und Kontrolle“

Ausgewählt und zusammengestellt von der **Bibliothek des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung / Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen**

Caesar, Ingo (2012): Social Web – politische und gesellschaftliche Partizipation im Netz. Beobachtungen und Prognosen. Berlin: Simon Verlag für Bibliothekswissen

STICHWORTE: Internet; Politik; Kommunikation; Politische Beteiligung; Politische Bildung

Czeschik, Johanna Christina / Lindhorst, Matthias / Jehle, Roswitha (2015): Gut gerüstet gegen Überwachung im Web – Wie Sie verschlüsselt mailen, chatten und surfen. Weinheim: Wiley-VCH Verlag

STICHWORTE: Deutschland; Überwachung; Datenschutz; Internet; Sicherheit

Dittler, Ullrich / Hoyer, Michael (Hrsg.) (2013): Aufwachsen in sozialen Netzwerken. Chancen und Gefahren von Netzgemeinschaften aus medienpsychologischer und medienpädagogischer Perspektive. München: kopaed

STICHWORTE: Soziale Software; Medienpädagogik; Psychologie; Soziales Netzwerk

Friedrich, Katja / Siller, Friederike / Treber, Albert (Hrsg.) (2015): smart und mobil. Digitale Kommunikation als Herausforderung für Bildung, Pädagogik und Politik. München: kopaed

STICHWORTE: Computerunterstütztes Lernen; Jugend; Medienpädagogik; Mobiles Endgerät; Internet; Mobilität

Ganguin, Sonja / Meister, Dorothee (Hrsg.) (2013): Digital native oder digital naiv? Medienpädagogik der Generationen. München: kopaed

STICHWORTE: Neue Medien; Internet; Medienkompetenz; Medienpädagogik; Alter Mensch; Jugendlicher; Kind

Hofstetter, Yvonne (2014): Sie wissen alles. Wie intelligente Maschinen in unser Leben eindringen und warum wir für unsere Freiheit kämpfen müssen. München: Bertelsmann Verlag (4. Auflage)

STICHWORTE: Internet; Massendaten; Soziale Kontrolle; Kommerzialisierung; Überwachungstechnik; Personenbezogene Daten

Kurz, Constanze / Rieger, Frank (2011): Die Datenfresser. Wie Internetfirmen und Staat sich unsere persönlichen Daten einverleiben und wie wir die Kontrolle darüber zurückerlangen. Frankfurt am Main: Fischer Verlag

STICHWORTE: Datenschutz; Internet; Datenmissbrauch

Lauffer, Jürgen / Röllecke, Renate (Hrsg.) (2013): Chancen digitaler Medien für Kinder und Jugendliche. Medienpädagogische Konzepte und Perspektiven: Beiträge aus Forschung und Praxis – Prämierte Medienprojekte. München: kopaed

STICHWORTE: Medienkonsum; Neue Medien; Medienpädagogik; Aufsatzsammlung

Levy, Steven (2011): In the plex. How Google thinks, works, and shapes our lives. New York (u. a.): Simon & Schuster

STICHWORTE: Internet; Google; Unternehmen; Strategisches Management; Auswirkung; Geschichte

Pariser, Eli (2012): Filter Bubble. Wie wir im Internet entmündigt werden. München: Hanser Verlag

STICHWORTE: Internet; Einflussnahme; Meinungsbildung; Google; Soziales Netzwerk

Rakebrand, Thomas (2014): „Gehört das dann der Welt oder YouTube?“ Junge Erwachsene und ihr Verständnis vom Urheberrecht im Web 2.0. München: kopaed

STICHWORTE: Deutschland; Heranwachsende; Wissen; Urheberrecht; World Wide Web 2.0

Schaar, Peter (2014): Überwachung total. Wie wir in Zukunft unsere Daten schützen. Berlin: Aufbau-Verlag

STICHWORTE: Deutschland; Internet; Überwachung; Datenschutz; Datenmissbrauch; Datenspeicher; Informationsgesellschaft; Technik; Kritik; Zukunft

Schmale, Wolfgang / Tinnefeld, Marie-Theres (2014): Privatheit im digitalen Zeitalter. Wien (u. a.): Böhlau

STICHWORTE: Privatheit; Menschenrecht; Geschichte; Diskurs; Internet; Massendaten; Person; Daten; Datenschutz; Information; Recht; Selbstbestimmung

Theunert, Helga/Wagner, Ulrike (Hrsg.) (2013): Alles auf dem Schirm? Jugendliche in vernetzten Informationswelten. München: kopaed

STICHWORTE: Neue Medien; Jugendliche; Medienpädagogik; Gesellschaft; Vernetzung; Information; Öffentlichkeit; Internet; Informationssystem; World Wide Web 2.0; Nutzung; Politische Bildung; Politik; Partizipation; Aufsatzsammlung

Keiner allein ist so smart wie ein Team

Personalmanagement in Bildungsstätten

In der „Außerschulischen Bildung“ wird in jeder Ausgabe ein Beitrag im FORUM veröffentlicht, der aktuelle Themen aufgreift, Kontroversen anregt, Position bezieht oder interessante Studien vorstellt. Die Beiträge in den vier Ausgaben im Jahr 2015 widmen sich dem Thema „Personal in der politischen Bildung“ aus verschiedenen Perspektiven. In diesem Beitrag wird das Thema Personalmanagement in Bildungsstätten in den Blick genommen. von Ina Nottebohm

Systematische Personalarbeit oder „Human Resources Management“ sind längst nicht mehr nur in gewerblichen Unternehmen oder Wohlfahrtskonzernen anzutreffen. Auch Bildungseinrichtungen müssen sich zunehmend mit Fragen des Personalmanagements auseinandersetzen, um dauerhaft erfolgreich zu sein.

Die Organisation von Seminarangeboten, Tagungen, Bildungsurlauben und dem entsprechenden Drumherum von Unterkunft, Verpflegung und diversen Serviceleistungen – vom WLAN-Code bis zum Taxishuttle – ist eine sehr komplexe Dienstleistung, die ein hohes Maß an Kompetenz und Steuerung von allen Beteiligten erfordert. Neben der räumlichen Umgebung ist das Personal deshalb die wichtigste Ressource einer Bildungsstätte (vielleicht sogar noch wichtiger als das Gebäude selbst, denn Unterbringung lässt sich ja auch anders organisieren).

Qualifiziertes Personal zu finden und zu halten ist dabei zur Königsdisziplin der Führungskräfte in Bildungsstätten geworden. Die Frage der Qualifikation fängt schon bei der eigenen Person an, sind doch die meisten Leitungspersonen eher aus einer inhaltlichen Motivation heraus in diese Rolle gekommen und sehen sich eher unvorbereitet mit den differenzierten Anforderungen des Perso-

nalmanagements im Unternehmen Bildungsstätte konfrontiert.

Personalmanagement als System

Aber der Reihe nach. Was bedeutet eigentlich „Personalmanagement“? Ganz allgemein sind damit alle Aufgaben im Bereich der Personalplanung, -entwicklung, -führung und -verwaltung gemeint. Verschiedene Ebenen und Abteilungen sind am ganzheitlichen System „Personalmanagement“ beteiligt – vom ehrenamtlichen Vorstand des Trägervereins über die Führungskräfte bis hin zur Personalsachbearbeiterin. Je größer die Einrichtung, desto differenzierter müssen Personalangelegenheiten organisiert, Teilaufgaben delegiert und alle damit verbundenen Prozesse systematisiert werden, damit kein Chaos entsteht.

Auch Fragen der Mitbestimmung spielen beim „Personalmanagement“ eine wichtige Rolle: Die Einbindung des Betriebsrats und/oder eine anders organisierte Beteiligung der Beschäftigten an der Personalplanung und -entwicklung trägt wesentlich zur Identifikation mit dem Haus bei und stärkt das „Wir-Gefühl“, was bei den manchmal nicht ganz optimalen sachlichen Rahmenbedingungen ein wesentlicher Faktor für den Erfolg der Arbeit einer Bildungsstätte ist. →

Nicht zuletzt sind es die Beschäftigten, die den Geist einer Heimvolkshochschule, eines Seminar- und Tagungshauses, einer Jugendbildungsstätte entscheidend prägen. Ein freundlicher Empfang an der Rezeption mit einem extranetten Lächeln, der fixe Bundesfreiwillige, der mit den Koffern hilft oder das engagierte Küchenteam, das auch noch die abseitigste Allergie ernst nimmt, kann so manchen baulichen Nachteil oder den Modernisierungsstau bei der Ausstattung des Gebäudes wettmachen.

Aber wie lässt sich nun „Personalmanagement“ als systematischer Prozess begreifen und implementieren? Gar nicht so einfach, denn die Herausforderung fängt bereits bei der Personalplanung an. So unterschiedlich die thematischen Schwerpunkte der Bildungsstätten sind, so unterschiedlich ist auch der Ansatz, der den Personalbedarf betrifft. Dies wird besonders deutlich im Bereich des pädagogischen Personals. Während es in einigen Bundesländern Vorschriften dazu gibt, welche Leistungen mit eigenen pädagogischen Kräften zu erbringen sind, so lassen andere Förderrichtlinien größere Spielräume zu. Ob eine Weiterbildungseinrichtung eher mit einem kleinen pädagogischen Team arbeitet, das im Wesentlichen Weiterbildungsmanagement zur Aufgabe hat und sich dabei eines größeren Stamms freiberuflicher Referentinnen und Referenten bedient oder den entgegengesetzten Weg beschreitet und möglichst viele Seminare und Tagungen vom eigenen Stammpersonal gestalten lässt, ist also eine Frage der strukturellen Rahmenbedingungen, aber auch der Tradition und des Selbstverständnisses der Bildungsstätte.

So unterschiedlich die thematischen Schwerpunkte der Bildungsstätten sind, so unterschiedlich ist auch der Ansatz, der den Personalbedarf betrifft.

Welcher Weg dabei erfolgreicher ist, lässt sich nicht pauschal beantworten. So hat die Form, mit einem eher kleinen pädagogischen Team zu arbeiten, sicher den Vorteil, dass den differenzierten inhaltlichen Anforderungen der Teilnehmenden durch die Einbindung externer Fachleute sehr passgenau entsprochen werden kann. Die persönliche Bindung von Teilnehmenden zur Bildungseinrichtung dagegen ist stärker, wenn in Seminaren und Tagungen das eigene pädagogische Personal als Seminarleitung präsent

ist. Es gibt erfolgreiche Beispiele im *Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten* für jedes der beiden Modelle – und dazwischen natürlich all die Mischformen und unterschiedlichen Ausprägungen, die die Vielfalt unserer Einrichtungen so lebendig machen.

Stellenplan als Grundlage

Ein Stellenplan ist in fast jeder Bildungseinrichtung Grundlage für die Wirtschaftsplanung des Folgejahres und wichtigstes Instrument für die Steuerung der „human resources“. Oft ist die Mitgliederversammlung oder ein vergleichbares Organ zuständig für die Genehmigung der Vorlage, die von der Leitung der Bildungsstätte vorgelegt wird. Auf welcher Grundlage der Stellenplan erstellt wird hat viele Einflussfaktoren. In der Regel wird der wirtschaftliche Rahmen so eng sein, dass nach dem Grundsatz geplant wird, nur so viel Personal beschäftigen zu können, wie dringend erforderlich ist. Aber auch für die Beurteilung, was denn der minimal erforderliche Personalbedarf ist, damit die notwendigen Leistungen noch erbracht werden können, fehlen oft Kennzahlen.

Ein Vergleich mit anderen Einrichtungen kann dabei sehr hilfreich sein, wie es zum Beispiel im Rahmen der Benchmark-Arbeitsgruppe des *Verbands der Bildungsstätten im ländlichen Raum* oder im kollegialen Austausch auf Leitungsebene in der *Kommission Verwaltung und Finanzen des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten* möglich ist, und sei es nur, um Unterschiede zu definieren und schlüssig zu erklären. Auch ein vergleichsweise hoher Personaleinsatz zum Beispiel im Bereich Hauswirtschaft lässt sich ja gut begründen, wenn er durch ein breites Angebot an Serviceleistungen, die dem Kunden in Rechnung gestellt werden, refinanziert wird.

Wettbewerb um die besten Kräfte

Die Personalgewinnung ist eine der wichtigsten Aufgaben im Rahmen des Personalmanagements in einer Bildungsstätte und obliegt beileibe nicht allein der Leitung. Im Gegenteil, werden doch viele qualifizierte neue Kräfte über Empfehlungen und Kontakte der vorhandenen Beschäftigten gewonnen. Es ist auch gute Praxis, zumindest die Personen, die von der Neueinstellung betroffen sind, in den Entscheidungsprozess mit einzubeziehen – zum Beispiel, durch ein Praktikum eines potentiellen Büromanagement-Azubis im Verwaltungsbereich und anschließender Meinungsbildung im Verwaltungsteam oder indem sich eine neue Fachbereichsleitung dem gesamten pädagogischen Team und nicht nur der pädagogischen

Leitung vorstellt. Dieses Verfahren hat auch Vorteile, wenn sich die Neueinstellung nicht als Erfolg erweist – die mangelnde Urteilsfähigkeit wird dann nicht allein der Leitung zugeschrieben.

Gutes Personalmanagement bedeutet also immer, die vorhandenen Ressourcen pfleglich zu behandeln und nicht nur auf den freien Markt zu schielen. Die Förderung des Nachwuchses im eigenen Haus sollte dabei Herzensangelegenheit aller Leitungskräfte sein. Ein hoher Anteil an Auszubildenden im Bereich Hauswirtschaft und Verwaltung sorgt dafür, dass auch Ausfälle beim Stammpersonal gut überbrückt werden können und bringt frischen Wind und neue Fertigkeiten und Kenntnisse ins Team. Auch im pädagogischen Bereich können Praktika oder auch Volontariate, die eher im journalistischen Bereich bekannt sind, eine gute Form sein, jungen Kolleginnen und Kollegen Einblick in die Arbeit zu geben, sich gegenseitig kennenzulernen und bestenfalls studienbegleitend als Honorarkraft an das Haus zu binden. Wenn dann einmal eine Stellenneubesetzung ansteht, sind die Voraussetzungen gut, aus diesem Kreis qualifizierte Bewerbungen zu bekommen und die Einarbeitungszeit zu verkürzen.



Foto: Haus Neuland

So viel Spaß ... für so wenig Geld?

Auch das Entgeltmanagement ist ein wesentlicher Strukturfaktor für das Personalmanagement in Bildungsstätten. Gerade hinsichtlich der Personalgewinnung sind die monetären Rahmenbedingungen von Bildungsstätten in Abhängigkeit von ihrer Trägerstruktur und den Förderbedingungen im jeweiligen inhaltlichen Kontext oder bezogen auf das Bundesland sehr unterschiedlich. Zunehmend in der Minderheit sind Beschäftigte, deren Arbeitgeber sich am Tarifwerk des öffentlichen Dienstes orientiert oder auf einen vergleichbaren Entgelttarifvertrag Bezug nimmt.

Da besonders für den Übernachtungs- und Verpflegungsbereich einer Bildungsstätte die Wirtschaftlichkeit (auch im Vergleich mit gewerblichen Anbietern) eine immer größere Rolle spielt, sehen sich viele gemeinnützige Einrichtungen kaum noch in der Lage, auf die Gastronomie bezogen branchenunübliche Gehälter zu zahlen. Bezugspunkte sind zunehmend die Tarifverträge von DEHOGA (Deutscher Hotel- und Gaststättenverband e. V.) oder NGG (Gewerkschaft Nahrung, Genuss Gaststätten).

Die Möglichkeit, Arbeitszeit flexibel zu gestalten, ist auch eine wichtige Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Da die Entgeltstrukturen von Bildungseinrichtungen oft wenig Spielraum bieten, das Engagement der Beschäftigten durch monetäre Anreize wie Zulagen oder Prämien zu würdigen oder zu fördern, spielen „weiche“ Faktoren wie das Fortbildungsangebot, die Arbeitszeitgestaltung und Fragen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine große Rolle, wenn ein Haus als Arbeitgeber attraktiv sein möchte.

Viele Beschäftigte sind bereit, sich auch über ihre reguläre Arbeitszeit hinaus fortzubilden und zu qualifizieren, schrecken aber vor den Kosten zurück, die gerade mit umfangreicheren Formaten wie der Ausbildereignungsprüfung oder der Qualifikation zur/zum Brandschutzbeauftragten oder Erlebnispädagogin/-pädagogen verbunden sind. Hier können Vereinbarungen hilfreich sein, bei denen der Arbeitgeber die Kosten zumindest zu einem großen Anteil übernimmt, die Beschäftigten im Gegenzug Zeit einbringen, die über die normale Arbeitszeit hinausgeht, also keine Überstunden angerechnet werden, wenn die Fortbildung den normalen Arbeitszeitrahmen übersteigt. Auch die Bereitschaft des Arbeitgebers, kurzformatige Fortbildungen zu finanzieren oder die Genehmigung für die Teilnahme an einer interessanten Konferenz zu erteilen, wird von den Beschäftigten als Wertschätzung empfunden und ist eine gute Investition, um vorhandenes Personal zu binden und die Motivation zu fördern.

Vertrauen, nicht nur Kontrolle

Ein weiterer wesentlicher Faktor für erfolgreiches „Personalmanagement“ mit dem Fokus, als Arbeitgeber →



Die Visitenkarte eines Hauses – der freundliche Empfang Foto: Haus Neuland

attraktiv zu sein, ist die Arbeitszeitgestaltung. Eine möglichst flexible Gestaltung der Arbeitszeit bringt in der Regel beiden Seiten Vorteile. So macht es keinen Sinn, darauf zu bestehen, dass das pädagogische Personal werktäglich spätestens um 9 Uhr am Arbeitsplatz ist, wenn gleichzeitig viele Stunden am Abend und Wochenende erbracht werden müssen. Um trotzdem einen guten Informationsfluss zu gewährleisten empfiehlt sich die Definition von Kernarbeitszeiten, in denen die Präsenz sichergestellt ist und interne wie externe Anfragen beantwortet werden können – zum Beispiel von 10 bis 14 Uhr. Die weitere Einteilung der Arbeitszeit obliegt dann der/dem Beschäftigten selbst in Abhängigkeit vom Bedarf, der sich durch die Anforderungen von Kunden und Teilnehmenden ergibt. Ein funktionierendes Zeiterfassungssystem schafft dabei Transparenz für alle Beteiligten.

Die Möglichkeit, Arbeitszeit flexibel zu gestalten, ist auch eine wichtige Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Eine Betriebsvereinbarung oder ein vergleichbares Regelwerk zur Arbeitszeitgestaltung schafft Klarheit für alle Beteiligten. Im Tarifvertrag können schon wesentliche Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf definiert werden. Kein Arbeitgeber kann es sich leisten, auf die Erfahrung und Kompetenz von Beschäftigten ganz zu verzichten, nur weil diese familienbedingt für einen begrenzten Zeitraum nicht zur Verfügung stehen oder nach dem Wiedereinstieg nicht in Vollzeit arbeiten können. Nicht immer ge-

stalten sich die Übergänge ganz ohne Reibungen, aber dafür sind Frauen und Männer, die Familie und Beruf verbinden, dann am Arbeitsplatz meist sehr präsent und effizient, weil nur ein begrenztes Zeitbudget zur Verfügung steht und sich bestimmte Aufgaben nicht auf den Spätnachmittag verschieben lassen, weil ganz bestimmt die KiTa schließt.

Führung durch Delegation

Der Typus des allwissenden, allmächtigen Direktors ist mit den Anforderungen, die vom Markt und von den Kunden an eine Bildungseinrichtung gestellt werden, immer weniger vereinbar. Eine Person kann nicht gleichzeitig alle Fäden in der Hand halten, in Personalunion für das Social Media-Marketing verantwortlich sein, als Experte für internationale Beziehungen in Seminaren Vorträge halten und als Facility Managerin für die Heizungsanlage verantwortlich sein. Oder doch? Aber um welchen Preis? Die Personalknappheit in vielen Bildungsstätten führt dazu, dass sich bei der Leitung all die Aufgaben versammeln, für die es eigentlich Spezialisten braucht. Oder zumindest Beschäftigte mit einschlägigen Fachkenntnissen. Zieht die Leitung zu viele Aufgaben an sich, können diese schon aus zeitlichen Gründen nicht mit der notwendigen Qualität erledigt werden und auch die Gefahr, sich selbst zu überfordern, und dann der Leitungsrolle irgendwann gar nicht mehr gewachsen zu sein, besteht. Ein wichtiger Aspekt für erfolgreiches Personalmanagement in einer Bil-

dungsstätte ist deshalb die Delegation. Und zwar nicht nur von Aufgaben, sondern auch von Verantwortung.

Es ist wichtig, dass den Beschäftigten einer Bildungseinrichtung von der Leitung nicht nur eine Fülle von kleinteiligen Pflichten übertragen wird, sondern auch das Vertrauen entgegengebracht wird, fachbezogene Entscheidungen treffen zu dürfen – innerhalb eines vorgegebenen finanziellen und strukturellen Rahmens, versteht sich. Um das Feld abzustecken sind Aufgabenbeschreibungen eine gute Orientierungshilfe.

Im Idealfall wird die Aufgabenbeschreibung im Rahmen regelmäßiger – das heißt im Jahres- oder Zweijahresrhythmus stattfindenden – Personalentwicklungsgespräche überprüft und aktualisiert. Oft benennen die Beschäftigten dabei selbst neue Herausforderungen ihres Arbeitsbereichs, denen sie sich gerne widmen würden, oder sie möchten sich für bestimmte Aufgaben besser qualifizieren. Dies lässt sich im Rahmen einer Zielvereinbarung konkretisieren und für beide Seiten bindend vereinbaren.

Auch was eine flüssige Einarbeitung neuer Kolleginnen und Kollegen betrifft, ist eine aktuelle Aufgabenbeschreibung hilfreich, um klar zu definieren, welche Erwartungen an die/den Beschäftigte/n gestellt werden und welche Verantwortlichkeiten mit der Tätigkeit verbunden sind. Die Aufgabenbeschreibung sollte schon Grundlage der Stellenausschreibung sein und im Rahmen der Einarbeitung der Fahrplan für das systematische Vermitteln der erforderlichen Kenntnisse und Fertigkeiten.

Es gibt also durchaus eine Vielzahl von Instrumenten und Verfahren, um Personalmanagement in Bildungsstätten erfolgreich umzusetzen. Die Knappheit von Mitteln sollte keine Ausrede für unstrukturiertes, willkürliches Leitungshandeln sein – dazu sind unsere Bildungseinrichtungen viel zu sehr darauf angewiesen, dass alle Aufgaben effizient und erfolgreich erledigt werden und die Motivation der Beschäftigten erhalten bleibt. Schon aus Selbsterhaltungsgründen. Denn wer ist schon gern Gast in einem Haus mit einem mürrischen Team?

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 4/2015

Zur Autorin



Ina Nottebohm ist Diplom-Soziologin und seit 2006 Geschäftsführerin der Bielefelder Bildungsstätte „Haus Neuland“.

i.nottebohm@haus-neuland.de

Managing minority Youth Civic Engagement

How German based Non-Profit Organizations tackle the challenge

This research was conducted thanks to funds from the Ellen Schall Experience Fund. Over the summer of 2015 I partnered with the German Association of Education Organizations (AdB) and conducted 11 interviews with non-profit organizations managers across Germany. The interviews concentrated on the topic of minority youth civic engagement in relation to 4 management categories: Governance Structure, Management Practices, Operational Management and Performance Measurement and Management. by Brayan Rosa Rodriguez

Introduction

First and foremost let's define what is civil society and civic engagement? I would like to adopt the definition used in the Social Development Notes of the World Bank "... alongside the state and the market, civil society is a critical factor in determining the level, pace and equity of a country's economic, social and political development. Civic engagement is the participation of private actors in the public sphere, conducted through direct and indirect interactions of civil society organizations and citizens-at-large with government, multilateral institutions and business establishments to influence decision making or pursue common goals." (Thindwa/Monico/Reuben 2003; Note No. 82) I like this definition because it stresses the fact that civil society is a public good therefore not only groups but also individuals benefit from it.

Given the fact that civil society is a public good there is no space for rivalry or exclusiveness and in a utopic space every single individual in a town, city, nation or country should be an important stakeholder of the policy process. This involves participation and the upheld value of democratic citizenship. Now, even today in the 21st century, countries leaders struggle with harnessing

the resources needed to enable civic participation. Although all civic actors are responsible, more often than not Non-Profit Organizations are charged with the challenge of steering the participation process even more so their counterparts. This challenge gets more complicated even more when we take in to account marginalized groups like ethnic minorities, migrants, LGBTQ people, handicapped people, women, old citizens and even youths. This is something that is true in any democracy around the world.

The following research presents the results of 11 interviews with middle and top management staff of Non-Profit Organizations that work with topics related to civic engagement and minority youth in Germany. The interviews concentrated on 4 management aspects: Governance Structures (GS), Management Practices (MP), Operational Management (OM) and Performance Measurement and Management (PMM). These managers were selected from the AdB Network of contacts and were screened based on the ability to have an interview over the summer and being able to understand the English or Spanish language since the interviews required this. The purpose of this research is not to validate theories instead it explores ma-

nagement practices and aligns them with effective civic engagement outcomes.

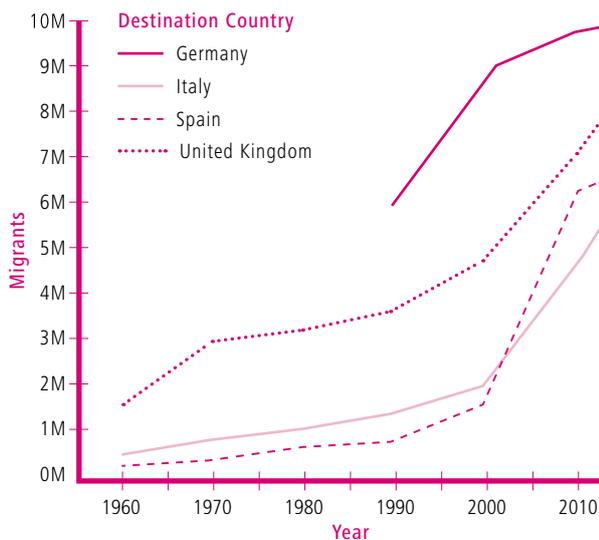
Discussion

Over the course of my stay in Germany people often asked me why research in Germany? And why this topic? My answer was simple: "I wanted to embrace the full minority experience, not knowing the language, not knowing the social norms, not even a resemblance to locals". Remarkably this wasn't my experience at all. I felt welcomed, respected, valued and appreciated. Now, understanding that my perspective as a visitor fundamentally differs from other type of migrations the question remains: How much different would my experience be if I migrated? Nonetheless, there is evidence that my experience is not necessarily the reality of every migrant that comes to Germany.

Other than being Europe's strongest economy the set of mainstream policies to address migration integration has made it even more peculiar.

As discussed by Mühe (2010) "Germany has been a de facto country of migration since it started signing labour recruitment contracts with Italy (1955), Greece and Spain (1960), Turkey (1961), Morocco (1963), Portugal (1964) and Tunisia (1965)." Although other countries had dealt with migration in many other ways Germany presents itself with an intriguing set of historical events that tells a unique story. Other than being Europe's strongest economy the set of mainstream policies to address migration integration has made it even more peculiar. Now to be clear the purpose of this paper is not to discuss migration policies but this information is vital to understand how civic engagement becomes challenging for mobile families and individuals in Germany. The following map illustrates migration patterns since 1960 in Germany, Spain, Italy and the UK. This shows how the increasing migration pattern in Germany decreased since the 2000 due to changes in migration policies "It was only 1999 that the citizenship law was reformed and the children of immigrants, born on Germany, were given German Citizenship under certain conditions." (Mühe 2010) Although not the only factors the changes in

policy affected the perception of migrants and challenged the German identity. What does it mean to be German? What does it look like to be German? Who decided what it is to be German? These questions were even more impactful to second and third generation children of migrants that never left Germany (as they were supposed to).



International Migrant Population by Country of Destination, 1960–2013 Chart: Migration Policy Institute (MPI) Data Hub

In an effort to strengthen civil society, government spending for civic projects increased and targeted strategies for assimilation and "multiculturalism" were designed. Even so it was recognized that intercultural learning failed in Germany. In 2010 when *Angela Merkel* said that the attempts to create a multicultural society in Germany had "utterly failed" (The Guardian 2010). On the other hand it is important to recognize that Germany has made great progress in managing diversity and migration but many argue that there still much to be done. In the 2014 a qualitative Eurobarometer report showed that when Germans were asked: "What do you think are two most important issues facing our country (Germany) at the moment?" Interviewees responded: 1. Immigration (37 %) and 2. Education system and Government debt were tied for second (17 %) respectively. Terrorism was not far behind with 11 %. When compared with the rest of EU28 these numbers seemed high. This gives the idea that there are still portions of the German society that see migration and terrorism often as a huge problem for the country. This perception is not exclusive to Germany the report states that "the general public identified many actions that they could do →

themselves to improve integration within their neighborhood and their community. Participants from most Member States identified the need for a change in the attitude of the general public as the cornerstone to improving integration." (Eurobarometer 2014)



The crowd at the Summer Intercultural Festival in Berlin

Photo: Brayan Rosa Rodriguez

Given this context there is a civic engagement challenge that, although real for majority youths, it can be even harder for minority youth. *Mühe* discusses that "In this national atmosphere it is still difficult today for young people, whose parents or grandparents were immigrants, to feel as an equal part of society and to identify positively with the country, especially as unequal treatment of non-ethnic Germans is widespread in various areas of life." This is especially true for Muslims in Germany. This antagonistic behavior has not only created negative perceptions towards migrants but some even say that migrants have lost desire to integrate as well.

The lack of willingness among migrants to interact/integrate – participants explained that they felt migrants could do more to interact with local people. There is a perception that migrants tend to live very private lives and this makes it difficult to get to know them "We shouldn't be talking here today about whether we can integrate the Turkish people but rather about whether the Turkish people want to be integrated. And that is what they don't want." (Germany, general public, male, 45–70)" (Eurobarometer 2014) All of these factors make the work that Non-Profits Organizations dealing with civic engagement more difficult and necessary. The predominantly preferred strategy to deal with civic engagement challenges is education. But even through this approach there are significant differences in how child-

ren learn and understand civic engagement. In the 2009 IEA report found that "The average socioeconomic factor status of students was the most important school characteristic in terms of effect on civic knowledge at the school level." (ICCS IEA 2009) Further more "Among the student and home-background factors, gender (female), speaking the test language at home, and socioeconomic background were important and consistent (Statistically significant) positive predictors of civic knowledge in many countries." The report also confirmed that young people prefer alternative forms of citizen engagement over conventional forms of participation. This is why this research concentrated in Non-Profit Organizations that work in non-formal education settings in which managers would be able to see youth in preferred spaces for civic education.

Findings

Given the brevity of this paper I would like to highlight only a dozen of good practices that the managers identified as conducting to good civic engagement management. These were able to create an enabling environment for learning for both minority and majority youths.

Governance Structure

Anne Frank Zentrum, Berlin

- The use of middle and top management for the development of strategies. This organization splits its task among 4 working teams and creates a feedback system to both devolve and evolve responsibilities.
- An effective use of the board members and international collaboration with other Anne Frank Centers across the globe.

Tagungshaus Bredbeck

- The nature of this project is a hybrid between independent third sector and Government. The best translation to English is a Government Enterprise. This means that they function as one of the county's departments but with independence to acquire funding for further projects (the money provided by the county is only 1/6 of the budget). Even more there is a political council that quarterly reviews the finances and operations of the projects. These are representatives of the different political parties and an administrator from the county that is in direct communication with the chief operating officer.

Freizeitwerk Welper e. V.

- Diversity in management. *Fatma Gogdagöz* is the general manager and she is a Turkish woman that worked in the work development field before joining this organization. Having a diverse workforce not only at the freelancer level but also as top management is crucial to develop good minority youth civic engagement. Her own personal narrative is present in her leadership style and fosters more than tolerance, understanding.

Management Practices

Schloß Trebnitz, Müncheberg

- Inclusion as a strategy to develop spaces for handicap or disabled youths. The capital development of the organization is aligned with inclusive spaces for further organizational growth.
- Hone on the activities that you do best. *Schloß Trebnitz* international work it's what they do best partnering with countries like Poland, Russia, Belarus, Czech Republic, Lithuania, Luxemburg and Turkey.

Alte Feuerwache Jugendbildungsstätte Kaubstrasse, Berlin

- Good use of environmental scanning to identify the need in the non-formal civic education field. This house is part of a bigger organization but specifically they concentrate on political education with minority groups.

Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein, Werneuchen

- Stakeholder analysis to understand who the important clients are (In their case 7th–9th grade students) and what are their need (Team building, Job orientation, career counseling, etc.)
- Good partnership management with schools. Engage with teachers for topic development and foster good will and buy in for strategies.

Operational Management

Jugendbildungsstätte Bremen – LidiceHaus

- Culture of self-reflection and motivation to do the daily work. Organizational values expressed throughout their work. *Anette Klasing* shared "I am also aware that I am in a privileged job."
- Concentrating efforts on the planning stage in order to determine how the final product will look like. Also ai-

ding youth through the process of participation instead of leading in order to maximize their experience in the process of their civic engagement work.

Xochicuicalt e. V. Latinoamerikanischer Frauenverein, Berlin

- High value of volunteer management. Leveraging volunteer talent for the creation of cultural activities that could help the inclusion dialogues at the local level. Commonalities in experience of past clients allow for the development of empathy and altruistic behavior towards new clients. Understanding the value of this allows the organization to provide a huge amount of services with a very low cost.

Heinrich Böll Stiftung, Brandenburg

- Understanding the historical background and demographic breakdown to create inclusive strategies. *Andreas Kleinert* said "In Brandenburg there are not a lot of migrant people (5 %) ... So our work is to work with the Germans about the foreigners and not with the foreigners about the Germans."

Performance Measurement and Management

Bildungswerk der Humanistischen Union, Essen

- Data collection is crucial but data based decision making is even more powerful. In order to understand what should be their key clients and also how to report back to respective founders.

ABC Bildungs- und Tagungszentrum, Drochtersen-Hüll

- Partnering with the academia to conduct evaluation is a good practice for developing strategies and managing data. Also understanding that the display of the data is not always in number and percentages but it could take the form of pictures and videos as well.

Anne Frank Zentrum, Berlin

- Being capable of discerning when the data is illustrating positive information and when is not. Although the target goals are being met there is a story behind that illustrates the how. A good example is the acknowledgment of a lack of diversity in trainers.

Conclusions and Recommendations

Although this list is not exhaustive these best practices at the very least initiates a discussion for Non-Profit →

Organization leaders in the non-formal education sector. Also I acknowledge that these practices will not necessarily guarantee successful civic engagement by minority youth, but I argue that it will allow organizations to build their capacity and professionalism towards this goal. *Dr. Achim Schröder* and his colleagues confirmed this through their longitudinal study. They conclude that “all together the targets of political youth education – to interfere knowledge, to enable forming of opinions and to stimulate participation – are widely confirmed. However the study indicates that there is no causality between method and effect. It is not possible to say, in which ways and with which methods you can achieve the best effects within political youth education.”

Finally I would like to conclude with two concerns that are drawn from the interviews across all managers. First is how is the non-formal education sector fostering the new generation of leaders in the field? And how can we develop longitudinal studies using the data we collect on our daily work? These two important questions still remain unanswered. As demographic change in Germany and competing policy interest develop one single truth remains when it comes to Civic engagement. Minority groups are not only staying but growing and targeted management practices will need to become the standard in order to maintain a healthy civil society.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 4/2015

Zum Autor



Brayan Rosa Rodriguez is a graduate student at the Robert F. Wagner School of Public Service At New York University. He is also a Social Sector Leadership Diversity Fellow for the New York University Leadership Initiative. He specializes in management, more specifically in performance measurement and management and strategy development in the social sector. He is passionate about education and poverty alleviation policy both at the national US level and internationally.

brr271@nyu.edu

References

Balzer, Nadine / Ristau, Yan / Schröder, Achim (2014): Wie politische Bildung wirkt. Wirkungsstudie zur biographischen Nachhaltigkeit politischer Jugendbildung. Schwalbach/Ts.

Eurobarometer (2011): Migrant Integration Aggregate Report, TNS Qual+; http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/quali/ql_5969_migrant_en.pdf

Eurobarometer (2014): Life in the European Union. Standard EB 82; http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb82/eb82_fact_de_en.pdf

ICCS IEA (2009): International Report: Civic knowledge, attitudes, and engagement among lower secondary school students in 38 countries; www.iea.nl/fileadmin/user_upload/Publications/Electronic_versions/ICCS_2009_International_Report.pdf

Mühe, Nina (2010): Tolerance Discourses and Cultural Diversity Challenges in Germany. ACCEPT PLURALISM 7th Framework Programme Project; <http://accept-pluralism.eu/Documents/Research/wp1/ACCEPTPLURALISMWp1BackgroundreportGermany.pdf>

The Guardian (2010): Angela Merkel: German multiculturalism has ‘utterly failed’ www.theguardian.com/world/2010/oct/17/angela-merkel-german-multiculturalism-failed Oct. 2010

Thindwa, Jeff / Monico, Carmen / Reuben, William (2003): Social Development Notes Enabling Environments for Civic Engagement PRSP Countries, Note No. 82; <http://siteresources.worldbank.org/INTPCENG/214578-1116506912206/21061533/sdn82.pdf>

Brayan Rosa Rodriguez war im Sommer 2015 für drei Monate im Rahmen eines Non-Profit-Internships in der Geschäftsstelle des AdB tätig. In dieser Zeit realisierte er die in diesem Beitrag beschriebene Forschung, für die er qualitative Interviews mit Mitarbeitenden aus AdB-Mitgliedseinrichtungen führte. Zudem begleitete er Vorhaben des DARE-Netzwerks (Democracy and Human Rights Education in Europe) und des AdB und lernte so die Strukturen politischer Bildung im AdB kennen. Ein wichtiger Gewinn dieser Zusammenarbeit war die kollegiale Beratung in beide Richtungen.

Politische Bildung für alle!

Politische Jugendmedienbildung mit jugendlichen Strafgefangenen und unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen

Wie können wir gewährleisten, dass alle Jugendlichen die Möglichkeit politischer Bildung wahrnehmen können? Es gibt Jugendliche, die schwerer zu erreichen und scheinbar nicht so leicht für politische Bildung zu begeistern sind. Genau um diese jungen Menschen geht es im Projekt „Jugend, Medien, Partizipation“ (JuMP) der Bildungsstätte Haus Neuland e. V. in Bielefeld. Es wurden Formate für besondere Zielgruppen entwickelt und umgesetzt. Damit konnten neue Wege in der politischen Bildung gegangen werden. Zwei dieser Veranstaltungsformate werden hier genauer beleuchtet. von Julia Behr

JuMP steht für Jugend, Medien, Partizipation. Ziel des Projekts ist es, Jugendliche mittels Internet und digitaler Medien für politische Fragestellungen zu interessieren und schließlich zur Teilhabe an der Gestaltung der Gesellschaft zu befähigen, zu motivieren und zu aktivieren. Verschiedene Workshops und Seminare vereinen Medienkompetenzförderung und politische Bildung zu ansprechenden Bildungsangeboten. Dabei liegt die Beteiligungsbefähigung und damit gelungene Inklusion Jugendlicher in benachteiligten Lebenslagen im Fokus des Projekts.

Benachteiligung bei Kindern und Jugendlichen kann aus unterschiedlichen Gründen vorliegen. Aufgrund der sozialen Herkunft, ihrer ökonomischen Situation, familiärer Bedingungen, Bildungsferne, der ethnischen oder kulturellen Herkunft oder auch durch das Geschlecht können ihre Lebenschancen eingeschränkt sein (vgl. BiBB 2015). Die politische Bildung ist hier im besonderen Maße gefordert, diese Jugendliche zu unterstützen, an der Gesellschaft teilzuhaben. Das Projekt JuMP richtet sich deshalb an genau diese Zielgruppe. Bei der Konzeption der verschiedenen Veranstaltungsformate wurde überlegt, wo und wie benachteiligte Jugendliche zu erreichen sind. Dabei ist die Gruppe der strafgefangenen Jugendlichen in den Blick ge-

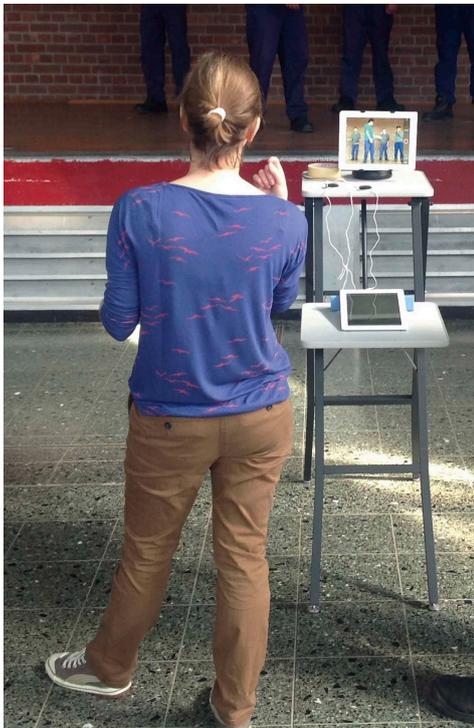
raten, die in der Gesellschaft keine Lobby haben. Gemeinsam mit den Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen einer Justizvollzugsanstalt in Nordrhein-Westfalen wurde ein Workshop für junge Männer im Strafvollzug entwickelt und vor Ort durchgeführt. Eine zweite besondere Zielgruppe kam selbst auf das Projektteam zu: unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF). In Bielefeld gibt es fünf Jugendhilfeeinrichtungen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, sogenannte Clearinghäuser. Außerschulische Bildungsangebote für diese Klientel waren bisher so gut wie nicht vorhanden. Ein Sozialarbeiter wurde auf JuMP aufmerksam und wandte sich an das Projektteam. Gemeinsam wurde ein Filmprojekt für die Jugendlichen der Einrichtung initiiert.

Freiheit im Knast!?!?

Zwei viertägige Workshops der Reihe „JuMP vor Ort“ in der *JVA Heinsberg* beschäftigten sich mit den Wertvorstellungen der jugendlichen Teilnehmer. Bis zu 15 junge Männer im Alter von 17 bis 25 Jahren nahmen jeweils an einem der Medienworkshops teil. Für das Projektteam war die Gestaltung dieser Veranstaltung im Vorfeld eine große Herausforderung – ausgerechnet im Gefängnis lautete →

die Überschrift des Programms „Freiheit“. Wie lässt sich das zudem mit den bei JuMP im Mittelpunkt stehenden digitalen Online-Medien vereinbaren, auf die die Jugendlichen im geschlossenen Vollzug in Nordrhein-Westfalen keinen Zugriff haben?

Zu Beginn des Workshops reflektierten die Jugendlichen für sich und in der Diskussion miteinander eigene und gemeinsame Wertvorstellungen. Dafür wurden aktive und abwechslungsreiche Methoden gewählt: Zuerst galt es für jeden einzelnen Teilnehmer, aus verschiedenen Werten wie z. B. Gesundheit, Bildung, Freundschaft, Freiheit und Geld, welche auf Zetteln im ganzen Raum aufgehängt wurden, die für ihn wichtigsten Werte auszuwählen und die Auswahl für sich selbst zu begründen. Danach wurde in der Gruppe über die Werte diskutiert und die Jugendlichen mussten miteinander verhandeln, welche acht und schließlich fünf Werte absolute Priorität für sie besitzen. Die letzten fünf Werte sollten dann in Kombination mit der Kooperationsübung „Teamkran“ (auch bekannt als Fröbelkran oder Tower of Power; vgl. dazu z. B. <http://www2.wir-falken.de/uploads/froebelkran.pdf>) in eine Reihenfolge gebracht werden. Als wichtigste Werte stellten sich in beiden Durchgängen Familie und Freiheit heraus.



Beim Videodreh für ein Tanz-Tutorial in der JVA
Foto: Haus Neuland / JuMP

Aus der Beschäftigung mit ihrer aktuellen Situation heraus entwickelten die Jugendlichen dann eigene Definitionen von „Freiheit“, die als Podcast eingesprochen wurden, wie z. B. diese: *„Für mich bedeutet Freiheit, so zu leben, wie ich es mir vorstelle und es mir wünsche.“* oder *„Freiheit bedeutet für uns, dass wir mehr Zeit für unsere Familie haben.“* In einer Übung zum kreativen Schreiben wandelten die Teilnehmer die Ergebnisse ihrer Reflexion in kleine Geschichten um. In der anschließenden praktischen Medienarbeit konnten diese oder andere Ideen zu ihrem wichtigsten Wert „Freiheit“ kreativ weiterverarbeitet werden. Mit dem Einsatz von iPads wurden ihnen vielfältige Möglichkeiten geboten. Sie konnten Kurzfilme oder andere Videoclips produzieren, Comics erstellen oder Musik komponieren und einsingen. Die Jugendlichen arbeiteten frei in selbst gewählten Arbeitsgruppen, unterstützt von den Medienpädagoginnen des JuMP-Teams sowie einem Lehrer und einer Sozialpädagogin der JVA.

In beiden Workshops sind unterschiedliche Videoproduktionen entstanden: fiktive Kurzfilme mit autobiografischem Hintergrund, ein Tanz-Tutorial – angelehnt an das YouTube-Format Tutorial – oder Interview-Szenen, welche die persönliche Sichtweise auf Freiheit abbilden. Es wurden Rap-Texte geschrieben und vertont sowie Filmmusik komponiert. Die Ergebnisse wurden jeweils am letzten Tag des viertägigen Workshops vor anderen Schülern sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der JVA präsentiert.

Die jungen Strafgefangenen ließen sich durch die Einbindung digitaler Medien besonders motivieren. Es hat sich herausgestellt, dass eine Internetverbindung dafür nicht unbedingt notwendig ist. Audiovisuelle Medien begeistern alle Jugendlichen. YouTube-Formate oder anderes nachzuempfinden und selbst auszuprobieren, macht ihnen Spaß. Scheinbar nebenbei wird ihre Medienkompetenz auf verschiedenen Ebenen gefördert; eine wichtige Voraussetzung um nach der Gefängnisstrafe an der (Medien-)Gesellschaft teilhaben zu können. Außerdem erhalten die Jugendlichen die Möglichkeit, sich mit ihren eigenen Fähigkeiten einzubringen und neue Fertigkeiten zu erlangen.

Die Auseinandersetzung mit eigenen Wertvollstellungen gerade im Strafvollzug erwies sich als sinnvoll, da die Reflexion über die persönliche Situation und über ihre Vergehen Teil des Strafvollzugs ist. Durch das Eingesperrtsein ist ihnen scheinbar viel bewusster, was Freiheit bedeutet. Mit den Medienproduktionen werden eigene Erfahrungen verarbeitet. Deshalb und aus anderen Gründen können solche Workshops nicht ohne die Unterstützung von Fachpersonal aus der JVA durchgeführt werden. Sie kennen die



Jugendliche zeichnen Animationen für den Film „Respekt – Das Clearing“
Foto: Haus Neuland / JuMP

Umgangsformen jugendlicher Häftlinge und bieten wenn notwendig sozial-psychologischen Rückhalt. Hinzu kommen organisatorische Notwendigkeiten, wie das Aufschließen der Türen u. Ä. Das JuMP-Team musste sich auf die ungewöhnlichen Bedingungen im Vergleich zur Arbeit mit anderen Jugendgruppen einstellen. Das erfordert Flexibilität und Offenheit. Vorbehalte dürfen nicht zum Tragen kommen, denn auch diese Jugendlichen haben ein Recht auf politische Bildung, ohne Reduzierung auf die von ihnen begangenen Straftaten. Der erfolgreiche Abschluss und die persönlichen Rückmeldungen machen deutlich, dass politische Jugendmedienbildung im Jugendstrafvollzug funktionieren kann.

Respekt: ein Filmprojekt mit jugendlichen Flüchtlingen

Das erste Angebot für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge wurde ebenfalls im Frühjahr 2014 gestartet. Mit dem Kooperationspartner *AWO Clearinghaus* in Bielefeld wurde das Ziel gesetzt, gemeinsam mit den Jugendlichen einen Film zu drehen, der sich mit ihrer Situation in Deutschland befasst. Es nahmen über den gesamten Zeitraum insgesamt 18 Jugendliche im Alter von 16 bis 18 Jahren teil. Das über mehrere Monate angelegte Projekt fand an einzelnen Tagen in *Haus Neuland* sowie im Clearinghaus und der näheren Umgebung statt. Das JuMP-Team wurde auf medienpädagogischer Ebene vom Bielefelder Bürgerfernsehen *Kanal 21* unterstützt.

Außerdem wurden die Jugendlichen von den Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen des *AWO Clearinghauses* begleitet.

Beim ersten Treffen in *Haus Neuland* ging es darum, sich näher kennenzulernen und den Jugendlichen eine Vorstellung von dem vor ihnen liegenden Projekt zu vermitteln. Ziel war außerdem eine Auseinandersetzung der Jugendlichen mit ihrer Situation in Deutschland und der Einblick in das Medium Film, um mit einer Idee für den gemeinsamen Film weiterarbeiten zu können.

Wie auch beim Workshop in der JVA wurde besonders Wert darauf gelegt, dass abwechslungsreiche Methoden zur Anwendung kommen. So wurde beispielsweise in Anlehnung an die sogenannte *Placemat-Methode* Plakate mit verschiedenen Oberthemen wie „Deutschland“, „Film“ oder „AWO-Clearinghaus“ ausgelegt. Die Teilnehmenden konnten auf den Plakaten notieren oder zeichnen, was ihnen dazu einfiel. Die Formulierung ihrer Gedanken in einer fremden Sprache stellte sich teilweise als schwierig heraus. Die jungen Männer waren noch sehr zurückhaltend und äußerten sich nur zögerlich. Man merkte ihnen an, dass es eine für sie ungewohnte Situation ist, gegenüber Menschen, die sie kaum kennen, ihre Meinung zu äußern.

Als Einstieg in die Filmarbeit konnten sich die Jugendlichen mit den iPads vertraut machen. Dazu sollten sie Redewendungen mit Hilfe der *Five-Shot-Methode* fotografisch festhalten. In fünf Bildern sollte eine kurze →

Geschichte nachvollziehbar in unterschiedlichen Kameraperspektiven und Einstellungsgrößen dargestellt werden. Die jungen Männer hatten sichtlich Spaß an dieser Aufgabe.



Jugendliche Flüchtlinge freuen sich über den LfM-Bürgermedienpreis 2014 für ihren Film

Foto: Haus Neuland / JuMP

Als Idee für den Film wurde verabredet, in den folgenden Wochen Interviews mit einigen Jugendlichen zu führen und Filmaufnahmen von ihrem Lebensumfeld in Bielefeld zu machen. Bei einem weiteren Termin in Bielefeld hatten sie wenige Wochen später die Möglichkeit, die Filmkamera kennenzulernen und das Filmen auszuprobieren. Es erklärte sich schließlich nur eine Person bereit, sich interviewen zu lassen. Die Jugendlichen kamen nicht alle regelmäßig zu den abgesprochenen Terminen, wodurch man nicht fest mit ihnen planen konnte. Das Projektteam entschied sich, die ursprüngliche Filmidee etwas abzuwandeln. Um die Jugendlichen mehr in die praktische Gestaltung des Films einzubinden, sollte das Interview mit dem Jugendlichen *Barkat* durch gezeichnete Animationen, sogenannte *Simple-Show-Elemente*, ergänzt werden. Diese wurden bei einem Abschlusswochenende in *Haus Neuland* erstellt. Die jungen Männer konnten sich beim Filmschnitt einbringen, erstellten Zeichnungen und

sprachen Texte ein. Am Ende ist ein Film entstanden, der auf sehr sensible Weise die persönliche Situation eines Jugendlichen und den Ablauf des Clearingprozesses generell schildert.

Zu Beginn des Projekts konnte man nur erahnen, welche Herausforderungen bevorstanden. Die größte lag sicherlich in der direkten Kommunikation. Die Jugendlichen beherrschten die deutsche Sprache unterschiedlich gut. Die Pädagoginnen und Pädagogen verwendeten deshalb eine einfache Sprache. Wenn es dennoch Verständigungsprobleme gab, wurde auf Fremdsprachenkenntnisse wie Englisch und Französisch zurückgegriffen. Jugendliche, die bereits länger in Deutschland waren, dolmetschten spontan oder man bediente sich über das Tablet des Google Translators.

Die konstante Beteiligung der Jugendlichen gestaltete sich wie beschrieben ebenfalls schwierig. Einzelne mussten spontan in eine andere Stadt umziehen oder hatten Termine im Rahmen des Clearingprozesses wahrzunehmen. Für andere waren außerschulische Bildungsangebote ungewohnt und sie wollten für die Tage des Filmdrehs nicht ihre sozialen Kontakte außerhalb des Clearinghauses vernachlässigen. Gleichzeitig bot das Filmprojekt anderen Jugendlichen, die gerade erst in Deutschland angekommen waren, die Chance, über die Filmarbeit in Kontakt mit den anderen unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen zu kommen. Eine andere Herausforderung lag im Kern des politischen Bildungsprozesses: Den jungen Flüchtlingen sollte mit dem Film die Möglichkeit gegeben werden, ihre Meinung zu ihrer Situation in Deutschland zu äußern: Inwieweit wird ihnen hier Respekt entgegengebracht und wie erleben sie Deutschland? Gerade für junge Menschen, die in Ländern aufgewachsen sind, in denen Meinungsfreiheit nicht selbstverständlich gelebt wird, ist das nicht einfach. Wichtig ist, den Jugendlichen Zeit zu geben, Vertrauen zu fassen und ihnen immer wieder die Gelegenheit zu geben, sich ohne Zwang zu äußern.

Auch für das Interview wurde viel Zeit eingeräumt und die Filmsituation so intim wie möglich gehalten.

Daneben sammelten die Jugendlichen während des Filmprojekts weitere positive Erfahrungen: Sie wurden nicht auf ihre Rolle als Flüchtling reduziert, sondern konnten sich mit ihrem Wissen und ihren Fähigkeiten einbringen. Sie durchlebten die Schritte einer Filmproduktion, lernten einander besser kennen und lernten ihre Meinung mit Hilfe digitaler Medien zu äußern. Sie erfuhren auch von außen große Wertschätzung: Der Film wurde Sieger in der Kategorie „Lokales“ beim LfM-Bürgermedienpreis 2014

der *Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen* (LfM). Einige Jugendliche waren bei der feierlichen Preisverleihung dabei und konnten die positiven Reaktionen des Publikums live miterleben. Zudem wurde der Film beim UMF-Fachtag Anfang September 2014 in Düsseldorf gezeigt, wo er ebenfalls großen Zuspruch erhielt.

Für weitere Projekte mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen stellt sich besonders die Frage, mit welchen Methoden man ihnen helfen kann, ihre Meinung in einer noch fremden Sprache zu äußern. Mit einer Gruppe jüngerer Flüchtlinge konnten wir inzwischen die Erfahrung machen, dass sich die Mischung aus Bildern und Schriftsprache gut eignet. Den Teilnehmenden bleibt es dabei selbst

Für weitere Projekte mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen stellt sich besonders die Frage, mit welchen Methoden man ihnen helfen kann, ihre Meinung in einer noch fremden Sprache zu äußern.

überlassen, in welcher Form sie sich äußern.

Diese beiden Beispiele zeigen, dass die Arbeit mit besonderen Zielgruppen auch eine besondere Herangehensweise erfordert. Bestimmte Herausforderungen lassen sich im Vorfeld nicht antizipieren und erfordern Flexibilität und Offenheit der Seminarleitung. Die Arbeit an einem eigenen Medienprodukt ist für Jugendliche besonders motivierend. Auch wenn aus medienpädagogischer Sicht der Prozess selbst von Bedeutung ist, sollte für die Teilnehmenden immer auch eine Zielsetzung erkennbar sein. Während der Medienproduktion, die idealerweise in kleinen Arbeitsgruppen stattfindet, werden zusätzlich soziale Kompetenzen gefördert. Jugendliche können eigene Fähigkeiten erproben, kennenlernen und verbessern, was zur Steigerung des Selbstbewusstseins führt. Gerade für benachteiligte Jugendliche ist dieser Effekt wesentlich, wenn damit einhergeht, dass sie sich in Zukunft mehr zutrauen oder ihnen zusätzliche Zukunftsperspektiven eröffnet werden. Medienkompetenzförderung geht also immer auch mit Persönlichkeitsbildung einher und führt zu besseren Teilhabemöglichkeiten. **AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 4/2015**

Zur Autorin



Julia Behr, Erziehungswissenschaftlerin, M. A., ist seit Anfang 2013 pädagogische Mitarbeiterin in Haus Neuland. Sie leitet dort das Projekt „JuMP – Jugend, Medien, Partizipation“. In der politischen Bildung und Medienpädagogik ist sie seit 2005 tätig. Schwerpunkte sind Hörmedien, Film, Social Media. Sie ist Lehrbeauftragte am Institut für Erziehungswissenschaften der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster.

J.Behr@haus-neuland.de

Literatur

BiBB; Bundesinstitut für Berufliche Bildung. Good Practice Center. Förderung von Benachteiligten in der Berufsbildung (2015):

Sozial Benachteiligte. Definition/Erklärung, www.good-practice.de/3349.php (Zugriff: 30.09.2015)

Der Film „Respekt – Das Clearing“ ist im YouTube-Kanal von JuMP nrw (<https://www.youtube.com/channel/UC2LwsWS7LUgMdosbL6ev-hQ>) und beim Lernsender nrwision abrufbar.

Bewegte Leben – Moving lives

Migration als Thema in der internationalen Austauscharbeit

Schon lange bevor Migration und Flucht in aller Munde waren, entwickelte das Gustav Stresemann Institut in Bad Bevensen gemeinsam mit seinen internationalen Partnerorganisationen ein Projekt zu diesem Thema. Dieser Beitrag fasst die Inhalte und methodischen Ansätze der Veranstaltung zusammen. Er zeigt auf, wie sich Teilnehmende aus unterschiedlichen Ländern mit kontroversen Fragen auseinandersetzen, welche Wirkung die Gespräche mit Betroffenen haben und wie eine Einrichtung der politischen Bildung gemeinsam mit Flüchtlingsorganisationen Netzwerke aufbauen kann. von Martin Kaiser

„Wo Migration mein Leben berührt?“ wiederholt Anita, litauische Teilnehmerin an unserem internationalen Projekt die Frage, mit der ich unsere Vorstellungsrunde in einer kleinen Arbeitsgruppe eröffne. „Jetzt könnte ich sagen: Ich habe meine Diplomarbeit über Migration geschrieben“, fährt sie fort, „aber das ist gar nicht so wichtig. Neulich lief ich durch die Abflughalle eines Flughafens – und da sah ich Menschen am Boden kauern, eine junge Familie, zwei kleine, ziemlich mitgenommene Koffer neben sich; ich wusste sofort: Die sind auf der Flucht. Und ich überlegte einen Augenblick, ob sie gerade angekommen waren oder vielleicht abgeschoben wurden. Da wurde mir klar: Die Frage von Flucht und Migration gehört zu meinem Leben; sie stellt sich überall. Sie ist nicht nur ein Thema, über das ich eine Diplomarbeit schreibe.“

So wie Anita geht es fast allen Teilnehmenden, die aus Deutschland, Polen, Litauen und Nordirland ins *Gustav Stresemann Institut* (GSI) gekommen sind, um sich intensiv mit dem Thema Flucht, Migration und Asyl auseinanderzusetzen. Alle sind als Fachkräfte haupt-, neben- oder ehrenamtlich in der Jugend- oder Migrationsarbeit tätig. Olga beispielsweise, Teilnehmerin aus Polen, ist gerade von einem Einsatz in einem Flüchtlingslager in der Osttürkei zu-

rückgekehrt. Sie hat zunächst mit syrischen und später, in einem anderen Lager, mit kurdischen Flüchtlingen gearbeitet. Inga, aus Litauen, besuchte vor wenigen Monaten ein Lager im Süd-Libanon. Allen wird schnell bewusst: Das Thema füllt nicht nur die Schlagzeilen, es berührt auch das Leben der Teilnehmenden.

Bewegte Leben: Migration in den Biographien unserer Familien

Der Einstieg ist persönlich: Wir fragen nach Migrationserfahrungen in den Familienbiographien der Teilnehmenden; in den Präsentationen – zwei pro Land –, die nicht nur die Lebensdaten der Angehörigen, sondern auch eine Zeitleiste politischer Ereignisse umfassen, wird sehr schnell deutlich, wie Geschichte und Politik den Werdegang der Menschen beeinflussten: In den 50er Jahren kam Adams Großvater aus Indonesien nach Irland; dort verliebte er sich, heiratete eine katholische Irin. Ihr Sohn, Adams Vater, im katholischen Umfeld aufgewachsen, ging eine Verbindung mit einer Protestantin ein. Sie lebten im Osten von Belfast, Migration bedeutete für sie das Hin und Her zwischen Sektoren und religionsbestimmten Vierteln. Adam selbst sieht sich als „Wanderer zwischen den Welten“ in seiner Gesellschaft.

Die Familiengeschichte von Franziska, Teilnehmerin aus Deutschland, beginnt in der Ferne: Der Vater, geboren im Libanon, kam zum Studium in die DDR. 1991 entschied er sich, in den Westen zu wechseln; ihre Großeltern und ihre Mutter blieben in Leipzig. Jakobs Großvater kämpfte bereits im ersten Weltkrieg, gegen Russland und für die Unabhängigkeit Polens. Er verlor ein Bein, wurde zunächst als Kriegsheld gefeiert. Im 2. Weltkrieg unterstützte er trotz seiner Verwundung die Partisanen-Streitkräfte, die von Anfang an gegen die Rote Armee operierten. Das wurde ihm nach dem Krieg zum Verhängnis; politische Verfolgung und Diskriminierung trieben ihn in die Verzeiflung. Seine Migrationsgeschichte war ein Kampf für die Heimat, der ihn oft heimatlos werden ließ. Eine litauische Geschichte führt uns vom Baltikum nach Sibirien, in eine Deportation zu Beginn des 2. Weltkrieges, aus der der Großvater 1953, die Großmutter erst 1959 zurückkehrte.

Genau das wollen wir deutlich machen: Migration ist Teil persönlicher Geschichten, Teil von Familienwegen, Teil von gesellschaftlichen Entwicklungen, Teil von zwischenstaatlichen Konflikten, Teil von friedlichen Veränderungen. Migration ist greifbar, überall, in der Geschichte und in der Gegenwart, in jedem der beteiligten Länder.

Kontroverse Meldungen: Migration in den Medien

Zu Beginn haben sich die Teilnehmenden in drei internationalen Mediengruppen zusammengefunden: Sie informieren regelmäßig über die tagesaktuellen Meldungen zum Thema Migration aus jedem Land. Jeden zweiten Tag erscheint die Seminarzeitung „Migrant Express“ mit den wichtigsten Berichten und Schlagzeilen. Eine Ausgabe der Nachrichtensendung fasst die Kurzberichte der Korrespondenten vor Ort aus Belfast, Berlin, Warschau und Vilnius zusammen. Die Facebook-Group stellt die wichtigsten Informationen auf einer Plattform zur Verfügung und bietet Links und weitere Diskussionsmöglichkeiten an.

In Deutschland, hören wir, kommen täglich neue Flüchtlinge an. Der Bürgermeister eines kleinen norddeutschen Städtchens beschwert sich, er habe am Freitagnachmittag um zwei die Information erhalten, dass am nächsten Vormittag um zehn zwei Busse mit 80 Flüchtlingen ankämen und seine Gemeinde für die Unterbringung sorgen müsse. So was ließe sich besser organisieren, kommentieren Vertreter von Flüchtlingsorganisationen den Vorgang. In Litauen lässt der Innenminister verlauten, die litauische Gesellschaft sei noch nicht so weit, Flüchtlinge aufzunehmen; vor allem auf Musliminnen und Muslime

sei man nicht vorbereitet. Genauso sieht man das in Polen, wie aus einem Zeitungsbericht hervorgeht. In der vom Katholizismus geprägten Kultur des Landes könne man nicht einfach Musliminnen und Muslime integrieren, außerdem fehle es an Kapazitäten. Polnische Marineeinheiten waren an der Rettung von in Seenot geratenen Flüchtlingen beteiligt; unter den Flüchtlingen seien auch soundso viele Christinnen und Christen gewesen, vermerkt die Zeitung. Besonders dieser Teil der Meldung führt in der Gruppe zu Diskussionen: Warum heben die polnischen Medien genau das hervor? Auch in Nordirland vermelden die Zeitungen, dass die Gesellschaft nicht darauf vorbereitet sei, weitere Flüchtlinge aufzunehmen.



In einem Planspiel, das vom UNHCR entwickelt wurde, empfinden die Teilnehmenden die Situation von Flüchtlingen nach

Foto: Martin Kaiser

In Kleingruppen diskutieren wir die Medienberichte kontrovers. Zwei deutsche Teilnehmerinnen machen sich für die Entwicklung einer Willkommenskultur stark. Widerspruch kommt nicht nur aus dem eigenen Land: Eine Teilnehmerin aus Deutschland sieht unser Sozialsystem von Migrantinnen und Migranten aus dem Balkan ausgenutzt, die auch nach ihrer Ablehnung immer wieder einreisen. Zigimantas aus Litauen hat Angst vor einer Überfremdung seiner Gesellschaft durch die Flüchtlinge; „aber doch nicht, wenn wir 300 aufnehmen“, widerspricht Landsfrau Anita. Adam aus Nordirland gibt zu bedenken, dass sich die Politiker/-innen bei ihren gesetzlichen Regelungen etwas gedacht haben müssen. So einfach dürfe man das nicht übergehen. „Dublin III ist tot“, behauptet Olga aus Polen. Aber auch in ihrer Gruppe gibt es Stimmen, die eine langsame und vorsichtige Bewusstseinsbildung in der polnischen Gesellschaft anmahnen. „Wir dürfen die Leute nicht überfordern, indem wir jetzt zu viele Flüchtlinge aufnehmen.“ →

Worüber reden wir: Gesetze und Fakten

Wer ist ein Flüchtling? Wer ist ein/eine Migrant/-in? Was ist ein gesichertes Drittland? Stimmt es wirklich, dass Deutschland die meisten Flüchtlinge aufnimmt? Schickt Italien viele Ankömmlinge einfach weiter, ausgestattet mit einer Fahrkarte? Wo kommen die meisten her? Werden es noch viel mehr? Fragen über Fragen, die die Teilnehmenden mitgebracht haben oder die während der Seminareinheiten entstanden. *Constanze Funck*, Mitarbeiterin des kirchlichen Flüchtlingsprojekts Lampedusa in Hamburg und Expertin zum Thema, ist für zwei Tage dabei. In interaktiv angelegten Inputs und Kurzreferaten arbeitet sie mit den Teilnehmenden viele Fakten auf.

Migration ist Teil persönlicher Geschichten, Teil von Familienwegen, Teil von gesellschaftlichen Entwicklungen, Teil von zwischenstaatlichen Konflikten, Teil von friedlichen Veränderungen.

Sie erfahren die Definition von Flüchtlingen nach der Genfer Konvention **1**, hören von der zunehmenden Verwischung der Grenzen zu Migrantinnen und Migranten, lernen von den unterschiedlichen gesetzlichen Regelungen, wie beispielsweise der Charta der Grundrechte der Europäischen Union **2**, hören viel über die Details des so häufig zitierten Dublin III Abkommens **3**, über die Bestimmungen des Grundgesetzes, des Asylrechts, und an einer Stelle wird sogar das Bandwurmwort Asylbewerberleistungsgesetz ins Englische übersetzt. Knapp 60 Millionen Menschen sind derzeit weltweit auf der Flucht, erfahren sie, zwei Drittel davon sind Binnenflüchtlinge. Wer ins Ausland flieht, sucht in der Regel zunächst die Nachbarländer

1 Vgl. UNHCR: Abkommen über die Rechtsstellung von Flüchtlingen vom 28. Juli 1951, www.unhcr.de/fileadmin/user_upload/dokumente/03_profil_begriffe/genfer_fluechtlingskonvention/Genfer_Fluechtlingskonvention_und_New_Yorker_Protokoll.pdf (Zugriff: 12.09.2015)

2 Vgl. www.europarl.europa.eu/charter/pdf/text_de.pdf (Zugriff: 12.09.2015)

3 Vgl. <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2013:180:0031:0059:DE:PDF> (Zugriff: 12.09.2015)

auf. Daher – und darüber sind viele erstaunt – führen Pakistan, inzwischen auch die Türkei, Libanon und Iran **4** die Liste der Aufnahmeländer an.

Wissenshungrig, fordern die Teilnehmenden noch mehr Fakten: Wie wirkt sich Migration wirtschaftlich aus, wollen sie wissen. In Windeseile erstellt *Silke Schmidt*, Co-Leiterin des Projekts, eine englische Zusammenfassung der Bertelsmann-Studie, die nachweist, in welchem erheblichem Umfang die Zugewanderten Deutschland einen wirtschaftlichen Gewinn erbringen, weil sie beispielsweise im Jahr 2012 ca. 22 Milliarden Euro mehr an den Staat zahlten, als sie an öffentlichen Leistungen selbst erhielten (vgl. Bonin 2014, S. 51).

Was, fragen sie *Constanze Funck*, bevor die Seminareinheit endet, seien denn die Vorschläge der Flüchtlingsorganisationen für eine EU-weite zukunftssträchtige Lösung der Flüchtlingsfrage. „It is a concept called ‚quota plus‘“, erklärt sie. Dies bedeute, die Festlegung von Quoten nach Herkunfts- und Aufnahmeländern; das Plus stehe dafür, dass die Wünsche und Prioritäten der Flüchtlinge, beispielsweise zur Familienzusammenführung, berücksichtigt würden.

Die Welt vor Ort: Flüchtlinge aus der Nachbarschaft des GSI

Eines ist uns von Anfang an klar: Wir wollen nicht nur über Flüchtlinge sprechen, sondern auch mit ihnen. Vor ein paar Wochen führte das GSI ein Filmprojekt mit Schülerinnen und Schülern zu Flüchtlingsbiographien durch. Ein Mitarbeiter aus dem Fremdsprachenbereich übersetzt im lokalen Asylbewerberwohnheim. Ein Vorstandsmitglied engagiert sich dort; Teilnehmende aus dem „Unterstützerkreis Asyl“ vermitteln Kontakte. Wir führen viele Vorgespräche. Und dann, an einen langen Sonntagnachmittag und Abend, kommen drei Flüchtlinge zu uns. In zwei Gruppen erzählen sie ihre Geschichten: Hassen, im Senegal geboren, wuchs in Mauretania auf, einem der ärmsten Länder der Erde. Verfolgung und Flucht verschlugen ihn zunächst nach Frankreich, dort studierte er. Später arbeitete er auf den Kanarischen Inseln mit Flüchtlingen. Dort lernte er auch seine spätere Frau aus Deutschland kennen. Seit einigen Jahren lebt er in der Lüneburger Heide, hilft anderen Flüchtlingen, übersetzt, begleitet sie auf Ämter, regelt Formalitäten. Gerne würde er diese Tätigkeit auf einer hauptamtlichen Stelle ausüben. Er hofft, dass diese bald geschaffen wird.

4 Vgl. die Statistiken des UNHCR unter www.uno-fluechtlingshilfe.de/fluechtlingszahlen-fakten.html (Zugriff: 12.09.2015)

Samir ist erst ein paar Monate in Deutschland, aus Mazedonien gekommen. Zu Hause ging es ihm schlecht als Muslim, erzählt er. In Deutschland hofft er Arbeit zu finden. Außerdem lebt ein Teil seiner Familie bereits hier.



In einem Planspiel, das vom UNHCR entwickelt wurde, empfinden die Teilnehmenden die Situation von Flüchtlingen nach
Foto: Martin Kaiser

Mohammeds Bericht wird aus dem Französischen ins Englische übersetzt. Er erzählt vom Bürgerkrieg in Libyen, den er zunächst als Soldat in der Armee Gaddafis und später als Unabhängigkeitskämpfer erlebte. Eine tiefe Narbe am Hals zeugt von einer schweren Verwundung. Ausführlich berichtet er über die Wirren und Stammesfehden in seinem Land. Als er und seine Familie immer massiver bedroht wurden, entschieden sie sich zur Flucht. Die meisten, die mit ihnen unterwegs waren, mussten das Geld für Schlepperbanden aufbringen. Er hatte das Glück, einen der Leute zu kennen und deshalb weniger bezahlen zu müssen. Die Angst auf der Überfahrt Richtung Lampedusa beschreibt er mit wenigen Worten. Zwölf Meter sei das Boot lang gewesen, vierzig Menschen an Bord. Drei Tage und vier Nächte, ohne Wasser und ohne Nahrung. Dann, als sie schon in der Nähe der italienischen Küste waren, sahen sie einen Helikopter: Alle im Boot sprangen auf, schrien und winkten – während er spricht, ahmt er die Bewegung nach – und von der plötzlichen Bewegung wäre das Boot fast gekentert. Von Italien wollte er weiter nach Deutschland, um dort seine Familie zu treffen. Ein Angebot, in der Schweiz zu bleiben, lehnte er deshalb ab. Ob er zurückgehen würde, wollen die Teilnehmenden wissen. „Sobald es geht“, sagt er, „Libyen ist mein Land. Auch wenn ich nicht sicher bin, was sie inzwischen daraus gemacht haben.“ Hinter jeder seiner vielen Andeutungen steckt eine Geschichte. Wir hätten ihm noch viel länger zuhören können.

„Warte nicht, bis andere handeln“:

Netzwerkbildung in der Flüchtlingsarbeit

In Hamburg und während unseres Aufenthalts in Berlin besuchen wir zahlreiche Flüchtlingsorganisationen, Initiativen, Projekte, auch staatliche Stellen. Im Auswärtigen Amt beispielsweise führen wir ein Gespräch mit *Christoph Strässer*, dem Beauftragten der Bundesregierung für Menschenrechte und humanitäre Hilfe. Das GSI hat ein umfangreiches Netzwerk zur Arbeit mit Flüchtlingen aufgebaut. „Brot und Rosen“ heißt die Initiative, die wir in Hamburg besuchen: eine große Hausgemeinschaft, in der sechs Erwachsene, sechs Kinder und sechs Asylbewerber/-innen zusammen leben. Auf einer Karte zeigen sie uns, wen sie bereits aufgenommen haben: 260 Menschen aus 60 Ländern in knapp zwanzig Jahren. Während des Gesprächs sitzt Amin dabei, der über seine Flucht aus Syrien spricht. Auch er kam mit einem Boot nach Europa. Die Hausgemeinschaft lebt aus dem christlichen Glauben heraus; die ausländischen Gäste sind häufig Muslime. „Manchmal rufen uns die Leute an“, erzählt Birke, „und fragen, ob wir ein Bett für die Nacht haben für einen Asylbewerber. Dann frage ich meistens zurück, ob die Anrufer denn kein Bett bei sich zu Hause haben.“ Sie deutet in die Runde. „Wir tun nur das, was die meisten Menschen in Deutschland auch tun könnten: Wir bieten eine Bleibe und ein vorübergehendes Zuhause.“ Das ist etwas, das die Teilnehmenden noch sehr beschäftigen wird. Michael, Teilnehmer aus Nordirland, geht etwas anderes nach: „Ich hab mit Religion sonst nichts am Hut“, sagt er. „Aber als sie uns da erzählten, die Bibel sei ein Buch über Migration, ich muss sagen, das hat mich zum Nachdenken gebracht.“

Auch andere Orte und Begegnungen bringen die Teilnehmenden zum Nachdenken: In der kirchlichen Stelle „Weitblick“ treffen sie Menschen, die in den Stadtvierteln für Mediation und Deeskalation sorgen, wenn ein neues Wohnheim entsteht und die Anwohner/-innen manchmal aufgebracht sind. Im „Cafe why not?“ gibt es Sprachkurse und Beratung für Behördengänge, aber auch einfach eine Anlaufstelle für Gespräche. „Lampedusa in Hamburg“ unterstützt, berät und betreut viele Flüchtlinge. Ein Projekt in Berlin arbeitet mit jungen muslimischen Frauen und Familien, die schon lange in Deutschland sind. Uns geht es vor allem um eines: den Teilnehmenden zu zeigen, wo Menschen sich engagieren, wie Zivilgesellschaft funktioniert und Flüchtlingen geholfen wird, wo Menschen das tun, was eigentlich fast alle tun könnten. →

Das Thema Flucht und Migration in der politischen Bildung

Unser Projekt, das hören wir in der Auswertung in vielen Formulierungen, hat den Teilnehmenden sehr viele Facetten des Themas erschlossen. Was also kann politische Bildung im Kontext von Flucht und Migration erreichen?

„Wir tun nur das, was die meisten Menschen in Deutschland auch tun könnten: Wir bieten eine Bleibe und ein vorübergehendes Zuhause.“

Sie transportiert das Thema von der politischen Bühne in das Bewusstsein und die Alltagswelt der Teilnehmenden. Sie erläutert Hintergründe, historische Zusammenhänge und politische Rahmenbedingungen; sie vermittelt Kenntnisse über Migrationsströme, über deren Ursachen, über deren Verläufe, über deren Auswirkungen auf die globale Politik und das Miteinander in unterschiedlichen Gesellschaften. Sie erschließt die gesetzlichen Rahmenbedingungen von Flucht, Migration und Asyl, die internationalen Vereinbarungen, die praktischen Regelungen. Sie stellt die internationale Dimension eines Themas her, das aus sich heraus schon international ist und sein muss. Sie ermöglicht den Vergleich der Einwanderungspolitik, der Aufnahmekultur, der gesellschaftlichen Bewusstseinsbildung in unterschiedlichen Ländern. Sie schafft die Begegnung mit den Betroffenen, gibt ihnen die Möglichkeit, ihre Geschichte(n) zu erzählen und dadurch das Thema mit konkretem Leben und konkreter Erfahrung zu füllen. Sie baut Netzwerke mit Engagierten in der Flüchtlingsarbeit auf; sie eröffnet den Dialog mit politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene. Sie unterstützt ihre Zielgruppen darin, selbst aktiv zu werden und gestaltet dadurch Gesellschaft in einem Bereich mit, der allen Beteiligten – Betroffenen, Bürger/-innen, Entscheidungsträger/-innen, Engagierten – unter den Nägeln brennt.

Am letzten Tag hilft mir Linas, Teilnehmer aus Litauen, dabei, einen Stuhlkreis zu stellen. Er studiert internationales Recht und hat dazu während des Programms immer besonders viele Fragen formuliert. „You know what“, sagt er zu mir, einen Stuhl in der Hand. „This seminar is the closest I ever got to the topic of refugees. I couldn't get any closer.“

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 4/2015

Zum Autor



Martin Kaiser leitet das Gustav Stresemann Institut in Bad Bevensen. Schwerpunkte seiner internationalen Arbeit sind Demokratie-Bildung, Diversity Training und Stärkung der Zivilgesellschaft. Er ist Mitglied der Kommission für europäische und internationale Arbeit und im Vorstand des AdB.

martin.kaiser@gsi-bevensen.de

Literatur

Bade, Klaus J. u. a. (2011): The Encyclopedia of European Migration and Minorities. Cambridge: University Press

Bonin, Holger (2014): Der Beitrag von Ausländern und künftiger Zuwanderung zum deutschen Staatshaushalt. Gütersloh: Bertelsmann

Bretell, Caroline B. / Hollifield, James F. (Eds.) (2015): Migration Theory. Talking Across Disciplines. New York: Routledge

Buntz, Herwig (2014): Migration in der Geschichte. Ein Arbeitsbuch für den Unterricht. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag

Castles, Stephen / De Haas, Hein / Miller, Mark J. (2014): The Age of Migration. International Population Movements in the Modern World. New York: palgrave macmillan

Collier, Paul (2015): Exodus. Warum wir Einwanderung neu regeln müssen. Bonn: Siedler

Höllmann, André (2014): Flucht ins ungelobte Land. Die Asyl- und Migrationspolitik der Europäischen Union. Marburg: Tectum Verlag

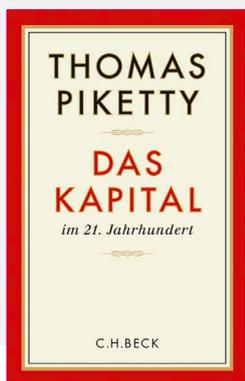
Leicht, Imke (2013): Multikulturalismus auf dem Prüfstand. Kultur, Identität und Differenz in modernen Einwanderungsgesellschaften. Berlin: Metropol Verlag

Meier-Braun, Karl-Heinz / Weber, Reinhold (Hrsg.) (2013): Migration und Integration in Deutschland. Begriffe – Fakten – Kontroversen. Bonn: Kohlhammer

Schrötter, Hans Jörg (2014): Einwanderungspolitik in Deutschland. Wegducken, Wegschauen, Einknicken? Köln: Helmut Lingen Verlag

Rezensionen

Thomas Piketty: Das Kapital im 21. Jahrhundert



München 2014,
C. H. Beck, 816 Seiten

VON JOHANNES SCHILLO Dieses Buch ist eine intellektuelle Zumutung. Es tritt auf 800 Seiten die Plattitüde breit, dass die Ungleichheit von Vermögen und Einkommen im Kapitalismus groß ist und dass – anders als von Ökonomen seit mehr als hundert Jahren behauptet – kein immanenter wirtschaftlicher Ausgleichsmechanismus existiert, der zu einer halbwegs gleichmäßigen, als gerecht empfundenen Verteilung führen würde. Der Autor resümiert dafür den Werdegang der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, die mittlerweile dank EDV auf riesige Datenmengen zugreift (siehe: <http://piketty.pse.ens.fr/capital21c>). Damit lässt sich eine Entwicklungslinie von mindestens 200 Jahren zeichnen, die zeigt, wie die extreme soziale Ungleichheit des Manchester-Kapitalismus im 20. Jahrhundert zunächst abgemildert wurde, und zwar als Folge von Weltkriegen und -krisen sowie daran anknüpfender politischer Maßnahmen, um dann wieder rasant zu steigen und zu Beginn des 21. Jahrhunderts die alten Höchststände zu erreichen, eventuell zu überschreiten. Neu ist gegenwärtig nur die Herausbildung einer vermögenden Mittelschicht samt einer Garde schwerreicher Supermanager. Dieser Befund wird anhand der verschiedensten Möglichkeiten, Messgrößen zu konstruieren, variiert und im Blick auf nationale Besonderheiten, historische Phasen oder ausgewählte Beispiele differenziert. Der letzte Teil befasst sich dann mit den politischen Konsequenzen: Thomas Piketty setzt sich für die Modernisierung des Sozialstaates, die Einfüh-

rung einer progressiven Einkommensteuer (Spitzensteuersatz ca. 80 %) und – als Fernziel – einer globalen Kapitalsteuer ein.

Piketty ermahnt seine sozialwissenschaftlichen Kollegen abschließend, „das Studium ökonomischer Tatsachen nicht den Ökonomen (zu) überlassen“ (S. 790). Und vielleicht besteht der wichtigste Ertrag des Buches darin, dass es dem Laien die Scheu vor der Befassung mit der Welt der Wirtschaft und den Respekt vor den einschlägigen wissenschaftlichen Größen nimmt. Was die umfangreiche Studie liefert, ist nämlich ein vernichtendes Urteil über den Stand der Wirtschaftswissenschaft – fast 250 Jahre nachdem sich mit den Klassikern Adam Smith oder David Ricardo eine theoretische Anstrengung namens Politische Ökonomie etablierte. Pikettys eigene Leistungen sind hier durchaus inbegriffen. Sie wollen explizit nicht mehr sein als der „minimale theoretische Rahmen“ (S. 55) von zwei bis drei mathematischen Gleichungen, ansonsten bestand die „Arbeit in erster Linie darin, Quellen zu sammeln und Fakten und statistische Reihen bezüglich der Einkommens- und Vermögensverteilung zu erstellen“ (S. 54). Man muss sich den Autor also mehr als Buchhalter vorstellen, und er teilt auch mit, dass bei der Erledigung dieser Aufgabe mittlerweile „Statistikämter und Wirtschaftsbehörden an die Stelle der Wissenschaftler“ getreten sind. (S. 86)

Die „amtlichen Reihen“, die in dem Buch unter Verwendung von einigen Gleichungen neu arrangiert werden, stammen in der Hauptsache aus Aufstellungen, die der Besteuerung dienen; sie sind also, wie der Autor mitteilt, „soziale Konstruktionen“, deren Zahlenmaterial „nicht fetischisiert werden“ darf, vielmehr „als eine Schätzung und nicht als eine mathematische Gewissheit betrachtet werden“ (S. 87) muss. Warnungen davor, die Zahlen als ökonomische Auskunft ernst zu nehmen, ziehen sich übrigens als Leitmotiv durch das ganze Buch. Und für den Leser/die Leserin gibt es immer wieder Hinweise der Art: „Man muss sich alle diese Zahlen nicht merken, aber es ist nützlich, sich mit den Größenordnungen vertraut zu machen.“ (S. 91) Zudem kommt die Bestandsaufnahme am Schluss, anlässlich des Stichworts „Steueroasen“, darauf zu sprechen, dass die Inhaber großer Vermögen im Rahmen von Steuervermeidungsstrategien vielfältige manipulative Methoden einsetzen, „die unsere Wahrnehmung →

der elementaren Geographie des Reichtums verzerren“ (S. 624). Also hätte man den ganzen Aufwand, die Ungleichheitstendenz bis auf zwei Stellen hinter dem Komma zu berechnen, auch bleiben lassen können, da noch nicht einmal die elementaren Koordinaten bekannt sind.

Auf das theoretische Grundproblem von Pikettys Schrift – dass die soziale Ungleichheit als ein reines Verteilungsproblem in einer sonst hocheffizienten, alternativlosen kapitalistischen Wirtschaftsordnung begriffen wird – sei hier abschließend nur noch hingewiesen. In der Debatte, die der international erfolgreiche Bestseller des französischen Wissenschaftlers angestoßen hat, ist bereits auf das grundlegende theoretische Manko des Buchs aufmerksam gemacht worden, so z. B. in dem instruktiven Band von Stephan Kaufmann und Ingo Stütze „Kapitalismus: Die ersten 200 Jahre“ (Berlin 2015), der auch schon Kernpunkte der einschlägigen Diskussion resümiert. Das von Piketty mitgeteilte Faktum sozialer Ungleichheit lässt sich natürlich nicht zurückweisen. Es ist banal, aber keineswegs falsch oder belanglos; es wurde zudem in den letzten Jahren schon x-fach von anderen Studien präsentiert. Statt sein Ausmaß nochmals mit Riesenaufwand zu errechnen – und das angesichts einer Datenlage, die der Autor selbst als unvollständig, unzuverlässig und manipuliert einstuft –, müssten alle Anstrengungen darauf gehen, es zu erklären.

Joachim Bischoff / Bernhard Müller: Piketty kurz & kritisch

Eine Flugschrift zum Kapitalismus im
21. Jahrhundert



Hamburg 2015,
VSA Verlag, 93 Seiten

Joachim Bischoff: Finanzgetriebener Kapitalismus Entstehung – Krise – Entwicklungstendenzen



Hamburg 2014
VSA Verlag, 174 Seiten

VON JOHANNES SCHILLO Mit dem internationalen Erfolg von Thomas Pikettys Studie über „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ (vgl. die vorstehende Rezension) ist eine neue Phase in der Diskussion über die heutige Ökonomie eingeleitet worden. Speziell wurde damit die in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts populäre Legendenbildung, Wirtschaftswachstum führe auf lange Sicht automatisch – in wie zwischen den Nationen – zu einer ausgeglichenen Wohlstandsverteilung, aus dem Verkehr gezogen. Jetzt ist es mit Pikettys global aufbereitetem Zahlenwerk der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen quasi amtlich: Der Kapitalismus produziert wie eh und je – derzeit vielleicht sogar verschärft – soziale Ungleichheit bei Vermögen und Einkommen; die berühmte „soziale Frage“ des 19. Jahrhunderts wurde von ihm nie gelöst; alle Regulierungsmaßnahmen des vergangenen Jahrhunderts haben letztlich die Vorherrschaft des Kapitals und seiner Rechnungsweisen übers gesellschaftliche Leben befestigt.

Das Buch von Joachim Bischoff und Bernhard Müller liefert eine Zusammenfassung der Ergebnisse, die Piketty in seiner Studie – recht redundant, mit endloser, für Außenstehende oft kaum nachvollziehbarer Differenzierung im Datenmaterial – auf 800 Seiten ausgebreitet hat. Daher ist die einföhrende Schrift der beiden Autoren, gerade auch wegen ihrer Ergänzung aus deutschem Material, so aus dem „Datenreport“ der Bundeszentrale für politische Bildung, als Kurzfassung zu empfehlen. Die Kritik an Piketty bezieht sich hier vor allem auf folgenden Punkt: „Die Polarisierung der Einkommen und Vermögen ist eine

wesentliche Entwicklungstendenz des Finanzmarktkapitalismus“ (S. 41), und diese Tendenz habe der französische Ökonom ignoriert. Was damit konkret gemeint ist, kann man ausführlich und ebenfalls mit viel Datenmaterial angereichert in Bischoffs eigener „Flugschrift“ zu diesem Thema nachlesen. Sie ist informativ und resümiert im Grunde 100 Jahre Wirtschaftsgeschichte – mit einem gewissen Hang zur Wiederholung der Grundthese: Nachfrageorientierung statt Angebotspolitik! Sie basiert auf früheren Ausarbeitungen des Autors (z. B. „Zukunft des Finanzmarktkapitalismus“, 2006) und stützt sich auf zahlreiche Gewährsleute, besonders aus dem Lager der Neoliberalismuskritik. Das Hauptaugenmerk gilt dabei einer Epochenbestimmung: Der Kapitalismus, wie er sich im 19. Jahrhundert etablierte und von Marx erklärt wurde, sei ungefähr mit Beginn des 20. Jahrhunderts in ein neues Stadium, den „Fordismus“, übergegangen, das dann zum Ende des Jahrhunderts vom „Postfordismus“ abgelöst worden sei. Diese Phase der „Entfesselung des Kapitals“ (S. 71) sei durch die neoliberale Globalisierungspolitik der Deregulierung und Liberalisierung, durch die Erosion des Normalarbeitsverhältnisses samt Rückbau des Sozialstaates und – last not least – durch den Bedeutungszuwachs der Finanzbranche gekennzeichnet. Die neue politökonomische Konstellation, die auch eine veränderte „gesellschaftliche Betriebsweise“ (S. 95 ff.) mit sich gebracht habe, sei verantwortlich für die große, immer noch nicht bereinigte Finanz- und Wirtschaftskrise.

Die ökonomischen und wirtschaftspolitischen Details, die Bischoff liefert, dürften nicht umstritten sein – zumindest dort nicht, wo die marktwirtschaftliche Leistungskraft realistisch gesehen wird, also keine „magische Auffassung des Marktes“ (Papst Franziskus) vorherrscht. Theoretische Schwierigkeiten bereitet jedoch das Bedürfnis nach Phaseneinteilung und -abgrenzung. Nur ein Beispiel: Der entfesselte Finanzmarktkapitalismus bringe eine „zunehmende Vermarktlichung der industriellen Beziehungen“ (S. 93 f.) mit sich, heißt es. Das ist erstaunlich, betreibt doch die Warenproduktion ihrem elementaren Prinzip nach nichts anderes als Produktion für den Markt, wie Marx im „Kapital“ am Werdegang der großen Industrie gezeigt hat. Bei dieser sind alle Transaktionen der Wirtschaftssubjekte über den Markt vermittelt, wobei die Prozesse der Konzentration, Fusion, Aufspaltung in neue Einheiten oder Inanspruchnahme auswärtiger Leistungen ständig ein verändertes Ensemble der Unternehmenslandschaft hervorbringen, aber keine speziellen Phasen des Kapitalismus mit eigener ökonomischen Logik.

Ähnliche Probleme zeigen sich im (wirtschafts-)politischen Teil, dem die beiden letzten Kapitel gewidmet sind. Hier diagnostiziert der Autor – im Anschluss an Habermas, Streeck oder Crouch – die Gefahr, dass dem demokratischen Kapitalismus der Gegenwart eine „Transformation“ bevorstehe. Dieser drohe, „in ein autoritäres Regime umzuschlagen“ (S. 150), das technokratisch die ökonomischen Systemzwänge umsetzt. Das ist auch nicht neu, es handelt sich um Vorwürfe, wie man sie seit Johannes Agnolis Standardwerk aus der 68er-Ära „Die Transformation der Demokratie“ (1967) kennt. In der Bildungsarbeit werden solche Probleme seit längerem diskutiert, Bischoff führt sie gewissermaßen auf den Boden der ökonomischen Tatsachen zurück. So bietet die Publikation einer politischen Bildung, die die harten Fakten des Wirtschaftslebens einbeziehen will, eine Fülle von brauchbarem Material.

Bernhard Stahl: Internationale Politik verstehen

Eine Einführung



Opladen / Farmington Hills 2014,
Verlag Barbara Budrich, 314 Seiten

VON RAINER GRIES Die aktuellen Krisen und Kriege sind zunehmend auch Themen in der außerschulischen politischen Bildung. Hier bietet der Band von Bernhard Stahl einen hervorragenden Einstieg in unterschiedliche Themenfelder der internationalen Beziehungen und der internationalen Politik. Auch wenn das Werk aus zwei Vorlesungen des Autors entstanden ist und sich als Lehrbuch in erster Linie an Studentinnen und Studenten der internationalen Politik richtet, kann es in dieser Form eines leicht verständlichen, differenzierten Einstiegs in die internationalen Beziehungen mit Glossar, Lernfragen, Literaturverweisen und einer lesefreundlichen Strukturierung der Kapitel →

sicher auch als Arbeitsmittel und Inspiration im Bereich der politischen Weiterbildung dienen.

Bernhard Stahl, Professor für internationale Politik der Universität Passau, kommt mit diesem Lehrbuch, an dem Studierende mitgewirkt haben, nicht so „professoral“ daher wie viele Lehrbücher vieler Hochschullehrer/-innen. Ihm waren die „Warum ist das wichtig?“-Fragen der Studierenden und deren Feedback wichtig, er wollte angestammte Pfade verlassen und zumindest versuchen, sich in die Lage eines Neueinsteigers in die internationale Politik hinein zu versetzen.

Das Lehrbuch will eine problemorientierte Einführung in die internationale Politik sein: Erstens wird bei beobachtbaren Ereignissen und Problemen angesetzt. Zweitens stellt die Themenwahl in Rechnung, dass sich ein deutschsprachiges Lehrbuch auf Themen beziehen sollte, die Deutschland und Europa primär ansprechen – neben globalen Themen, die für Deutschland eine große Relevanz besitzen. Drittens orientieren sich Aufbau, Auswahl der Themen und Inhalte an den „Sachbereichen“ der internationalen Politik (Sicherheit, Herrschaft und Wohlfahrt). Nicht zuletzt hat das Buch eine didaktische Komponente: Es soll an den Wissensbeständen von Einsteigerinnen und Einsteigern in das Fach anknüpfen. Aus didaktischen Gründen gibt der Autor dem induktiven Vorgehen den Vorzug vor dem deduktiven. Beobachtungsaussagen zu Phänomenen der internationalen Politik seien, so der Autor, am ehesten geeignet, um an vorhandene Wissensbestände bei den Leserinnen und Lesern anzuschließen – sei es Wissen aus dem Geschichtsunterricht, aus der Tagespresse oder der täglichen Arbeit. Dieser induktive Ansatz bietet sicher auch für die politische Weiterbildung eine interessante Anregung.

Der Band ist in sechs Hauptkapitel gegliedert: 1. Grundlagen (u. a. Globales Regieren durch Diplomatie, Kalter Krieg 1947–1989); 2. Globale Fragen (u. a. Vereinte Nationen, Welthandelsordnung), 3. Krieg (u. a. Nah-Ost-Konflikt, Jugoslawienkriege), 4. Frieden (u. a. demokratischer Frieden, regionale Integration: EU), 5. Globale Fragen (u. a. Finanzkrise, deutsche Außenpolitik, globale Klimapolitik), 6. Schluss: Theoriedebatten verstehen.

Die sechs Kapitel sind einheitlich gegliedert: Der Präsentation des Fallbeispiels folgt eine Leitfrage. Eine allgemeine Beschreibung bietet einen ersten Überblick. Nach Analyse und Erklärung der jeweiligen Themen werden mögliche Prognosen diskutiert und bewertet. Daran schließen sich mögliche Handlungsempfehlungen an. Zum Schluss des Kapitels finden sich ein Glossar und Übungsfragen,

mithilfe derer das Wissen nochmals kontrolliert werden kann. Zahlreiche Tabellen und Kästen ergänzen die Informationen. Die Literaturlisten sind ausdifferenziert und ausführlich.

Die ausgewählten Themen sind von großer Relevanz. Das Buch unterstützt die Leser/-innen, Themen der internationalen Beziehungen und Politik zu verstehen, mittels der vorgestellten Theorien zu analysieren, zu erklären und motiviert, sich noch intensiver mit diesem Themenbereich zu beschäftigen.

Die übersichtliche Struktur ermöglicht einen schnellen Zugang zu den vielfältigen Themenbereichen und bietet darüber hinaus Anregungen und Handreichungen, auch andere, aktuelle Themen für Weiterbildungsangebote auf- und vorzubereiten. Gerade der hier gewählte induktive Ansatz erscheint auch für die politische Weiterbildung interessant und hilfreich, um bei den Wissensbeständen der Teilnehmenden und ihrer Motivation, diese Wissensbestände zu hinterfragen und auszubauen, anzusetzen.

Stephan Bierling: **Vormacht wider willen**

Deutsche Außenpolitik von der Wiedervereinigung bis zur Gegenwart



München 2014,
C. H. Beck Verlag, 304 Seiten

VON RAINER GRIES Wir werden über die Medien täglich mit Meldungen über Krisen und Konflikte konfrontiert: EURO-Krise, Krieg in der Ukraine und im Nahen Osten, Flüchtlingsströme auf dem Weg nach Europa und Deutschland oder globaler Klimawandel. Themen wie die Verhandlungen über Freihandelsabkommen mit Kanada und den USA

oder das Erstarken von populistischen Bewegungen und Parteien sind aus dem alltäglichen Medienkonsum nicht fortzudenken. Da stellen sich in privaten Diskussionen und in der politischen Weiterbildung Fragen wie: Wo stehen wir? Welche Rolle spielt Deutschland im europäischen und globalen Kontext? Welches sind „unsere“ Interessen, Positionen oder Handlungsspielräume? Da kommt ein Titel wie der von Stephan Bierling gelegen, in Erwartung einer Aufarbeitung deutscher Außenpolitik von der Wiedervereinigung bis zur Gegenwart dieses Buch in die Hand zu nehmen und zu lesen.

Der Titel hat vielleicht etwas Provokantes, was gleich zu Beginn mit einem Zitat des polnischen Außenministers Radosław Sikorski aus 2011 bestärkt wird: „Ich fürchte deutsche Macht weniger, als ich deutsche Untätigkeit zu fürchten beginne. Sie sind Europas unverzichtbare Nation geworden. Sie dürfen nicht versagen zu führen.“ (S. 9)

Das Plädoyer zugunsten einer stärkeren und entschiedeneren Führungsrolle Deutschlands in Europa und der Welt – vor allem in der Sicherheitspolitik, Militäreinsätze eingeschlossen – zieht sich als Anliegen des Autors wie ein roter Faden durch das Buch.

Stephan Bierling ist Professor für Internationale Politik und Transatlantische Beziehungen an der Universität Regensburg. Entsprechend liegt sein Schwerpunkt einerseits vor allem auf Sicherheits- und Militärpolitik im transatlantischen Verbund sowie auf der europäischen Integration und andererseits auf dem Handeln staatlicher Akteure. Unter Berücksichtigung dieser Begrenzungen wird eine kompakte und faktenreiche Darstellung des Themenbereiches geboten.

Zwischen dem einleitenden Kapitel „Das Vermächtnis der Bonner Republik“ und dem Abschluss „Die widerwillige Vormacht: zwischen internationalen Anforderungen und innenpolitischen Zwängen“ bilden die drei Kapitel zu den Kanzlerschaften von Helmut Kohl, Gerhard Schröder und Angela Merkel den Kern des Bandes.

Wenn der Autor als Anliegen seines Buches nennt, den Leserinnen und Lesern das Material so aufzubereiten, dass sie sich ihr eigenes Urteil bilden können, dann ist es zumindest irritierend, auf Formulierungen zu stoßen, mit denen der russische Präsident Wladimir Putin im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine als skrupelloser und offenbar zu allem entschlossener Präsident dargestellt wird, ohne dies politisch in die Entwicklung der Krise der Ukraine seit 2004 einzuordnen. Da hatte Henry Kissinger – ehemaliger US-Außenminister und sicher kein Putin-Freund – Anfang 2014 einen sachlicheren und sachgerechteren Vorschlag

zur Deeskalation, indem er empfahl, auf die NATO-Mitgliedschaft der Ukraine zu verzichten und zunächst auch auf eine Vollmitgliedschaft in der EU.

Es ist bemerkenswert, wenn der Autor Kanzler Gerhard Schröder ein wahltaktisches Verhalten bei der Verweigerung einer Beteiligung Deutschlands am Irak-Krieg 2003 vorhält (S. 98), es aber unterlässt darzustellen, dass es keine Massenvernichtungswaffen im Irak gab und damit die Begründung falsch und die Verweigerung begründet war. Vergessen wird auch, dass in dieser Zeit die damalige Oppositionsführerin Angela Merkel die Regierung Schröder wegen ihrer Haltung zum Irakkrieg in einer US-amerikanischen Zeitung kritisierte. Ein bisher wohl einmaliger Vorgang.

Dieser Linie folgend wird die Außenpolitik unter Merkel sehr wohlwollend kommentiert: abgewogen, multilateral, deeskalierend, besonnen, kompromissorientiert, als versierte Vermittlerin. (S. 263)

Bierling hält den Politikern vor, militärischer Gewalt gegenüber zu skeptisch zu sein und Auslandseinsätze stets als Last denn als Chance zu sehen, Macht zu demonstrieren oder Einflusszonen zu gewinnen. „Beides, eine sicherheits- und eine europapolitische Verantwortung, erfordert von den politischen Eliten, die Bevölkerung von der Notwendigkeit internationalen Engagements zu überzeugen und isolationistischen Neigungen entgegenzutreten.“ (S. 267) Dieser Führungsaufgabe nach innen sei die deutsche Politik bisher nur unzureichend nachgekommen.

Man muss Position und Anliegen Bierlings nicht teilen, aber man sollte seine Position im Zusammenhang mit einem beginnenden und beförderten außenpolitischen Mainstream sehen: Spätestens seit der Münchener Sicherheitskonferenz 2013 fordern Bundespräsident, Bundesminister und Medienvertreter mehr internationale „Verantwortung“ Deutschlands. Deshalb ist es auch für die politische Weiterbildung wichtig, sich mit diesen Positionen zu befassen. Das Buch von Stephan Bierling bietet dazu eine Grundlage.

Nadine Balzter / Yan Ristau / Achim Schröder: *Wie politische Bildung wirkt.*

Wirkungsstudie zur
biographischen Nachhaltigkeit
politischer Jugendbildung



Schwalbach/Ts. 2014
Wochenschau Verlag, 224 Seiten

VON BORIS BROKMEIER Jahr für Jahr erreicht die politische Jugendbildung mehrere tausend Teilnehmende, die ein- oder mehrtägige Veranstaltungen der zahlreichen Träger besuchen. Manche nehmen mehrmals die Angebote politische Bildung wahr und andere sind nur ein einziges Mal dort anzutreffen.

Die Sachberichte und Publikationen der Träger weisen den Verlauf und das Ergebnis der Veranstaltungen bestenfalls als Erfolg aus, was unter Berücksichtigung der anzuwendenden Erfolgskriterien wie z. B. die Anzahl und Mitarbeit der Teilnehmenden sowie das Ergebnis bzw. Produkt der Veranstaltung auch folgerichtig ist.

Die Autoren Achim Schröder, Nadine Balzter und Yan Ristau, allesamt langjährig mit der politischen Bildung verbunden und Kenner der Branche wollten es aber genauer wissen und fragten nach der Wirkung, dem „Outcome“ politischer Jugendbildung. Dieser Begriff ist nicht ganz neu und bekam bereits beim Konzept des Deutschen Qualifikationsrahmens eine zentrale Funktion. Erwachsen ist die Outcome-Orientierung aus dem neuen Verständnis von Regierung und Verwaltung, die als Governance-Strategie in allen Bereichen öffentlicher Administration anzutreffen ist. „Gutes Regieren“ wäre eine Übersetzung, wie sie Hamburgs Bürgermeister Olaf Scholz gern verwendet und damit von der Annahme ausgeht, dass Verwaltung und Zivilgesellschaft zusammenarbeiten müssen. Es geht

darum, wie bestimmte Maßnahmen und Programme bei ihren Adressaten wirken, im Sinne eines Wirkungszusammenhangs im Verhältnis von Mücke und Mückenstich, wie es der Evaluationstheoretiker Michael Scriven pointiert formulierte.

Zu diesem Zweck knüpfen Balzter/Ristau/Schröder an die im Jahr 2004 vorgelegte Evaluation des KJP-Programms Politische Bildung an und entwickelten einen biografiebezogenen Methodenkatalog, mit dem fast 50 ausführliche Interviews mit ehemaligen Teilnehmenden an Seminaren der politischen Jugendbildung geführt wurden. Dieser Ansatz erwies sich als richtig, obschon die „geringe“ Anzahl der Interviewten vereinzelt kritisiert wurde. Entscheidend sind die Befunde und die Verwertbarkeit der Studie für die fachbezogenen Diskurse nach innen und außen.

Schließlich schufen die Autoren eine Typologie zur Wirkung politischer Jugendbildung, um etwas Ordnung und Orientierung in der zusammengetragenen Vielfalt zu schaffen, die vier Typen umfasste. Anhand dieser Typisierung erhalten die unterschiedlichen Wirkungen bei den interviewten Teilnehmenden etwas Plastisches und Bildhaftes auch für Leser/-innen, die sich nicht alltäglich mit politischer Bildung befassen. Die Typologie reicht von dem Erwerb politisch aktivierbarer Grundfertigkeiten (TYP 4) bis zum Typ 1 – Politisches Engagement, als eine Art „Alpha-Tier“ der politischen Bildung mit aktuellem parteipolitischen oder aktionsorientiertem Engagement. Politische Bildung dient hier als Möglich-Macher für die Aktivitäten.

Ergänzt wird die Typologie durch acht ausgewählte biografische Falldarstellungen zu den vier Typen, welche die unterschiedlichen Zugänge zur politischen Bildung und den „Outcome“ ausführlich darstellen.

Gewissermaßen als Begleiterscheinung modellierten die Autoren aus dem Interviewmaterial einige Einflussfaktoren innerhalb von politischer Jugendbildung, die sich u. a. mit dem Lernort, mit Themen und Methodik aber auch mit den Bildungsformaten und dem pädagogischen Personal auseinandersetzen. Und hier bildet sich interessanterweise eine Schnittstelle zur aktuellen Studie über die Arbeit der Heimvolkshochschulen in Niedersachsen („Lernort Heimvolkshochschule“ Bielefeld 2014) und der für Aufsehen in der Schulforschung sorgenden Studie „Visible Learning“ des australischen Bildungsforschers John Hattie. Alle drei Studien kommen zu dem Ergebnis, dass das pädagogische Personal und deren Kompetenz eine entscheidende Einflussgröße auf die Wirkung der pädagogischen Arbeit darstellen, egal ob in der außerschulischen Jugend- und Er-

wachsenbildung oder in dem von Hattie untersuchten Feld der Schule.

Die von Balzter / Ristau / Schröder als „Schlüsselpersonen“ benannten Pädagoginnen und Pädagogen stehen für das Konzept des Hauses, tragen zur Kontinuität der Arbeit bei und schaffen dadurch eine Vertrauensbasis für die jungen Teilnehmenden. Hier knüpft Schröder an die zehn Jahre zuvor vorgelegte Evaluation (s. o.) an, in der er die Jugendbildungsreferentinnen und -referenten als Drehpunktpersonen bezeichnete, die durch ständiges Hin- und Herdrehen, Umdrehen und Aufdrehen ständige neue Konnexen zwischen Konzepten, Teilnehmenden, Formaten und Förderungen herstellen. Ständig wechselndes und projektbedingt zeitlich befristetes Personal wirkt hier kontraproduktiv, was durch die neue lesenswerte und praxisnahe Studie eindrucksvoll bestätigt wird. Oder um mit Tucholsky zu sprechen: Politische Jugendbildung wirkt weit in die Zeit! ... In die Zeit! ... In die Zeit!

Reinhard Joachim Wabnitz: 25 Jahre SGB VIII

Die Geschichte des Achten Buches Sozialgesetzbuch von 1990 bis 2015



Berlin 2015,
Arbeitsgemeinschaft für Kinder-
und Jugendhilfe AGJ, 450 Seiten

VON MARTIN R. TEXTOR Am 26. Juni 1990 wurde das Achte Buch Sozialgesetzbuch – Kinder und Jugendhilfe – vom Deutschen Bundestag verabschiedet. Es trat am 1. Januar 1991 in Kraft. Im Verlauf von 25 Jahren wurde es durch 40 Änderungsgesetze fortentwickelt. So macht es Sinn, die Geschichte des SGB VIII zu reflektieren – und wer wäre besser dazu geeignet als der Autor des vorliegenden Buches, Prof. Dr. Dr. Reinhard Joachim Wabnitz, der als Mi-

nisterialdirektor im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) auch für die Kinder- und Jugendhilfe zuständig war, oder sein ehemaliger Mitarbeiter, Prof. Dr. Dr. Reinhard Wiesner, der als zuständiger Referatsleiter zum „Vater des Achten Buches Sozialgesetzbuch“ (S. 21) wurde und dem Wabnitz seine Monographie widmete?

Im ersten Kapitel stellt der Autor zunächst die beiden „Vorläufer“ des SGB VIII vor: das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz (RJWG) von 1922/1924 und das Gesetz für Jugendwohlfahrt (JWG) von 1961. Wabnitz fasst die wichtigsten Argumente für eine schon in den 1960er Jahren geforderte Jugendhilfrechtsreform und die in Folge entstandenen Referentenentwürfe zusammen. Dann beschreibt er die Entstehung und die wesentlichen Inhalte des Achten Buches Sozialgesetzbuch.

Im zweiten Kapitel werden in historischer Abfolge die Änderungsgesetze zum SGB VIII beschrieben – vom Schwangeren- und Familienhilfegesetz von 1992 bis hin zum Kinder- und Jugendhilfevereinfachungsgesetz von 2013 (Rechtsstand des Buches: Februar 2015). Hier wird deutlich, dass das Kinder- und Jugendhilfrecht in den vergangenen 25 Jahren fortwährend modifiziert, ergänzt und weiterentwickelt wurde.

Im dritten Kapitel behandelt Wabnitz eine Vielzahl von Grundsatz- und Strukturfragen wie beispielsweise: Wer sind die Adressaten der Kinder- und Jugendhilfe? In welchem Verhältnis stehen Eltern- und Kinderrechte zueinander? Welche Rolle spielen freie Träger im Vergleich zur öffentlichen Jugendhilfe? Wie sind die Gesetzgebungs-, Verwaltungs- und Finanzierungskompetenzen zwischen Bund und Ländern verteilt? Welchen Sinn hat die Zweigliedrigkeit der (Landes-)Jugendämter? Welche Bedeutung hat die Unterscheidung von objektiven Rechtsverpflichtungen und subjektiven Rechtsansprüchen für die Anwendung des SGB VIII? In was für einem Verhältnis steht das Achte Buch zu anderen Teilen des Sozialgesetzbuches?

Im vierten Kapitel beschreibt Wabnitz zunächst, wie im Verlauf der letzten 25 Jahre wichtige Aufgabenfelder der Kinder- und Jugendhilfe fortentwickelt wurden: Jugend(sozial)arbeit, Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz, Familienbildung und -beratung, Kindertagesbetreuung, Hilfen zur Erziehung, Eingliederungshilfe für Kinder und Jugendliche etc. Ferner geht er auf die Entwicklung des Sozialdatenschutzes, die Finanzierung von freien Trägern und von Jugendhilfemaßnahmen, die Kostenbeteiligung und -erstattung sowie die Kinder- und Jugendhilfestatistik ein. →

Im Resümee bezeichnet Wabnitz die Geschichte des SGB VIII als eine „Erfolgsgeschichte“ (S. 385), die zu vielen neuen Rechtsansprüchen und deutlichen Leistungsverbesserungen führte. Die Ausgaben sind dementsprechend stark angestiegen, zumal inzwischen für ganze Altersjahrgänge Kindertagesbetreuung genutzt wird. Auch präventive, ambulante und (teil-)stationäre Angebote sind ausgebaut worden. Neue Paradigmen wie die Dienstleistungs- und Wirkungsorientierung, die Hilfeplanung und die Jugendhilfeplanung sind laut Wabnitz weitgehend umgesetzt worden. Defizite gibt es aber z. B. beim Erzieherischen Kinder- und Jugendschutz, der Allgemeinen Förderung der Erziehung in der Familie, der Betreuung von unter Dreijährigen und von Schulkindern sowie bei der Förderung der Jugendarbeit. Abschließend fasst Wabnitz den aktuellen Reformbedarf anhand der Forderungen im 14. Kinder- und Jugendhilfebericht zusammen. Er plädiert u. a. für eine Ausweitung bestimmter Rechtsansprüche (z. B. in den Bereichen Jugendsozialarbeit und Schulsozialarbeit), die Stärkung der Rechtsstellung Minderjähriger, die Einbeziehung von allen behinderten Kindern und Jugendlichen in das SGB VIII und für die Aufnahme von Kinderrechten in das Grundgesetz.

Die mit einem Fundstellen-, einem Literatur- und einem Abkürzungsverzeichnis versehene Monographie von Reinhard Joachim Wabnitz ist somit nicht nur für an der Geschichte des SGB VIII interessierte Juristinnen und Juristen relevant, sondern für jede Person, die das System der Kinder- und Jugendhilfe besser verstehen möchte.

Wilhelm Flitner: *Nachlese* Gesammelte Schriften Band 12

Wilhelm Flitner

Nachlese

Schöningh

2 Teilbände, besorgt von Ulrich Herrmann, Paderborn 2014, Verlag Ferdinand Schöningh, 1158 Seiten

VON PAUL CIUPKE Für verschiedene Richtungen der Erwachsenenbildungswissenschaft, etwa die empirisch orientierte, oder die sozialwissenschaftlich informierte und schließlich auch die kritische Bildungswissenschaft, stellt die geisteswissenschaftliche Pädagogik, die seit den 1920er Jahren bis weit in die 1960er Jahre hinein eine in den Fachdiskursen fast hegemonial anmutende Stellung in Deutschland einnahm, ein meistens simpel handhabbares Feindbild dar. Diese pädagogische Lehre gilt weithin als idealistisch, romantisierend, die gesellschaftliche Wirklichkeit vergessend, als Entwurf einer Praxis, die so nie in der Wirklichkeit praktiziert wurde, manchmal sogar als nationalsozialistisch-affiner Grenzgänger. An dieser Kritik ist natürlich manches richtig und doch übersieht sie die auch vorhandenen Fortschritte und Potenziale, die die geisteswissenschaftliche Pädagogik eröffnet hat. Dies gilt besonders – in positiver wie auch problematischer Hinsicht – für die außerschulische Jugend- und Erwachsenenbildung, die im Gefolge der geisteswissenschaftlichen Pädagogik und ihrer Randströmungen, etwa der „Neuen Richtung“, in den 1920er Jahren entscheidenden Aufschwung erfuhr. Als einer ihrer hervorragendsten Vertreter muss Wilhelm Flitner gelten, der – aus Thüringen stammend – Mitglied der Jugendbewegung und erster Leiter der in der Frühzeit der Weimarer Republik leitbildwirkenden Volkshochschule Jena und später ein bedeutender Hochschullehrer war. Er war wie manch andere, die die Jahrzehnte in pädagogischer Hinsicht mitgeprägt haben, stark beeinflusst von Herman Nohl. Dieser wiederum hatte in seinem Standardwerk „Die pädagogische Bewegung in Deutschland und ihre Theorie“ zwei bedeutende pädagogische Volksbewegungen identifiziert: Die Jugendbewegung und die Volks-

bildungsbewegung, die zugleich zum „Urschlamm“ der heutigen außerschulischen Bildung gehören.

Flitners Gesammelte Schriften liegen schon länger vor, natürlich auch seine Arbeiten zur Erwachsenenbildung, die bereits 1982 als Band 1 erschienen. Es handelte sich aber nur um eine Auswahl, die viele kleine verstreute, aber deshalb nicht unwichtige Schriften ignorierte. Nun sind in zwei Teilbänden, typischerweise als Nachlese überschrieben, etliche dieser in vielerlei Hinsicht signifikanten und interessanten Äußerungen Flitners erreichbar geworden. Zusammengestellt, kommentiert, mit wertvollen und sehr hilfreichen Anmerkungen versehen und in die zeitlichen und sachlichen Zusammenhänge eingeordnet hat das Ganze in kenntnisreicher Weise der Tübinger bzw. Ulmer Pädagoge und Bildungshistoriker Ulrich Herrmann, der selbst mit Arbeiten zur Jugendbewegung und Reformpädagogik hervorgetreten ist.

Den Hauptteil der Abhandlungen bilden zahlreiche Vorträge und Aufsätze zur Erwachsenenbildung und Pädagogik im zeitlichen Rahmen von Anfang der 1920er Jahre bis in die 1970er Jahre. Darunter sind so schwer zugängliche programmatische Abfassungen wie der über „Die Aufgabe der Freideutschen Jugend in der Stadt-Volkshochschule“ von 1919 oder „Die freie Bildungsgemeinschaft als Bund“ von 1924, Stellungnahmen zu zeitgenössischen Kontroversen in der Volksbildung, etwa zur intensiv diskutierten Frage der Neutralität, viele Gebrauchstexte aus der Arbeit der Volkshochschule Jena und immer wieder grundsätzlichere Positionierungen zu den Aufgaben der Erwachsenenbildung vor und nach dem Zweiten Weltkrieg. Darüber hinaus finden sich biografische Äußerungen, Würdigungen bedeutender Kollegen und Inspiratoren, sowie philosophische und kulturwissenschaftliche Betrachtungen. Eingestreut ist ein längeres lebensgeschichtliches Interview. Schließlich wird das Ganze erschlossen mit Hilfe von Registern zu Personen, Themen und das gesamte Werk Flitners betreffend. Eine Bibliographie der Veröffentlichungen Flitners und ein die Edition erläuterndes, nicht zu ausschweifendes Nachwort, das Ulrich Herrmann verfasst hat, schließen den Reigen der Beiträge ab.

Mit dieser Veröffentlichung werden wichtige Quellen zur (Ideen-)Geschichte der Jugend- und Erwachsenenbildung der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts allgemein zugänglich – eine verdienstvolle Arbeit.

Michele Barricelli / Tabea Golgath (Hrsg.): Historische Museen heute



Schwalbach/Ts. 2014,
Wochenschau Verlag, 112 Seiten

VON HEIDI BEHRENS Der Band geht zurück auf eine Tagung des Historischen Seminars der Leibniz Universität Hannover im Jahr 2012. Diese widmete sich „Anspruch und Wirklichkeit“ historischer Museen im Allgemeinen, im Besonderen aber dem „magischen Dreieck“, d. h. dem (Spannungs-)Verhältnis „zwischen den drei Eckpunkten des Dreiecks, den Gestaltern, Kuratoren und Museumspädagogen“ (S. 6). Deren Verantwortlichkeiten seien angesichts veränderter Lern- und Mitwirkungsbedürfnisse des Publikums weiter „auszuloten“.

Der Herausgeber und die Herausgeberin leiten in Entwicklungsstränge des Themenkomplexes ein. Sie sehen, so ihre Pointe, Museen auf dem Weg zu einem „Dienstleister an der Gesellschaft“. Deutsche und internationale Häuser seien einem rasanten Transformationsprozess unterworfen – flankiert von Standards der UNESCO, des Internationalen Museumsrates (ICOM), vielfach vom Drängen der Politik (z. B. Nationaler Integrationsplan der Bundesregierung von 2007) bis hin zu dem der Sponsoren. Partizipation könne als Schlüsselbegriff dieser Prozesse gelten; er markiere die Öffnung gegenüber der pluralen (Stadt-)Gesellschaft. Barricelli und Golgath halten in diesem Zusammenhang die Ablösung objektzentrierter durch vermittlungorientierte Ausstellungen für bedeutsam. Sie warnen allerdings vor zu hohen Erwartungen, denn nicht überall, am wenigsten in kleineren Museen, ließen sich zeitgemäße Ansprüche angemessen umsetzen.

Leontine Meijer-van Mensch (Amsterdam) wirft unter dem Titel „Museum 3.0 und die Wende zur Teilnahme“, einen Blick zurück auf die Professionalisierung der Museologie. Sie sieht diese angestoßen durch politische und gesellschaftliche Phänomene, welche historische Museen →

im Sinne neuer Schwerpunktsetzungen und der Forderung nach Teilhabe zu beeinflussen vermochten, allen voran die Migrationsbewegungen. Die Autorin nimmt Konturen eines Museums 3.0 wahr, eines vernetzten Museums, das am „Kulturerbe“ (S.18) interessierte Institutionen und Personen zusammenbringe. Inzwischen seien viele der Beteiligten Experten, nicht mehr allein die Leiter/-innen und Kuratoren. Auf Letztere warteten zusätzliche Rollen wie Vermittler, Manager usw.

Die folgenden neun Beiträge von Expertinnen und Experten aus Hochschulen und historischen Museen (ein Kunstmuseum und ein Technikmuseum sind einbezogen) lassen große Unterschiede erkennen im Hinblick auf praktische Zugriffe und was die Reflexion des Tagungsthemas betrifft. Besagtes „Dreieck“ wird von den Autorinnen und Autoren nicht durchweg erörtert. Und einige Beiträge lösen sich nur bedingt von den Spezifika der darin repräsentierten Ausstellung (Auswandererhaus Bremerhaven; Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände Nürnberg; Panzermuseum Munster). Es fällt auf, wie zurückhaltend individuelle Aneignungsprinzipien diskutiert werden, etwa die einleitend unterstrichene Emotionalität. Auch setzen Museen „Partizipation“ teils traditionell, teils experimentell um: Kursangebote sind dabei, therapeutische Zugänge und erste Vernetzungen im Sinne eines „Museums von allen“. (S. 42)

Das Virtuelle Osnabrücker Migrationsmuseum (VOM) stellt seine Modernität unter Beweis, indem es sich als „Vermittlerin“ von Geschichten und Objekten autonomer, vielfach zivilgesellschaftlich engagierter Zeitgenossinnen und -genossen betrachtet. Es verzichtet auf einen musealen Ort im herkömmlichen Sinn, stellt vielmehr dem Publikum Möglichkeiten bereit, im Netz eigene Ausstellungen zu präsentieren (Thorsten Heese).

Übereinstimmung zeigen die Beiträge von Jan Willem Huntebrinker „Historisches Museum oder Stadtmuseum? Partizipation und das Selbstverständnis des Geschichtsmuseums Hannover“, und Susanne Gesser „Wir machen Museum! Geteilte Expertise im historischen museum frankfurt“. Beide beziehen sich wissenschaftsgeschichtlich auf den Konstruktivismus. Sie sehen darin einen Motor des Wandels und führen nicht nur ihre phantasievolle Praxis vor (ein Fotoprojekt mit Kranken in Hannover, ein von Stadtteilgruppen co-kuratiertes „Stadtlabor“ in Frankfurt), sondern reflektieren zudem Abstraktes: Chancen und Grenzen der jüngsten Entwicklungen in einen, Typen und Ebenen von Partizipation im anderen Fall.

Kurz gefasste Ergebnisse einer Podiumsdiskussion beschließen den Band; sie verdeutlichen, wie unterschiedlich

der Bildungsauftrag ausgelegt wird und – noch einmal – was in den einzelnen Museen mit Teilnahme bzw. Teilhabe der Nutzer/-innen gemeint sein kann. Die Beteiligten stimmen gleichwohl darin überein, dass das „Gesamtkonzept von Museen überdacht oder gar neu geschrieben werden müsse“ (S. 110).

Der Band weckt Aufmerksamkeit für strukturelle Veränderungen, beispielsweise für die Auflösung bestimmter Hierarchien, nicht zuletzt für neue Vermittlungsverständnisse. Eine wirkliche Bilanz unter Beachtung gleichwohl gültiger Merkmale historischer Museen – man denke an die sog. Aura der Objekte, an Deutungsvielfalt und an Gegenwartsbezüge – steht jedoch noch aus.

Friedhelm G. Vahsen: Die erstarrte Gesellschaft Zum Verlust des Gemeinsinns



Berlin 2014,
Lit Verlag, 456 Seiten

VON NORBERT TILLMANN Friedhelm Vahsen geht es in seiner Publikation um den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft. Sozialpädagogische und gesellschaftliche Theorien diskutiert er vor dem Hintergrund ihres Bezugs zur Gemeinschaft. Anhand klassischer soziologischer Kategorien wie z. B. der Institution Familie fragt er nach dem Verlust des Gemeinsinns. Dabei sieht der Autor nicht nur Erstarrung und kulturpessimistischen Verfall, sondern ein Leben in Gemeinschaft, insbesondere in den Mikrobereichen der Gesellschaft.

Vahsen bietet im ersten Teil seiner Arbeit einen Aufriss sozialpädagogischer Theorien. Sie bilden ein Erklärungsmuster für die Gestaltung des Lebens in Gemeinschaft und diese durchschreitet Vahsen in ihren diversen Ausprägungen stets mit kritischer Distanz. Am Ansatz Agency und

Transnationalität hebt er einerseits die individuellen Handlungsressourcen zur Gestaltung sozialer Prozesse hervor und andererseits die transnationalen Unterstützungsleistungen, z. B. von internationalen Einrichtungen. Der Capability-Approach erweitert diesen Ansatz mit der Frage wie eine „gute“ Lebensführung gelingen kann. Hier geht es um Handlungsbefähigungen und Verwirklichungschancen – um eine Realisierung eines würdevollen Lebens.

Eine gewisse Zuspitzung sozialpädagogischen Handelns findet sich im Effective Citizen-Ansatz. Dieser geht von einem Menschentypus des wirksam handelnden Menschen aus, der seine Lebenswelt mitgestaltet – es geht um den „bildungsberedten“ Einzelnen. Vahsen merkt hier zu Recht kritisch an, dass sich mittlerweile das Angebot zum lebenslangen Lernen in eine Forderung verwandelt hat.

Das Credo sozialpädagogischen Handelns sieht Vahsen in Anlehnung an Thaler und Sunstein im Konzept des „Nudgen“ – im „Anstupsen“. Es ist ein Prinzip der sozialen Arbeit, die Menschen bei der aktiven Verbesserung ihrer Lebenssituation unterstützen will. Beim Anstupsen geht es darum, das Verhalten der Menschen sanft in eine bestimmte Richtung zu lenken. Diese Theorie beschreibt den angeleiteten Mensch ohne dessen Entscheidungsautonomie in Frage zu stellen und bezieht sich auch auf soziale und politische Prozesse. Vahsen sieht zwar paternalistische Züge in diesem Ansatz und konstatiert, dass es sei auch kein neues Paradigma sozialer Arbeit sei, aber „ein Prinzip, das personen- und situationsspezifisch als Arbeitsmethode eingesetzt werden kann“ (S. 97).

Nach der Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Theorien wie Postmoderne, Kommunitarismus und posttraditionale Gesellschaft im Bezug zur Gemeinschaft und der Erörterung klassischer soziologischer Untersuchungsgegenstände, wie z. B. der Familie hält Vahsen resümierend fest, dass die Rede vom Verlust der Gemeinschaftsorientierung zu kurz greift. Für ihn ist die Familie die primäre Form der Vergemeinschaftung, in der es nicht nur um deren Zerfall geht. Nach Vahsen wandeln sich die Gesellschaftsstrukturen, aber sie lösen sich nicht auf. Am Beispiel von Vereinsaktivitäten in Deutschland weist er nach, dass sich Gemeinschaftsbildung in Vereinen zu flexiblen, kurzzeitigen Gruppierungen unter einem bestimmten Ziel wandeln. Zeitliche Begrenzung und ein wechselnder Personenkreis zeigen das Projekthafte als ein Strukturprinzip der posttraditionalen Vergemeinschaftung auf, so Vahsen. Gemeinschaften verändern sich hin zu projektorientierten Bindungen in einer projektorientierten Gesellschaft.

Zusammenfassend hält Vahsen fest, dass es ihm um das Zusammenwirken als Kern der Gemeinschaft geht und nicht um den verkürzten Blick auf Vereinzelung, Verlust und Ausgrenzung. Sein Beitrag wider die „These vom Verlust der Gemeinschaft, des Gemeinsinns und der Gemeinwohlorientierung“ versteht er dementsprechend als einen Nudge – einen Anstupser.

Als abschließendes Fazit kann man sagen: Vahsen verweist zu Recht auf die Gemeinschaft im Alltag und belegt, dass von einer völligen Zerrüttung des gesellschaftlichen und gemeinschaftlichen Lebens keine Rede sein kann. Seine sozialpädagogisch-nostalgisch anmutende Schwärmerie für das Anstupsen wird den gesellschaftlichen und internationalen Realitäten aber nicht gerecht. Neben den „im Westen“ überlasteten Individuen und sich dynamisch verändernden Gemeinschaften ist eine gemeinsame Wertorientierung in zunehmend internationalen Gesellschaften ein derzeit ungelöstes Problem. Die allgemeine Legitimität der Menschenrechte gerät ins Wanken. Was kann an ihre Stelle treten? Die Beantwortung dieser Frage ist eine Herausforderung globalen Ausmaßes. Dass dabei die Westorientierung gesellschaftlichen Denkens und Handelns ins Wanken gerät, ist gut so.

AdB Aktuell

AdB unterstützt Resolution von IJAB zu neuen VISA-Bestimmungen



Foto: lileilana / photocase.de

Auf der Mitgliederversammlung von IJAB (Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e. V.) am 23. Juni 2015 wurde eine Resolution zum Visa-Informationssystem diskutiert und einstimmig angenommen. In der Resolution wird die Visabeantragung als eines der Haupthindernisse für den Jugendaustausch identifiziert, da diese durch die Einführung des Visa-Informationssystems für den Schengen-Raum verschärft wird.

In der Resolution, die sich an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages, die Bundesregierung, die Abgeordneten des Europäischen Parlaments und des Europäischen Rates wendet, heißt es: „Junge Menschen sollen im Rahmen von öffentlich geförderten Jugendaustauschprogrammen von dem Visa-Informationssystem ausgenommen werden oder alternativ, die biometrischen Daten werden nicht bei der Visabeantragung, sondern beim Eintritt in den Schengen-Raum (vergleichbar mit der Regelung in den USA) erhoben.“

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V. (AdB) unterstützt diese Resolution ausdrücklich und betont die Bedeutung, die der Jugendaustausch für die Verständigung der Völker und das Zusammenwachsen in der Welt hat. „Dieser Austausch darf nicht durch die Verschärfung von VISA-Regeln gefährdet werden“, so die Geschäftsführerin des AdB, Ina Bielenberg.

Download der Resolution: www.ijab.de/aktuell/themenfilter/mobilitaet/a/show/resolution-zum-visa-informationssystem-vis

Auf Denkpfaden unterwegs

Die AdB-Kommission Erwachsenenbildung setzt ihre Diskussion über die historisch-politische Bildung fort



Foto: AdB

Die Kommission Erwachsenenbildung des AdB traf sich zu ihrer letzten Sitzung in dieser Legislaturperiode vom 14. bis 16. September 2015 im Institut für Jugendarbeit Gauting in der Nähe Münchens. Thematischer Schwerpunkt war die historisch-politische Bildung mit dem Fokus Nationalsozialismus. Damit knüpfte die Kommission an ihre Diskussionen in den vergangenen Tagungen an, bei denen es immer wieder um die Auseinandersetzung mit Gedenkorten und mit Methoden historisch-politischer Bildung ging.

In einem engagierten Vortrag stellte Sylvia Holhut, Fachreferentin für demokratische Jugendbildung des Kreisjugendrings München, drei Münchner Projekte der historisch-politischen Bildung vor. Sie berichtete über die Jugendgeschichtswerkstatt „Sommer.dok“, die diesen Sommer bereits zum dritten Mal auf dem Münchner Königsplatz stattfand.

Entwickelt hatte sich das Projekt 2008 im Zuge der Planung um das NS-Dokumentationszentrum und der Forderung der damaligen Jugendlichen, nicht Zielgruppe, sondern selbst Akteure der politischen Bildung sein zu wollen. Während der eintägigen Jugendgeschichtswerkstatt können sich Schulklassen sowie Passantinnen und Passanten auf dem Königsplatz mithilfe zahlreicher Aktionen mit dem jeweiligen Jahresthema beschäftigen. Die gemeinsame Auseinandersetzung mit historisch-politischen Themen steht dabei im Vordergrund. Das Oberthema 2015 war der 35. Jahrestag des Oktoberfestattentates.

Die Referentin berichtete ebenso von einem Kunstprojekt, das vier Münchner Jugendliche zusammen entwi-

ckelten und auch im Rahmen des „Sommer.dok“ der Öffentlichkeit zur Verfügung stellten. Auf dem Spiegelpfad „Werft Licht auf den Schatten!“ können Teilnehmende auf 33 Spiegelplatten, die auf dem Boden ausgelegt werden, darauf geschriebene nationalistische und antisemitische Zitate aus nationalsozialistischen Schriften lesen. Der Spiegeleffekt führt dazu, dass sich jede/r Einzelne im eigenen Angesicht fragen muss, wie er/sie auf diese Zitate reagiert und inwieweit er/sie inhaltlich mitgeht. Den Spiegelpfad konnten die Kommissionsmitglieder im Anschluss an den Vortrag selbst ausprobieren und waren von der starken Wirkung dieses Denkpfades sehr beeindruckt.

Mit dem Dokumentarfilm „Kick it like Kurt“, initiiert und produziert von jungen Münchnerinnen und Münchnern, wird die Verbindung von jüdischem und nicht-jüdischem Leben in München sowohl in heutiger Zeit als auch zu Zeiten des Nationalsozialismus aufgezeigt. Die Kommissionsmitglieder konnten mit diesem Film Kurt Landauer, den ehemaligen jüdischen Präsidenten des FC Bayern München, kennenlernen. Die Mitglieder der Ultra-Fangruppe Schickeria halten Kurt Landauer durch ein alljährlich stattfindendes Kurt-Landauer-Fußballturnier mit dem jüdischen Fußballverein Maccabi in Ehren. Dieses ungewöhnliche Engagement der jungen Menschen wird im Dokumentarfilm beeindruckend sichtbar.

Beim anschließenden Besuch im NS-Dokumentationszentrum wurden die Teilnehmenden von Felizitas Raith in die Entstehungsgeschichte und das Ausstellungskonzept des NS-Dokumentationszentrums eingeführt. Diese äußerst kompetente und interessante Führung war eine stimmige Abrundung eines Tages, der ganz im Zeichen der historisch-politischen Bildung stand.

Weitere Schwerpunkte des dreitägigen Arbeitstreffens waren u. a. die Vorstellung der Plattform „EPAL – Electronic Platform for Adult Learning in Europe“ durch Christina Norwig von der Nationalen Koordinierungsstelle, das Verhältnis von kultureller und politischer Bildung, das Robert Schmitt, Akademie Biggese, in die Diskussion brachte sowie erste Überlegungen für Themen und Schwerpunkte, die die Kommission Erwachsenenbildung in den kommenden Jahren beschäftigen könnten.

Breitband im Westerwald

Kommission „Europäische und Internationale Bildungsarbeit“ tagt im Europahaus Marienberg



Foto: LV-RLP / Stefan F. Sämmer

Die ADB-Kommission „Europäische und Internationale Bildungsarbeit“ hat sich auf ihrer letzten Sitzung der aktuellen Legislatur am 14. und 15. September 2015 im Europahaus Marienberg mit dem „Internet der Dinge“ und mit der Nutzung von Social Media in der internationalen politischen Bildungsarbeit beschäftigt. Obwohl Bildungsstätten in ländlichen Räumen noch oft Probleme bei der Breitbandversorgung haben, verfügt das Europahaus über gute Voraussetzungen, um eine Fachsitzung zu Fragen von Social Media und politischer Bildung zu veranstalten.

Social Media und das „Internet der Dinge“ betreffen uns alle. Egal ob wir bewusst damit arbeiten oder ob wir sie im Hintergrund unserer Arbeit nutzen. Selbst wenn wir uns davon fernhalten, sind wir nicht dagegen gefeit, dass Datennutzungsprofile von uns erstellt werden.

Social Media-Angebote halten auf vielerlei Ebenen Einzug in den Arbeitsalltag von Pädagoginnen und Pädagogen: in der konkreten Seminargestaltung über mediengestützte Methoden und in der Onlinezusammenarbeit in internationalen Partnerschaften. Dies führt bei vielfältigen internationalen Partnerschaften zu einer zunehmenden Ausdifferenzierung von Kommunikationsmitteln, die weit über das Schreiben von E-Mails hinausgehen. Je nach politischer Situation im Partnerkontext spielt beispielsweise seit mehreren Jahren die Frage nach verschlüsselter Kommunikation eine immer bedeutendere Rolle: Wie können wir kooperieren, ohne die Partner zu gefährden? Das ist eine Frage, die sich in der deutsch-russischen Zusammenarbeit, aber auch in anderen Bereichen immer häufiger stellt. Ist es sicherer, Dokumente und Kommunikation bei Google zu speichern, wo bestimmt die meisten Datensicherungs-

experten der Welt beschäftigt sind, oder muss man andere Wege gehen und suchen? Nutzt man pgp-Verschlüsselung für seine E-Mails oder steigt man gleich auf verschlüsselte Kommunikationsdienste wie Telegram um?

Eine andere Frage ist, wie jugendliches Webnutzungs- und Kommunikationsverhalten aussieht. Versenden wir z. B. Informationen an bestimmte Zielgruppen per E-Mail, so können wir davon ausgehen, dass es keine Rückmeldung gibt. Nutzen wir den Facebook Messenger, erfolgt die Antwort innerhalb von 30 Sekunden. Fraglich ist auch, wie das Nutzungs- und Kommunikationsverhalten der jungen Menschen Datensicherheit entgegensteht.

Weiterhin wurde die medienkritische Perspektive von politischen Bildnerinnen und Bildnern diskutiert und die Frage formuliert, ob sie angesichts der permanenten Überwachung von Kommunikation und Daten in der Lage sind, einen kritischen Überblick zu behalten. Trägt z. B. Facebook nicht in anderen Regionen der Welt zur Vernetzung von Aktivistinnen und Aktivisten erheblich bei?

Die stetige Diskussion um die digitale Komplettnetzung in Form des „Internets der Dinge“ wirft weitere Fragen auf: Wo sind die Grenzen zwischen Verselbständigung, Datenkontrolle und Überwachung? Wo werden Nutzer/-innen von emanzipatorisch Gestaltenden zu Objekten des Internets und wie gestaltet sich dies im Kontext internationaler Vernetzung?

Diese grundlegenden Fragen betreffen auch Lernformate wie E-Learning und Blended Learning. Patrick Siegele vom Anne Frank Zentrum zeigte anhand der E-Learning-Module für die Anne Frank-Botschafter/-innen, wie online unterstütztes Lernen funktionieren kann. Das Anne Frank Zentrum hat im Jahr 2011 eine Lernplattform entwickelt, die junge Menschen dabei unterstützt, sich über Anne Frank fortzubilden und als Peer-Guide für die Ausstellungen zu qualifizieren.

Andere Lernwege scheinen sich über eine Vielfalt an webbasierten Tools und Lernmethoden zu eröffnen, die freilich eine Internetaffinität und Begeisterung der Teilnehmenden voraussetzen. Anselm Sellen vom Europahaus Marienberg zündete für die Teilnehmenden ein ganzes Feuerwerk an medienunterstützten Tools, die auf der umfassenden Einbeziehung von Social Media im Seminarkontext aufbauen. Freilich ist auch hier die Frage zwischen Anwendung und kritischer Nutzung zu stellen.

Eine ganz konkrete Erfahrung bot ein Actionbound des Europahauses zum Thema Europa, den die Teilnehmenden nutzten, um Marienberg unter einem europapolitischen Blickwinkel zu erkunden.

Den Kommissionsmitgliedern scheint, so das Fazit, ein Bildungsansatz zielführend, der die Aspekte Kommunikati-

on, Kooperation und Verselbständigung mitdenkt und diese für emanzipatorische Bildungsprozesse zu nutzen versteht. Sie formulierten den Wunsch nach Fortbildungen zu Fragen von Big Data.

Auseinandersetzung mit weiteren Aspekten des Personalmanagements

Die AdB-Kommission tagt im Studienhaus Wiesneck – Institut für politische Bildung Baden-Württemberg e. V.



Foto: Studienhaus Wiesneck

Auch in ihrer letzten Sitzung dieser Legislaturperiode der Kommissionsarbeit vom 22. bis 24. September 2015 im Studienhaus Wiesneck bei Freiburg beschäftigte sich die Fachkommission Verwaltung und Finanzen mit Themen des Personalmanagements und setzte damit die Diskussion der vergangenen Arbeitstagungen fort.

Neben ausführlichen Informationen über die aktuellen Entwicklungen auf Bundes- und Länderebene und aus dem AdB sowie dem offenen und aufschlussreichen Austausch über Entwicklungen in den Einrichtungen wurde auch das Thema Flüchtlinge aufgegriffen, da sich für viele Einrichtungen unmittelbar Herausforderungen ergeben, sei es durch die Aufnahme von Flüchtlingen, durch

das Setzen neuer Themen oder durch das Erreichen neuer Zielgruppen.

Es erfolgte die Vorstellung einer Managementsoftware für Bildungseinrichtungen mit den spezifischen Schwerpunkten in der Veranstaltungsplanung, der Darstellung der Bildungsangebote im Web, der Teilnehmerverwaltung, der Verwaltung von Übernachtungsmöglichkeiten und Verpflegungsleistungen und der Möglichkeit der individuellen Abrechnungen. Dies stieß auf Interesse bei den Teilnehmenden.

In der anschließenden Fachtagung zum Thema „Führen und Leiten in Bildungseinrichtungen“ setzten sich die Teilnehmenden mit der anspruchsvollen Tätigkeit, der Koordinierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, der Einrichtung und deren Strukturen, dem Umfeld und den dazwischen bestehenden Dynamiken auseinander.

Unter Einbringung eigener Expertise und gemeinsam mit dem Referenten Meinrad Bumiller von der Beratersozietät Bumiller & Saible wurden die Arbeitsfelder Organisationsstrukturen, Leitungskompetenzen, Teamführung und Konfliktmanagement ausführlich erörtert.

Nach Austausch und reger Diskussion der Ergebnisse aus den Workshops waren sich alle Teilnehmer/-innen einig, dass zum Führen und Leiten einer Bildungseinrichtung ein erfolgreicher Spagat zwischen fachlich-pädagogischen Anforderungen und Managementaufgaben gehört.

Politische Jugendbildung gemeinsam gestalten

AdB-Mitgliedseinrichtungen beraten über die neue Programmphase 2017–2022



Foto: AdB

Am 29. und 30. September 2015 fand in der Ländlichen Heimvolkshochschule Mariaspring in Bovenden bei Göttingen eine Tagung statt, bei der das neue Programm „Politische Jugendbildung“ im Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V. (AdB) vorgestellt wurde. Im Mittelpunkt der Tagung standen die vier geplanten zukünftigen Themen-schwerpunkte: „Digitale Medien und Demokratie“, „Zuwanderung, Flucht und Asyl“, „Erinnerungskultur und Teilhabe“, „Arbeit und Lebensperspektive“.

Das Programm „Politische Jugendbildung“ ist ein Markenkern der Bildungsarbeit im Verband. Über dieses Programm wird die Arbeit von Jugendbildungsreferentinnen und -referenten in den Mitgliedseinrichtungen des AdB gefördert. Die politische Jugendbildung soll junge Men-

schen in ihrer Entwicklung zu selbstbestimmten, verantwortungsbewussten und demokratisch handelnden Bürgerinnen und Bürgern bestärken. Sie ist in der Lebenswelt der Jugendlichen verankert, motiviert zur Mitwirkung im eigenen Umfeld und befähigt zu zivilgesellschaftlichem Engagement.

Ende 2016 läuft die aktuelle sechsjährige Arbeitsphase dieses Programms aus. Die Ausschreibung für die neue Programmphase 2017–2022 erfolgt Anfang 2016.

Den Teilnehmenden – Leitungen und pädagogische Mitarbeiter/-innen der Mitgliedseinrichtungen – wurde mit dieser Veranstaltung die Möglichkeit gegeben, sich über die vom Vorstand des AdB entwickelten Themen zu informieren und diese zu diskutieren und weitere Ideen, Gewichtungen oder auch Desiderate zu benennen.

Ziel der Tagung war es zudem, die Strukturen des Programms, die Teilnahmebedingungen sowie die Kriterien für die zu erarbeitenden Konzepte bekannt zu machen.

Die Ergebnisse dieser Beratungen werden nun in den Vorstand zurückgegeben. Das Programm wird dann bei der Mitgliederversammlung im November 2015 verabschiedet.

Die Tagung war von einer intensiven Arbeitsatmosphäre geprägt und die Gelegenheit, die thematische Ausrichtung des Programms mitzugestalten, wurde rege wahrgenommen. Diese konstruktive Atmosphäre wurde durch das positive Ambiente des Tagungshauses und die gute Versorgung hervorragend unterstützt.

Von Völkerrecht und europäischer Realität

Workshop zur politischen Bildungsarbeit im Themenfeld Flucht, Asyl und Migration



Foto: AdB

Das Jahresthema 2015 des AdB wurde durch den Workshop „Flucht, Asyl und Migration als Thema der politischen Bildung“ noch einmal sehr konkret aufgegriffen. Er wurde am 12. Oktober 2015 von der AdB-Geschäftsstelle in Kooperation mit der Bildungsstätte Anne Frank und PRO ASYL in Frankfurt veranstaltet.

Nach einer kurzen Begrüßung von Boris Brokmeier von der Geschäftsstelle des AdB stellte Aylin Kortel aus der Bildungsstätte Anne Frank die Einrichtung vor. Im Anschluss gab Marei Pelzer von PRO ASYL einen Einblick in die aktuellen Aspekte und Herausforderungen der Flüchtlings- und Asylpolitik in Deutschland und der EU. Sie wies darauf hin, dass sich die EU laut geltendem Völkerrecht nicht abschotten dürfe und informierte kritisch über die anstehenden Asylrechtsverschärfungen, die in der Woche vom 12.–16. Oktober 2015 vom deutschen Bundestag verabschiedet werden dürften. Auch machte sie deutlich, dass die von den Gesetzesänderungen vor allem betroffenen Asylsuchenden aus dem Westbalkan nur einen kleinen Teil der Geflüchteten ausmachen würden (7 % der Flüchtlinge). Ein Großteil der Flüchtlinge (80 %) käme aus Ländern wie Syrien und Irak. Die Reformen würden die Gruppe der Asylsuchenden aus dem Westbalkan unnötig in den Vordergrund rücken und stigmatisieren. Weiterhin warnte sie vor einer Kriminalisierung geflüchteter Menschen in Folge des 10-Punkte-Plans der EU, der unter anderem die Ver-

nichtung von Schleuserbooten vorsehe. Es stelle sich die Frage, wie diese Absicht umzusetzen sei, ohne auch flüchtende Menschen in den Booten zu treffen und Menschen als Schleuser zu verhaften, die dies gar nicht sind.

In drei Workshops stellten Gertrud Gandenberger vom Internationalen Forum Burg Liebenzell, Aylin Kortel von der Bildungsstätte Anne Frank und Henning Wötzel-Herber vom ABC-Tagungs- und Bildungszentrum anschließend Projektbeispiele der politischen Bildungsarbeit im Themenfeld Asyl und Migration vor. Nach der Mittagspause gab es eine weitere Arbeitsrunde. Von der Frage, welche Bildungsformate für Geflüchtete geeignet seien bis hin zur Frage der Finanzierung diskutierten die Teilnehmenden in Kleingruppen und anschließend im Plenum. Im Vordergrund standen dabei das gemeinsame Lernen, die kollegiale Beratung und der Austausch.

Zum Abschluss formulierte Marei Pelzer aus der Perspektive von PRO ASYL Themenwünsche für die politische Bildungsarbeit:

- NS-Verfolgung und Ursprünge des Völkerrechts für Flüchtlinge wie die Genfer Flüchtlingskonvention,
- medienpolitische „Meinungsmache“ durch bestimmte sprachliche Begriffe und deren machtkritische Analyse,
- juristische Fakten zu Asylrecht und Flüchtlingsaufnahme,
- Fragen danach, in welchen Fällen europäisches und in welchen Fällen deutsches Recht greift,
- europäische Flüchtlingspolitik mit aktuellen Schlüsselbegriffen zu Abschottung und Harmonisierung im europäischen Recht wie z. B. „Hotspots“, „Relocation“ und „Resettlement“ sowie
- Strategien gegen rechte Akteure und Rassismus in der gesellschaftlichen Mitte.

Gegen 17 Uhr ging ein Tag voller Informationen zur aktuellen Flüchtlingspolitik zu Ende, der sehr inspirierend für die weitere politische Bildungsarbeit mit Geflüchteten und der Aufnahmegesellschaft zum Thema Asyl und Migration war.

Aus den Mitgliedseinrichtungen

Das AdB-Jahresthema 2015 „Globale Migration – Zuwanderung, Flucht und Asyl im Fokus politischer Bildung“ des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten e. V. ist aktueller denn je und reicht längst in den Alltag der Bildungsstätten und ihrer Mitarbeiter/-innen hinein. Die Referentinnen und Referenten der Einrichtungen entwickeln neue Konzepte und Angebote für Flüchtlinge, bieten Seminare zur Stärkung des demokratischen Zusammenlebens und der transkulturellen Kompetenz an, bekunden ihre Solidarität mit den hier ankommenden Menschen und setzen sich für eine Willkommenskultur ein. Der AdB und seine Mitgliedseinrichtungen haben die Herausforderung angenommen, als zivilgesellschaftliche Akteure hier einen wichtigen Beitrag zu leisten. Sie zeigen mit ihren Angeboten und Aktivitäten, dass sie über wichtige Kompetenzen und Strukturen verfügen, um sich der gesellschaftlichen Herausforderung zu stellen.

Im Folgenden stellvertretend für viele Aktivitäten hier ein Bericht aus Haus Neuland, Bielefeld, von Anja Valentien:

In den Sommerferien 2015 hat Haus Neuland der Stadt Bielefeld geholfen, die Erstaufnahme von Flüchtlingen zu bewältigen. Das war für das gesamte Team eine bewegendere Erfahrung: turbulent, zum Teil chaotisch und von intensiven Gefühlen begleitet.

Wie in der Ferienzeit üblich, fanden nicht ganz so viele Veranstaltungen wie in der übrigen Zeit des Jahres statt. Deshalb konnten wir Kapazitäten vorhalten. Bis zu hundert Flüchtlinge gleichzeitig haben wir für jeweils ein paar Tage in unserem Jugendbereich im Roten und im Lila Haus beherbergt. Neben Familien waren allein reisende Jugendliche und Erwachsene sowie Paare aus unterschiedlichen Ländern da. Der Seminar- und Tagungsbetrieb lief derweil weiter.

Erstaufnahme heißt: Ankommen, duschen, ausruhen, essen – durchatmen. Zuerst haben die Menschen viel geschlafen und sich von den Strapazen der meist langen Reise erholt. Ab dem dritten Tag waren überhaupt erst Unterhaltungen und Gespräche möglich.

Hunderte von Zahnbürsten, jede Menge Wasch- und Rasierzeug, Kleidung, Windeln, Babyfläschchen und andere Utensilien wurden angeschafft und verteilt: Nachschub mehrmals wöchentlich. Bei den sommerlichen Temperaturen wurden 250 Paar grüne Flip Flops in den Größen M und L dankbar angenommen und getragen. Die Be-

schäftigten spendeten darüber hinaus das ein oder andere Spielzeug aus heimischen Beständen.

Rezeptionsteam, Reinigungskräfte, Küchencrew, die Jungs von der Haustechnik und eigentlich alle, die nicht gerade im Urlaub waren, hatten gut zu tun.

Unser multikulturelles Team hat auch alle sprachlichen Herausforderungen gemeistert. Außer Englisch, Kurdisch, Russisch, Türkisch ... waren insbesondere Hände und Füße gefragt. Und ein herzliches Lächeln kommt auch ohne Worte aus. Unter den Flüchtlingen fanden sich immer wieder Sprachtalente, die nicht nur für andere übersetzen konnten, etwa ins Arabische, sondern auch als Respektpersonen anerkannt waren.

Mithilfe der digitalen Technik konnten die Menschen Kontakt zu ihren Angehörigen halten. Sehr praktisch ist so ein Smartphone auch in anderer Hinsicht. Besonders in der Küche kam es mehrfach vor, dass den Köchen und Köchinnen einfach ein Handy mit einem frisch gegoogelten „Danke!“ entgegengehalten wurde. Darüber haben sich natürlich alle sehr gefreut.

Denn neben Rezeption und Reinigungsteam hat auch die Küchencrew besonderes Engagement und Feingefühl gezeigt. Während der gesamten Zeit wurde wegen der muslimischen Essgewohnheiten komplett auf Schweinefleisch verzichtet. Stattdessen standen häufig Hühnchen und Pute auf dem Speiseplan. Holprig lief es zu Beginn des Ramadan, als tagsüber gefastet und erst nach Sonnenuntergang gegessen wurde. Mit einem nächtlichen Buffet konnten wir dem religiösen Brauch nicht entgegenkommen. Einen einzigen Versuch gab es, doch da die Beschäftigten in Service und Küche nachts nun mal nicht arbeiten, sah der Gastraum am nächsten Morgen entsprechend durcheinander aus. Von da an gab es Picknicktüten. Das funktionierte sehr gut.

Bei Dunkelheit sorgten regelmäßige Polizeistreifen rund ums Haus vorsorglich für Sicherheit. Zwei Mitarbeiter wohnten nacheinander vorübergehend komplett in Haus Neuland. Das war gut und wichtig, denn so war auch nachts immer ein Ansprechpartner vor Ort. Gemeinsames Fußballgucken inklusive. Sie waren Seelsorger, Kulturbotschafter und sie schickten die Flüchtlinge, wenn sie krank waren, mit Taxen ins Krankenhaus und standen am Telefon für die Fragen der Ärzte bereit.

Bei aller Dankbarkeit und Freundlichkeit der Flüchtlinge waren die großen Ängste unübersehbar, mit denen viele

zu kämpfen hatten. Insbesondere Eltern sorgten sich um ihre teils noch kleinen Kinder. Auch den unbegleiteten Jugendlichen war ihr Gefühlschaos deutlich anzumerken. „Wie geht es den Familien zuhause? Was passiert als nächstes? Wohin geht die Reise weiter?“ Stichhaltige Informationen konnten leider auch wir nur selten geben. Trotz stetigem Kontakt mit Ansprechpartnern der Stadt Bielefeld war oft nicht klar, wann wie viele Menschen ankommen und wer wie lang bleibt.

Die Flüchtlinge vertrieben sich die Zeit mit Volleyball im Innenhof und bei Gesellschafts- und Kartenspielen. Einmal kam es zu einem Handgemenge unter Jugendlichen, das aber schnell beendet werden konnte. In der Regel war es ein freundliches und friedliches Miteinander.

Anfang August sind die Flüchtlinge aus- und in andere Unterkünfte weitergezogen. An Einige hatten wir uns schon richtig gewöhnt. Ein Vater verabschiedete sich beispielsweise reihum mit seinem Kleinkind auf dem Arm, in das wir ganz verliebt waren. Da floss so manche Träne, als die Menschen die Reisebusse zur nächsten Etappe ihrer Odyssee bestiegen.

Wir wünschen denen, die wir kennenlernen durften und allen anderen Menschen, die ihre Heimat verlassen müssen, ein gutes Ende ihrer unfreiwilligen Reise.

Die *Friedrich-Ebert-Stiftung* (FES) wird in den kommenden zwei Jahren in zwei zentralen Projekten die großen aktuellen Themen demographischer Wandel, Digitalisierung der Arbeitswelt, europäische Integration und zunehmende soziale Ungleichheit aufgreifen. Das Projekt „Politik für Europa 2017plus“ nimmt die Erwartungen der Bürger/-innen zum Anlass für eine Debatte zur Zukunft der EU. Es soll diskutiert werden, wie die europäische Integration demokratisch, wirtschaftlich-sozial und außenpolitisch zuverlässig gestaltet werden kann. Das Projekt „Gute Gesellschaft – Soziale Demokratie 2017plus“ wird konkrete Empfehlungen für eine moderne, sozialdemokratische Politik für Deutschland entwickeln. In beiden Projekten werden deut-

sche, europäische und globale Perspektiven verknüpft, indem die FES auf ihr bundesweites und internationales Netzwerk zurückgreift. Im Rahmen der Projekte wird die FES verschiedene Veranstaltungen in Berlin und Bonn realisieren. Sie fordert Interessierte auf, sich an den Debatten im Internet und in den Bundesländern zu beteiligen.

Weitere Informationen: www.fes.de

Projektseiten: www.fes.de/de/politik-fuer-europa-2017plus/ und www.fes-2017plus.de

In einer aktuellen Studie der *Konrad-Adenauer-Stiftung* (KAS) werden Entwicklungen des islamistischen Personenzentrums in Deutschland analysiert und konkrete Überlegungen für mögliche Präventionsstrategien zur Vorbeugung eines weiteren Anstiegs islamistischer Tendenzen in Deutschland geboten. Autor ist Thomas Volk, Koordinator Islam und Religionsdialog in der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Download: www.kas.de/wfi/de/33.42469

Nach über 40 Jahren wird das von der CSU-nahen *Hanns-Seidel-Stiftung* betriebene *Bildungszentrum Wildbad Kreuth* zum 31. März 2016 geschlossen. Dieser Schritt war notwendig, nachdem die Pachtforderungen zu hoch geworden waren. Die Hanns-Seidel-Stiftung ist seit 1975 Mieter des ehemaligen Kurbades.

Die *Jugendbildungs- und Tagungsstätte Ostheim*, Bad Pyrmont, stellt zum 31. Dezember 2015 die Tätigkeit ein.

Zum Jahresende 2015 wird das *ver.di-Institut für Bildung, Medien und Kunst* geschlossen. Neben dringend notwendigen Investitionen für den Brandschutz wurden am Haus Mängel identifiziert, die Investitionen von ca. drei Millionen Euro erfordern. Aufgrund der hohen Investitionssumme wurde der Beschluss zur Schließung der Bildungsstätte gefasst.

Berichte, Hinweise, Nachrichten

Personalien

BORIS BROKMEIER, seit 2012 Referent für Jugendbildung und Fortbildung sowie stellvertretender Geschäftsführer im Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten, wird die Geschäftsstelle des AdB zum Ende des Jahres 2015 verlassen und die Leitung der Ländlichen Heimvolkshochschule Mariaspring in Bovenden bei Göttingen übernehmen.

Seit dem 1. August 2015 hat **SASCHA REX** im Deutschen Volkshochschul-Verband die Aufgabe des Grundsatzreferenten übernommen. Er ist u. a. zuständig für die Erarbeitung verbandspolitischer Positionen, für die Konzeption von Verbandsstrategien sowie für Koordination und Vernetzung der Bundesarbeitskreise. Er bleibt Leiter des talentCAMPus-Projekts. **VERA KLIER** übernimmt die Leitung im Programm Politische Jugendbildung, das aus dem Kinder- und Jugendplan des Bundes gefördert wird.

Bundesinnenminister **THOMAS DE MAZIÈRE** (CDU) berief **FRANK-JÜRGEN WEISE**, Vorstandsvorsitzender der Bundesagentur für Arbeit, am 18. September 2015 zum Präsident des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Dieser folgt damit **MANFRED SCHMIDT** nach.

Aus Profession und Politik

Dokumentarfilm DEMOCRACY – IM RAUSCH DER DATEN

Der Dokumentarfilm DEMOCRACY – IM RAUSCH DER DATEN widmet sich spannend und informativ dem Thema EU-Datenschutzreform. Der Regisseur David Bernet öffnet mit seinem Film die Tür zu einer schwer zu durchdringenden Welt und gibt einen Einblick in den Gesetzgebungsprozess auf EU-Ebene – ein Thema, das alle betrifft, da derzeit noch keine einheitliche Regelung, die die Bürger/innen der EU vor dem Zugriff auf ihre privaten Daten schützt, existiert. Der Regisseur begleitet die konservative EU-Kommissarin Viviane Reding und den ambitionierten

Grünen-Abgeordneten Jan Philipp Albrecht (MdEP) bei ihrem Kampf um ein Datenschutzgesetz. Der Film ist seit dem 12. November 2015 in den deutschen Kinos zu sehen. Zu diesem Film wurde eine begleitende Bildungskampagne geplant und kostenfreies begleitendes Material für Bildungsprozesse erstellt.

Quelle und weitere Informationen: www.democracy-film.de
Verleih des Films: farbfilm verleih GmbH

Der Bildungssektor in den Verhandlungen zum Freihandelsabkommen TTIP

Seit 2013 wird über TTIP, das geplante Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU, verhandelt. Die Verhandlungen wurden von Anfang an von Kritikerinnen und Kritikern als intransparent bezeichnet. Im Herbst 2015 begann nun die politische Aushandlungsphase. Sowohl Bundeskanzlerin Angela Merkel als auch der US-amerikanische Präsident Barack Obama haben sich für einen zügigen Abschluss der Verhandlungen ausgesprochen.

Auch in der europäischen Bildungslandschaft wurden die Verhandlungen von TTIP aufmerksam verfolgt. So formulierte die deutsche Hochschulrektorenkonferenz im Mai 2015 in einer Stellungnahme, dass es in den USA und der EU sehr unterschiedliche Auffassungen von Bildung, Kunst und Kultur als Bestandteile der staatlichen Daseinsvorsorge gebe. Bildungsdienstleistungen würden in den TTIP-Verhandlungen bisher nicht als öffentliche Aufgabe („public service“) definiert und seien von daher durch Marktöffnungen gefährdet. Für TTIP ist es bisher vorgesehen, dass auszuschließende Bereiche explizit im Vertragswerk genannt werden müssen.

Die Hochschulrektorenkonferenz forderte die Europäische Kommission auf, den Bereich der Bildung vollständig aus dem Freihandelsabkommen TTIP auszunehmen. Auch die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) formulierte in einer Stellungnahme, dass mit TTIP „die Maxime von guter Bildung für alle (...) durch Wettbewerb, Konkurrenz und Exklusion ersetzt [würde].“ Der Ausschuss für Kultur und Bildung im Europäischen Parlament gab eine Empfehlung an die verhandelnde EU-Kommission ab, in der er sich dafür einsetzte, dass mit einer allgemeinen Klausel sichergestellt werde, „dass das Recht der EU-Mitgliedsstaaten gewahrt wird, jegliche Maßnahmen in Bezug auf die Erbringung aller Bildungs- und Kulturdienstleistungen, mit denen kein Erwerbszweck verfolgt wird und/oder die in egal welcher Höhe oder irgendeiner Form staatlich finanziert oder unterstützt werden, anzunehmen bzw. zu bewahren (...)“

Die Fraktion Die Linke stellte im Bundestag eine Kleine Anfrage an die Bundesregierung bezüglich möglicher Auswirkungen von TTIP auf den Bildungssektor. Nach Aussagen der Bundesregierung solle „das TTIP Abkommen (...)

an den seit 20 Jahren bestehenden völkerrechtlichen Verpflichtungen Deutschlands [durch Abkommen wie das GATS] bzgl. Marktöffnungen im Bildungssektor nichts ändern.“ TTIP solle keine Auswirkung auf staatliche Subventionen von Bildungseinrichtungen haben und sich nicht auf die Vergabeverfahren der durch die Bundesregierung finanzierten Bildungsprogramme auswirken.

Quellen: Hochschulrektorenkonferenz; www.hrk.de



Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft; www.gew.de



Kleine Anfrage vom 29.07.2015; <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/056/1805676.pdf>



Antwort der Bundesregierung vom 26.08.2015; <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/058/1805855.pdf>



Empfehlungen des Europäischen Parlaments; www.europarl.europa.eu



Weitere Informationen: www.lobbypedia.de/wiki/Transatlantic_Trade_and_Investment_Partnership

Aktion Schutzschild – Flüchtlinge schützen, Initiativen stärken

Das Projekt „Aktion Schutzschild – Flüchtlinge schützen, Initiativen stärken“ der Amadeu Antonio Stiftung hat 10 Punkte für eine kommunale Willkommensoffensive erarbeitet und publiziert. Neben Herausforderungen, die die Kommunen oder den Gesetzgeber betreffen, spielen das bürgerschaftliche Engagement, Willkommensbündnisse oder die frühzeitige Beteiligung von Flüchtlingen und Bevölkerung vor Ort eine bedeutende Rolle. Ebenso wird formuliert, was nicht oder nicht in übermäßiger Weise auf die Zivilgesellschaft verlagert werden kann. Wenn es um die

konkrete Lebenssituation der Flüchtlinge geht, sind vor allem die Kommunen gefordert. Deswegen stehen diese im Zentrum der 10 Punkte.

Quelle und Download: www.amadeu-antonio-stiftung.de



PRO ASYL-Broschüre „Herzlich Willkommen: Wie man sich für Flüchtlinge engagieren kann“

PRO ASYL möchte mit dieser Broschüre Anregungen liefern, wo sich Menschen einbringen können, damit schutzbedürftige Menschen gut in Deutschland ankommen, in Sicherheit leben, die Chance auf Teilhabe erhalten und sich zuhause fühlen können.

Derzeit melden sich bei PRO ASYL und den Flüchtlingsorganisationen in ganz Deutschland täglich Menschen, die Flüchtlinge persönlich oder finanziell unterstützen möchten. Schutzbedürftige brauchen Unterstützung, aber nicht jede Unterstützung kann oder sollte von „ehrenamtlichen“ Privatpersonen angegangen werden. Um gesetzliche Hür-

den – zum Beispiel bei der Ausbildungsfinanzierung oder beim Wohnortwechsel – zu beseitigen, braucht es die Politik. Bei der Beratung sind oft Profis gefragt: Asylberater/-innen oder Rechtsanwälte. Aber engagierte Laien sind wichtig: Sie unterstützen Flüchtlinge bei der Wahrnehmung ihrer Rechte, helfen im Alltag und vermitteln den Betroffenen das Gefühl, willkommen zu sein.

Quelle, Bestellung und Download der Broschüre: www.proasyl.de/shop
Weitere Anregungen, Links und Beispiele für die Unterstützung von Flüchtlingen: www.proasyl.de/mitmachen

Broschüre „Jugendverbandsarbeit mit jungen Geflüchteten“

Die Broschüre, herausgegeben vom Deutschen Bundesjugendring (DBJR), ist eine Arbeitshilfe für alle verbandlichen Ebenen. Sie leistet einen Beitrag zur interkulturellen Öffnung der Jugendverbandsarbeit für die Belange von Kindern und Jugendlichen ohne gesicherten Aufenthaltstitel. Sie beschreibt die Situation junger Geflüchteter, erklärt das Asylverfahren sowie die rechtlichen Rahmenbedingungen. Es werden Beispiele aus der Praxis jugendverbandlicher Arbeit genannt, die zum Nachmachen motivieren wie auch inspirieren sollen, eigene Ideen zur Öffnung der Jugendverbände für junge Geflüchtete zu entwickeln. Als Interessenvertretung von jungen Menschen für junge Menschen bezieht der DBJR Position zur Situation junger Geflüchteter

und fordert, dass unbedingt neue Antworten auf die Fragen zu Flucht, Asyl und Migration gefunden werden müssen. Gerade minderjährige Flüchtlinge stehen unter einem besonderen Schutz und haben besondere Bedarfe. Sie brauchen eine Perspektive, bleiben zu können, eine angemessene Unterkunft, einen gesicherten Aufenthaltsstatus und gute Bildungschancen. Und sie müssen sich selbst organisieren dürfen. Über die politische Arbeit hinaus arbeiten Jugendverbände engagiert und vielfältig mit jungen Geflüchteten – dies zeigen die in dieser Broschüre dokumentierten Beispiele.

Quelle und Download der Broschüre: www.dbjr.de/nationale-jugendpolitik/junge-gefluechtete

Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Partizipation

Das Deutsche Institut für Menschenrechte hat in einem Policy Paper (Nr. 31) die Frage aufgeworfen, was aus menschenrechtlicher Sicht im Bildungsbereich getan werden muss, um das Recht auf Partizipation für Kinder und Jugendliche umzusetzen. Schule und außerschulische Lernorte sind zentrale Lebensbereiche von Kindern und Jugendlichen. Deshalb ist die Verwirklichung des Rechts von Kindern und Jugendlichen auf Partizipation gerade hier so wichtig. Das vorliegende Policy Paper, das von Sandra Reitz, Leiterin der Abteilung Menschenrechtsbildung, verfasst wurde, erläutert die unterschiedlichen Verständnisse von Partizipation und zeigt auf, wie Menschenrechtsbildung ein rechtebasiertes Verständnis von Partizipation unterstützt. Es stellt Ergebnisse einer Umfrage zur Förderung

der Partizipation von Kindern und Jugendlichen in den Bundesländern vor und schließt mit konkreten Empfehlungen an Bund, Länder und andere Bildungsakteure, wie rechtebasierte Partizipation von Kindern und Jugendlichen gefördert und umgesetzt werden kann.

Quelle und Download: www.institut-fuer-menschenrechte.de/publikationen



Kinder und Jugendliche stark machen! – Materialien rund um den Kompetenzerwerb

Seit 2009 fördert die „Ich kann was!“-Initiative Projekte und Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit, die sich für den Kompetenzerwerb von Kindern und Jugendlichen einsetzen. In Projekten zur Gewalt- und Konfliktvermeidung, bei medien- und kulturpädagogischen Aktivitäten oder Workshops lernen sie unter Anleitung pädagogischer Fachkräfte, was sie für eine gute Zukunft brauchen – realistisch und nahe an der Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen.

Im Rahmen der „Ich kann was!“-Initiative sind in den vergangenen Jahren Materialien zur Unterstützung der Kompetenz fördernden Arbeit entstanden, die sich in der Praxis bewährt haben. Mit den sogenannten „Kompetenzhandbüchern“ bietet die Initiative allen interessierten Pädagoginnen und Pädagogen die Möglichkeit, besonders

herausragende „Ich kann was!“-Projekte kennenzulernen und in der eigenen pädagogischen Praxis umzusetzen. Die Handreichungen bzw. Projektleitfäden werden projektbegleitend erstellt und stehen zum Download zur Verfügung. Darüber hinaus sind auf der Webseite der „Ich kann was!“-Initiative vielfältige Materialien rund um den Kompetenzerwerb zusammengetragen und verfügbar: Informationen zu gängigen Kompetenznachweisen, Kompetenzchecks zum Einsatz in der pädagogischen Arbeit, Kompetenzspiele, eine kommentierte Literaturliste sowie Informationen über den neu entwickelten „Ich kann was!“-Pass, einen Kompetenzpass, der projektbegleitend eingesetzt werden kann.

Materialien rund um den Kompetenzerwerb unter dem Punkt „Kompetenzen“: www.initiative-ich-kann-was.de

Frankfurter Erklärung für eine kritisch-emanzipatorische politische Bildung

Im Juni 2015 hat eine Gruppe von vier Initiatorinnen und Initiatoren die „Frankfurter Erklärung für eine kritisch-emanzipatorische politische Bildung“ verfasst. Professor Dr. Andreas Eis (Carl von Ossietzky Universität Oldenburg), PD Dr. Bettina Lösch (Universität zu Köln), Professor Dr. Achim Schröder (Hochschule Darmstadt) sowie Professor Dr. Gerd Steffens (Universität Kassel) stellen darin wichtige Positionen kritisch-emanzipatorischer Bildung zur Diskussion. Die Anstöße zu der Erklärung kamen zum einen von Akteuren der außerschulischen politischen Bildung, die an Kriterien für ihre Bildungsarbeit interessiert sind. Zum anderen wurden mit dem Beutelsbacher Konsens in den 1970er Jahren ethische Mindeststandards – zunächst für die Schule – formuliert, die vielfach als zu eng, unspezifisch und als handlungsfern kritisiert werden. In der schulischen wie außerschulischen Praxis besteht zugleich ein Bedarf an einer zeitgemäßen orientierenden Rahmung für eine politische Bildung, die in der Lage ist, Schüler/-innen bzw. Teilnehmende zu interessieren und zu motivieren. Der Text zu der Erklärung ist in einem breiten Diskussionsprozess unter Beteiligung von ca. 20 Personen zustande gekommen und wurde im Verlauf einer eintägigen Konferenz in der Frankfurter Universität gemeinsam abgewogen und ausgearbeitet. Im Folgenden die Erklärung im Wortlaut:

„Politische Bildung wird in unterschiedlichen Schulfächern sowie fächerübergreifend praktiziert und ist im außerschulischen Bereich in vielfältigster Art etabliert und repräsentiert: in Bildungsstätten, Jugendverbänden und bei Bildungsträgern sowie in sozialen Bewegungen und Initiativen. Herrschafts-, Macht- und soziale Ungleichheitsverhältnisse verändern sich und mit ihnen auch die Bedingungen politischer Sozialisation. Daher muss über Prinzipien und Standards Politischer Bildung immer wieder neu nachgedacht werden. Zudem kommen neue Akteur_innen auf Schulen zu und bieten Bildungsmaterialien an. Mit dieser Erklärung wollen die Autor_innen wichtige Positionen einer kritisch-emanzipatorischen Bildung deutlich machen und damit zur Diskussion stellen.

1. Krisen: Eine an der Demokratisierung gesellschaftlicher Verhältnisse interessierte Politische Bildung stellt sich den Umbrüchen und vielfältigen Krisen unserer Zeit.

Epochale Umbrüche erfordern politische Alternativen und Optionen für gesellschaftliche Lernprozesse. Ob die

Krise des Kapitalismus, die Krise der Ökologie, die Krise der Demokratie oder die Krise der Reproduktion: Immer deutlicher stellen sich Fragen einer sozial-ökologischen Transformation auch für die Politische Bildung. Eine Welt in Krisen und Umbrüchen ist nicht in standardisierten Modellen zu begreifen. Kompetenzorientierung wird didaktisch substanzlos, wenn politisches Wissen und Fähigkeiten nicht auf die politische Gestaltung gesellschaftlicher Gegenwarts- und Zukunftsfragen bezogen werden.

2. Kontroversität: Politische Bildung in einer Demokratie bedeutet Konflikte und Dissens sichtbar zu machen und um Alternativen zu streiten.

Gesellschaft ist von Interessengegensätzen und Herrschaftsverhältnissen durchzogen. Streitfragen und soziale Konflikte zur Sprache zu bringen und politisch auszutragen, ist ein grundlegendes Kennzeichen von Demokratie. Kontroversität als didaktisches Prinzip geht hierbei nicht in einer Dokumentation unterschiedlicher Positionen und mitunter ähnlicher (oder bereits einflussreicher) Perspektiven auf. Sie arbeitet Streitpunkte und grundlegende Dissense heraus, zeigt Gegensätze auf und fördert kritisches Denken. Eine echte politische Kontroverse macht unterschiedliche Interessen, Denkweisen und Praxen sowie Alternativen gesellschaftlicher Zukunftsentwicklung sichtbar. Die Diskussion um das Politische erschöpft sich nicht in „allgemeinverbindlichen“ Problemlösungen und kann nicht auf Governance- und Verwaltungslehre reduziert werden.

3. Machtkritik: Selbstbestimmtes Denken und Handeln wird durch Abhängigkeiten und sich überlagernde soziale Ungleichheiten beschränkt. Diese Macht- und Herrschaftsverhältnisse gilt es wahrzunehmen und zu analysieren.

In gesellschaftlichen Debatten und Kontroversen spielen Machtgefälle und ungleiche Ressourcen eine wichtige, oft nicht ausreichend wahrgenommene Rolle. Aufgabe einer kritisch-emanzipatorischen politischen Bildungsarbeit ist es, ausgeschlossene und benachteiligte Positionen sichtbar zu machen. Welche gesellschaftlichen Grundprobleme werden öffentlich thematisiert, welche Stimmen werden gehört und welche Akteur_innen setzen ihre Vorstellungen des Gemeinwohls durch? Welche Gründe gibt es für den Fremd- und Selbstausschluss ungleich positionierter Gruppen und Akteur_innen? Politische Bildung thema-

tisiert, wie Ausschlüsse produziert und Grenzen gezogen werden: etwa zwischen privat und öffentlich, sozial und politisch, illegitim und legitim, Expert_innen und Laien.

4. Reflexivität: Politische Bildung ist selbst Teil des Politischen, Lernverhältnisse sind nicht herrschaftsfrei, Politische Bildung legt diese Einbindung offen.

Lernende und Politische Bildner_innen sind in soziale und politische Diskurse eingebunden, die ihre Wahrnehmungs-, Denk- und Handlungsweisen beeinflussen. Auch in Bildungsinstitutionen setzen sich die neuen Leitbilder der „verwertbaren“ Selbstunternehmer_in oder der eigenverantwortlichen Konsument_in durch oder es wirken geschlechtliche und ethnisierende Normierungen. Kritisch-emanzipatorische Politische Bildung beginnt dort, wo solche Normsetzungen und Konstruktionen sichtbar gemacht, kritisiert und infrage gestellt werden. Politische Bildner_innen sind sich ihrer gesellschaftlichen Einbindung bewusst und nehmen dazu eine kritisch-reflexive Position ein, die sie transparent und damit kritisierbar macht. Dadurch bieten sie den Teilnehmenden einen Schutz vor Überwältigung und stärken deren Recht auf Eigensinn und Selbstbestimmung.

5. Ermutigung: Politische Bildung schafft eine ermutigende Lernumgebung, in der Macht- und Ohnmachtserfahrungen thematisiert und hinterfragt werden.

Politisches Lernen und Handeln basiert nicht allein auf rationalen Analysen und Entscheidungen, sondern ist mit den jeweils konkreten Lebensbedingungen, also auch mit Kämpfen um materielle Güter und soziale Anerkennung verbunden. Politische Urteilsbildung ist ebenfalls gesellschaftlich eingebettet, entsteht in sozialen Interaktionen und hat neben den kognitiven Prozessen eine leiblich-emotionale Komponente. Politische Positionierungen zeigen sich in Wut und Begeisterung, Ablehnung und Engagement. Soziale Ordnungen sind auch in die Körper eingeschrieben. Diese Erfahrungen als Quellen und Hemmnisse von Lernprozessen wahrzunehmen und zu themati-

sieren, ist eine wichtige Bedingung gelingender politischer Bildung. Dazu gehört die Beteiligung der Lernenden an Planung und Reflexion des Lernens. Die Komplexität der Themen und Fragestellungen, aber ebenso die Lernwiderstände sind dabei produktive Quelle Politischer Bildung.

6. Veränderung: Politische Bildung eröffnet Wege, die Gesellschaft individuell und kollektiv handelnd zu verändern.

Individuen sind den gesellschaftlichen Verhältnissen unterworfen, zugleich aber auch in der Lage, diese zu gestalten. Politische Bildung eröffnet Zugänge, Fremdbestimmung und Selbstentmündigung wahrzunehmen und zeigt Wege zur Selbst- und Mitbestimmung auf. Praktizierte Mündigkeit vermag die eigenen und kollektiven Denkweisen und Handlungsräume in konkreten Kontexten zu erweitern. Dies geschieht durch Kritik, Widerspruch und Protest gegenüber den bestehenden sozialen Herrschaftsverhältnissen. Politische Bildung eröffnet allen Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen Räume und Erfahrungen, durch die sie sich Politik als gesellschaftliches Handlungsfeld aneignen können. Sie ermöglicht Lernprozesse der Selbst- und Weltaneignung in der Auseinandersetzung mit anderen, um Wege zu finden, das Bestehende nicht nur mitzugestalten und zu reproduzieren, sondern individuell und kollektiv handelnd zu verändern. Im Handeln entsteht die Möglichkeit, etwas Neues zu erfahren, zu denken und zu begründen.“

Initiatorinnen und Initiatoren:

Prof. Dr. Andreas Eis, Universität Oldenburg
(andreas.eis@uni-oldenburg.de)

PD Dr.in Bettina Lösch, Universität Köln (bettina.loesch@uni-koeln.de)

Prof. Dr. Achim Schröder, Hochschule Darmstadt
(achim.schroeder@h-da.de)

Prof. Dr. Gerd Steffens, Universität Kassel (gsteff@uni-kassel.de)

Die Möglichkeit zur Unterzeichnung dieser Erklärung und zu ihrer Kommentierung findet sich unter folgendem Link: www.sozarb.h-da.de/politische-jugendbildung/frankfurter-erklaerung

Ersetzen die Sustainable Development Goals die Millennium-Entwicklungsziele?

In diesem Jahr laufen die Millennium-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen (VN) aus. Auch wenn einiges erreicht wurde, konnten längst nicht alle Ziele umgesetzt werden. Die VN haben nun die Millennium-Entwicklungsziele (MDG) durch Sustainable Development Goals (SDG) ersetzt. Dafür wurden Indikatoren für deren Operationalisierung entwickelt. Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit schreibt Deutschland eine besondere Rolle bei der Umsetzung der SDG zu. Bei der Weiterentwicklung der MDG soll der Fokus stärker auf Nachhaltigkeitsaspekten liegen. Anders als die MDG, die insbesondere für die Entwicklungsländer galten, sollen die SDG auch für Schwellen- und Industrieländer konzipiert werden. Auch Deutschland müsse die Ziele mit der eigenen Nachhaltigkeitsstrategie verbinden, so die Experten. Diese Entwicklung wird jedoch nicht von allen als unproblematisch eingeschätzt. Experten des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE) z. B. sehen die SDG kritisch,

da aus ihrer Sicht die Gefahr besteht, dass mit dem neuen Namen das eigentliche Problem, die globale ökonomische und soziale Ungleichheit abzubauen, nicht wirklich bewältigt werden kann. Das DIE hat aus diesem Grund begonnen, die SDG und die Indikatoren kritisch zu kommentieren. Die Studie des DIE soll bis Mitte November 2015 erste Antworten liefern.

Informationen zu den SDG: <https://sustainabledevelopment.un.org/topics/sustainabledevelopmentgoals>

Kommentierung des DIE: www.epo.de/index.php?option=com_content&view=article&id=11141:die-kommentiert-nachhaltige-entwicklungsziele-der-uno&catid=123&Itemid=139



Klimaziele 2020: Aktionsbündnis für den Klimaschutz

Die Bundesregierung hat ein Aktionsbündnis Klimaschutz mit Vertreterinnen und Vertretern aus allen gesellschaftlichen Gruppen gestartet. Es soll dabei helfen, das im letzten Dezember 2014 beschlossene Aktionsprogramm Klimaschutz 2020 wirkungsvoll umzusetzen. Bis zum Jahr 2020 sollen die Treibhausgasemissionen in Deutschland um 40 % im Vergleich zu 1990 sinken – so lautet das Klimaszutzziel der Bundesregierung. Das Programm enthält ein Bündel von Maßnahmen, die nun konkret umgesetzt werden müssen. Ende 2015 wird der erste Klimaschutzbericht Aufschluss darüber geben, wie weit die im Programm enthaltenen Maßnahmen bereits umgesetzt wurden. Im Mittelpunkt der Gespräche des Aktionsbündnisses stehen insbesondere zwei Fragen: Welche zusätzlichen Möglich-

keiten und Potenziale können im Rahmen der Umsetzung des Aktionsprogramms Klimaschutz 2020 erschlossen werden? Wie sollen der weitere Prozess und die Arbeitsweise des Aktionsbündnisses gestaltet werden? Ziel ist es, gemeinsam Lösungen zu finden, die von der gesamten Gesellschaft getragen werden und helfen, das Maßnahmenprogramm umzusetzen. Das ist gerade dort wichtig, wo das Aktionsprogramm auf die Unterstützung durch Länder, Kommunen oder gesellschaftliche Akteure wie Verbände und Vereine angewiesen ist.

Quelle und weitere Informationen: www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Bundesregierung/Bundespresseamt/_node.html

Nationale Plattform – Bildung für nachhaltige Entwicklung

Spitzenvertreter aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft diskutieren konkrete Maßnahmen zur strukturellen Verankerung der BNE in allen Bildungsbereichen. Das Ziel ist die Entwicklung eines Nationalen Aktionsplans Bildung für nachhaltige Entwicklung bis 2017. Bundesbildungsministerin Johanna Wanka hat im September 2015 die Nationale Plattform Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) gegründet. Unter dem Vorsitz der Staatssekretärin des BMBF, Cornelia Quennet-Thielen, vereint das Gremium Spitzenvertreter aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft. Sein Ziel ist es, konkrete Maßnahmen zur strukturellen Verankerung der BNE in allen Bildungsbereichen zu entwickeln.

Deutschland ist bislang der einzige Staat, der die nationale Umsetzung des UNESCO-Weltaktionsprogramms BNE so hochrangig in einer nationalen Plattform verankert. Einmal im Jahr lädt das BMBF künftig alle Akteure zu einem großen Agenda-Kongress nach Berlin ein.

Quelle: Pressemitteilung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung vom 29.09.2015

Weitere Informationen: www.bmbf.de/de/bildung-fuer-nachhaltige-entwicklung-535.html

Demokratie stärken, demokratisches Lernen vorbereiten – 100. Jahrestag der ersten Demokratie in Deutschland

Mit einem Thesenpapier zum Thema „Thüringen 19_19: Demokratie stärken, demokratisches Lernen vorbereiten. Ein tätiges Jubiläum der Weimarer Republik 2019“ haben sich verschiedene Akteurinnen und Akteure der politischen Bildung aus Thüringen und darüber hinaus zu Wort gemeldet. Sie nehmen das 100jährige Jubiläum im Jahr 2019 zum Anlass, die erste parlamentarische Demokratie in Deutschland zu würdigen und gleichzeitig über ihr Scheitern und dessen Gründe nachzudenken. Mit dem Projekt „Thüringen 19_19“ sollen die modernen demokratischen Traditionen, die in der Weimarer Verfassung bis heute unbestritten angelegt worden sind, aufgegriffen und für die Weiterentwicklung der Demokratie bewusst gemacht und genutzt werden. Die Unterzeichner/-innen des Thesenpapiers erwarten von der Thüringer Landesregierung ein langfristiges Engagement für das Gedenkjahr in Thüringen, eine finanzielle und ideelle Unterstützung, ebenso ein bundesweites Engagement.

Das Projekt soll zur Stärkung der Demokratie- und Menschenrechtsbildung beitragen. Eine besondere Bedeutung hat dabei sowohl die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus als auch mit der DDR-Diktatur in ihrer Un-

terschiedlichkeit. Überdies ist – 25 Jahre nach der friedlichen Revolution – Thüringen noch immer eine junge Demokratie. Menschenrechte umfassend zu stärken und zu verwirklichen, Freiheit zu schützen, Verantwortung für die Vergangenheit zu übernehmen und sich aktiv für eine kritische Aufarbeitung der geschichtlichen Ereignisse einzusetzen, Solidarität zu zeigen und sich gegen autoritäre Traditionen zu wenden – das ist das gemeinsame Anliegen von Staat und Zivilgesellschaft. Um die in den Thesen benannten Anliegen exemplarisch und öffentlichkeitswirksam umzusetzen, werden bis 2019 in Kindertagesstätten, Schulen, Einrichtungen außerschulischer Bildung und Gedenkstätten mindestens je 19 besondere Lernorte der Demokratie- und Menschenrechtsbildung dauerhaft qualifiziert und entwickelt.

Die Erstunterzeichner des Thesenpapiers rufen weitere Akteure auf, sich dem Appell anzuschließen und das Papier ebenfalls zu zeichnen.

Quelle, Download des Thesenpapiers sowie weitere Informationen: www.thueringen-19-19.de

„Der Kalte Krieg. Ursachen – Geschichte – Folgen“

„Der Kalte Krieg. Ursachen – Geschichte – Folgen“ heißt die Ausstellung, die das Berliner Kolleg Kalter Krieg und die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur ab März 2016 für die schulische und außerschulische Bildungsarbeit zur Verfügung stellen. Mit ihren Texten, über 160 zeithistorischen Fotos und Dokumenten sowie QR-Codes, die zu Filmdokumenten im Internet verlinken, wird die Ausstellung zu einem Panorama des Kalten Krieges. Sie lädt zu einer Auseinandersetzung mit der Geschichte des Ost-West-Konflikts ein. Die Perspektive der Schau beschränkt sich nicht auf Deutschland oder Europa. Sie beschreibt den Kalten Krieg in seiner globalen Dimension. Die Dynamik des nuklearen Rüstungswettlaufs, die als entscheidend für den Ursprung und die Zuspitzung des Kalten Kriegs gesehen wird, ist einer von drei Schwerpunkten. Ein weiterer Fokus ist auf die „heißen Kriege“ in der Dritten Welt gerichtet, die bis heute wirksame Traumata und ökonomische Entwicklungsdefizite verursachen. Schließlich widmet sich die Ausstellung zeitgenössischen diplomatischen und zivilgesellschaftlichen Initiativen, die den Kalten Krieg mindes-

tens zeitweilig eindämmten und abkühlten. Damit fordert die Ausstellung nicht nur zur historischen Rückschau auf. Sie bietet zugleich Anknüpfungspunkte, sich mit aktuellen internationalen Konflikten oder aber mit den Spätfolgen des Kalten Krieges in der sogenannten Dritten Welt zu befassen, mit denen Europa heute konfrontiert ist.

Die Ausstellung eignet sich für öffentliche Orte – etwa Foyers von Rathäusern, Volkshochschulen, Stadtbibliotheken, Schulen oder Kirchen – und lädt zur Auseinandersetzung mit der Geschichte ein. Die Ausstellung bildet den geeigneten Rahmen für Filmvorführungen, Zeitzeugengespräche, Buchvorstellungen und andere Veranstaltungen. Sie kann ab sofort für eine Schutzgebühr von 30 Euro zuzüglich Versandkosten bestellt werden. Die Rechnungsstellung erfolgt mit der Auslieferung Ende Februar 2016.

Ausführlichere Informationen zur Ausstellung sowie ein Formular, um diese online zu bestellen: www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/kkausstellung

Broschüre: Völkische Siedler/-innen im Ländlichen Raum

Berichte über Dörfer in Ostdeutschland, die von nationalistischen und rechtsextremen Gruppen vereinnahmt werden, tauchen seit Jahren immer wieder in den Medien auf. Mittlerweile hat dieses Phänomen allerdings eine neue Dimension angenommen. Laut einer neuen Broschüre der Amadeu Antonio Stiftung werden bundesweit kleine Gemeinden von sogenannten völkischen Siedler/-innen regelrecht infiltriert. Der ökologische Ansatz dieser Siedler/-innen und ihr Fokus auf die Gemeinschaft ermöglicht es ihnen, schnell in die Gemeinde aufgenommen zu werden und so auf subtile Art ihr rassistisches Weltbild zu propagieren. Die Studie bietet neben einer Einführung in das Thema auch Handlungsempfehlungen für Betroffene und kann so vor Ort als Hilfestellung im Engagement gegen demokratiefeindliche Tendenzen dienen.

Die Broschüre gibt einen Überblick über die Aktivitäten von Völkischen Siedlerinnen und Siedlern, über ihre Argumentationen und Erkennungsmerkmale. Anhand von Alltagssituationen werden Ansätze für Handlungsstrategien gezeigt. Die Broschüre dient Engagierten als Hilfestellung im Engagement gegen demokratiefeindliche Tendenzen. Sie richtet sich aber auch an Kommunen und all jene, die sich immer stärker mit den Völkischen Siedler/-innen auseinandersetzen müssen. Die Publikation wurde durch das Bundesministerium des Innern im Rahmen des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“ gefördert.

Quelle, weitere Informationen, Download und Bestellung der Printversion: www.amadeu-antonio-stiftung.de

Rechtsextremismus online: Hass gegen Fremde ist alltägliche Realität

Blanker Hass gegen Flüchtlinge, Juden, Muslime, Homosexuelle oder Sinti und Roma ist im Social Web alltägliche Realität. Das konstatiert der aktuelle Jahresbericht „Rechtsextremismus online“ von jugendschutz.net. Über 6.000 rechtsextreme Webangebote dokumentierte das Team im vergangenen Jahr, jedes dritte verstieß gegen den Jugendmedienschutz. Christiane Schneider, Leiterin des Bereichs politischer Extremismus bei jugendschutz.net sagt: „Beiträge im Social Web, die an Vorurteile und Ängste anknüpfen, erzielen große Reichweite, auch über Szenekreise hinaus.“ Im Zuge der aktuellen Flüchtlingsdebatte hätten sich die Hinweise auf rassistische Hetze bereits verdreifacht. In 58 % der Fälle gelang es jugendschutz.net, Jugendliche schnell vor gefährdenden Inhalten zu schützen. Effektivstes Mittel war dabei der direkte Kontakt zu den großen Plattformbetreibern. jugendschutz.net leitet Verdachtsfäl-

le, bei denen deutsche Verantwortliche bekannt sind, an die Kommission für Jugendmedienschutz (KJM) weiter, die ein medienrechtliches Verfahren einleitet. Neben der Konfrontation mit unverhohlenem Hass und Gewalt werden Jugendliche auch subtil geködert. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend fördert die Arbeit im Bereich Rechtsextremismus von jugendschutz.net seit 2012.

Quelle: jugendschutz.net vom 29.09.2015

Download: <http://hass-im-netz.info/s/bericht2014>



„Gemeinsam für eine bessere Bildung. Empfehlungen zur gleichberechtigten Bildungsteilhabe von Sinti und Roma in Deutschland“

Die Empfehlungen sind Ergebnisse der Beratungen eines bundesweiten Arbeitskreises, den die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ (EVZ) im Jahr 2013 gegründet hat. An diesem Arbeitskreis und damit an der Erstellung dieser Broschüre waren Fachleute aus Sinti- und Roma-Organisationen (Amaro Drom, Bundes Roma Verband, Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma, Hildegard Lagrenne Stiftung, RomnoKher) maßgeblich beteiligt. Gleichberechtigt wirkten auch Sachverständige aus Ländern, Kommunen, Stiftungen und der Wissenschaft mit. Vertreter/-innen des Bundes nahmen an den Sitzungen des Arbeitskreises beratend und begleitend teil. Die Empfehlungen sollen den Akteurinnen und Akteuren helfen, ihre Bereitschaft zur Verbesserung der Bildungssi-

tuation von Roma und Sinti in Deutschland in nachhaltiges Handeln zu überführen. Sie geben umfangreiche Informationen zum Thema Bildungssituation von Roma und Sinti in Deutschland. Insbesondere den heranwachsenden Sinti und Roma soll damit die gleichberechtigte Bildungsteilhabe erleichtert werden. Dies kann nur gemeinsam im Dialog von Mehrheit und Minderheit gelingen. Die Mitglieder des Arbeitskreises hoffen, dass die Empfehlungen in der deutschen Bildungslandschaft wahrgenommen, geprüft und – wo möglich – wirksam umgesetzt werden.

Quelle und kostenfreie Bestellung: www.stiftung-evz.de/Bildungsempfehlungen

IJAB Publikation FORUM Jugendarbeit International. Kinder- und Jugendhilfe transnational gestalten 2013–2015 ist erschienen

IJAB hat eine neue Ausgabe des „Forum Jugendarbeit International“ mit dem Leitthema „Kinder- und Jugendhilfe transnational gestalten“ herausgegeben. Die Fachbuchreihe richtet mit diesem Schwerpunktthema den Fokus auf die Potenziale der Internationalen Jugendarbeit und die fachliche Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene. Darüber hinaus werden neue Ergebnisse der Austauschforschung und Forschung über Persönlichkeitsentwicklung im Austauschkontext von Fachexpertinnen und -experten vorgestellt.

Die Herausforderungen für die Handlungsfelder der Kinder- und Jugendhilfe für die Fachkräfte, die sich durch die aktuellen internationalen und europäischen Entwicklungen ergeben, werden thematisiert und es wird aufgezeigt, wie die Internationale Jugendarbeit die Akteurinnen und Akteure unterstützen kann, diesen Herausforderungen zu begegnen. Folgende Fragen werden beantwortet: Worin besteht der Mehrwert grenzüberschreitender Zusammenarbeit für Jugendliche, Akteure und Fachkräfte sowie der Sozialen Arbeit? Welche Chancen eröffnen sich und welchen Beitrag kann die Internationale Jugendarbeit

dazu leisten? Welche Erfahrungen liegen in Handlungsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe mit Blick auf die europäische und internationale Dimension in ihrer Arbeit vor? Wie können die Erkenntnisse und Impulse des gegenseitigen Lernens im europäischen und internationalen Kontext auf die nationale Kinder- und Jugendhilfe übertragen werden? Wie geht die Forschung im Bereich der Sozialen Arbeit mit der zunehmenden Europäisierung und Internationalisierung um?

In der Publikation wird ebenso über zwei Jubiläen in der internationalen Zusammenarbeit berichtet: über das Doppeljubiläum 50 Jahre diplomatische Beziehungen Deutschland – Israel und 60 Jahre deutsch-israelischer Jugendaustausch sowie über 20 Jahre deutsch-mongolisches Fachkräfteaustauschprogramm.

Quelle und Bestellung der Publikation: www.ijab.de



Recht auf Engagement. Plädoyers für die Bürgergesellschaft

„Recht auf Engagement. Plädoyers für die Bürgergesellschaft“ lautet der Titel einer Publikation, die von Serge Embacher und Susanne Lang herausgegeben wurde. Hat das „Leitbild Bürgergesellschaft“, wie es von der Enquete-Kommission zur „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ skizziert worden war, noch eine Chance? Muss die Hoffnung auf eine fortschrittliche Engagementpolitik am Ende aufgeben werden? Mit diesen Fragen beschäftigen sich die Autoren/der Autor in der Publikation. Sie soll dabei helfen, neue Perspektiven für eine künftige Politik der Bürgergesellschaft aufzuzeigen. Es gehe vor allem darum, einen neuen und konstruktiven Streit um die Begriffe „Bürgergesellschaft“ und „bürgerschaftliches Engagement“ und deren praktische Konsequenzen zu führen.

Der Sammelband entstand im Nachgang einer Tagung des Arbeitskreises „Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat“ der Friedrich-Ebert-Stiftung, die der Bestandsaufnahme zur Lage und Entwicklung der Bürgergesellschaft nach Vorlage des Berichts der Enquete-Kommission zur „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ diente.

Quelle: www.b-b-e.de

Weitere Informationen: <http://dietz-verlag.de>



Stellungnahme der AGJ fordert die Einbeziehung der Kinder- und Jugendhilfe in die Strategie Europa 2020

Die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ) will mit der Stellungnahme den Bewusstseinsbildungsprozess für kinder- und jugendpolitische Belange bei der Umsetzung der Strategie Europa 2020, die insbesondere eine wirtschafts- und beschäftigungspolitische Ausrichtung aufweist und vorrangig die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der EU-Mitgliedstaaten zum Ziel hat, befördern. Sie nimmt eine Bewertung der für die Kinder- und Jugendhilfe relevanten Themenbereiche im Nationalen Reformprogramm Deutschland (NRP) 2015 und der Strategischen Sozialberichterstattung 2015 sowie der vorausgegangenen länderspezifischen Empfehlungen des Rates der Europäischen Union vom 8. Juli 2014 zum Nationalen Reformprogramm 2014 vor. Die AGJ unterstreicht, dass neben den zentralen Bereichen (Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung) auch alle Politikbereiche zur Erreichung der übergeordneten Ziele der Strategie Europa 2020 beitragen – insbesondere auch, weil diese bildungs- und sozialpolitische Kernziele setzt. Damit sind die sozialen Bereiche Kindheit und Jugend, (non-formale) (Aus-)Bildung sowie soziale Integration und Inklusion einbezogen und

müssen fachpolitisch begleitet werden. Umgekehrt haben die wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Zielsetzungen im Rahmen der Strategie Europa 2020 bedeutende Auswirkungen auf die Lebenslagen von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien. In ihrer anwaltschaftlichen Funktion für alle Kinder und Jugendlichen (§ 1 SGB VIII) setzt sich die AGJ daher für die stärkere Berücksichtigung der Rechte und des Wohlergehens von Kindern und Jugendlichen im Rahmen der Strategie Europa 2020 mit dem Ziel der Verbesserung der Lebenslagen von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien ein.

Quelle: Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe
Download der Stellungnahme: www.jugendhilfeportal.de



Neue Broschüre „Europäische Erwachsenenbildung in Deutschland“

Die Nationale Agentur beim Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) hat eine kleine Broschüre veröffentlicht, in der ein Überblick über die Aktivitäten zum Thema „Europäische Erwachsenenbildung in Deutschland“ gegeben wird. Drei Bereiche werden vorgestellt: Fördermöglichkeiten für Erwachsenenbildungsprojekte durch das EU-Programm Erasmus+, die Tätigkeiten der Nationalen Koordinierungsstelle Europäische Agenda für Erwachsenenbildung sowie Angebote zur grenzüberschreitenden Vernetzung mit EPALE, der E-Plattform für Erwachsenenbildung in Europa. Die Nationale Agentur besteht seit dem Jahr 2000 und arbeitet

im Auftrag und mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Sie ist die Nationale Agentur für das EU-Bildungsprogramm Erasmus+ im Bereich der Berufsbildung und der Erwachsenenbildung in Deutschland.

Quelle, Bestellung und Download der Broschüre: www.na-bibb.de



„Deutscher Weiterbildungsatlas“ erschienen

Viele Studien zeigen, dass Bildungschancen in Deutschland ungleich verteilt sind – das gilt auch für die Weiterbildung. Dass sich die Bildungschancen Erwachsener jedoch nicht nur in den üblichen Merkmalen wie Herkunft oder in demografischen Faktoren unterscheiden, sondern auch regional unterschiedlich sind, belegen jetzt die Analysen empirischer Daten, die das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung (DIE) in der Publikation „Deutscher Weiterbildungsatlas“ vorlegt (Herausgeber: Harm Kuper, Andreas Martin, Klaus Schömann und Josef Schrader). Die Daten bilden die Weiterbildungsbeteiligung der Bevölkerung ab 25 Jahren in den 96 Raumordnungsregionen der Bundesrepublik Deutschland ab und erfassen die regionalen Wei-

terbildungsangebote. Ein Schwerpunkt der Untersuchung lag auf den regional spezifischen Disparitäten des Weiterbildungsverhaltens für Bevölkerungsgruppen mit geringer Weiterbildungsbeteiligung wie z. B. Geringqualifizierte. Die Fallstudien zu sechs ausgewählten Regionen legen nahe, dass es regional unterschiedliche förderliche und hemmende Kontextfaktoren für die Bildungschancen Erwachsener gibt. Die Publikation steht ungekürzt und kostenfrei auf wbv Open Access zur Verfügung.

Quelle: www.wbv.de/artikel/14---1127w

Open Access: www.die-bonn.de/id/31566

Dritter Europäischer Jugendbericht erschienen

Der dritte Europäische Jugendbericht gibt einen umfassenden Einblick in die Situation der Jugend und zum Stand der Jugendpolitik in Europa. Er bezieht sich auf den zweiten Arbeitszyklus 2013–2015 der EU-Jugendstrategie. Deutlich wird, dass jugendpolitische Belange quer zu verschiedenen Politikfeldern liegen. Die einzelnen Berichte der Mitgliedstaaten bestätigen darüber hinaus, dass die EU-Jugendstrategie eine solide Basis der Jugendpolitik und der jugendpolitischen Kooperation in der EU darstellt.

Der Bericht besteht aus zwei Paketen von Arbeitsdokumenten der Europäischen Kommission – ein sechsteiliger Bericht zur Situation der 90 Mio. junger Menschen in der EU und einer zur Umsetzung der EU-Jugendstrategie mit einer ausführlichen Zusammenfassung der auf nationaler und EU-Ebene getroffenen Maßnahmen. Grundlage für die Berichterstattung sind Antworten der EU-Länder zu

einem Fragekatalog der Kommission, der alle acht strategischen Aktionsbereiche abdeckt, sowie Befragungen junger Menschen in den einzelnen EU-Ländern.

Quelle und weitere Informationen: www.jugendpolitikineuropa.de



Download: http://ec.europa.eu/youth/news/2015/0915-eu-youth-report-2015_en.htm



Ausschreibungen und Wettbewerbe

Jugendengagement sozial und digital: Das Programm Think Big

Digitale Kompetenzen sind heutzutage eine Schlüsselqualifikation. Das Internet und digitale Technologien prägen das Aufwachsen und den Alltag von Jugendlichen. Der aktive, kritische und kreative Umgang mit digitalen Medien wird damit zu einer wichtigen Kompetenz für die gesellschaftliche Teilhabe junger Menschen und damit auch für Lebens- und Berufsperspektiven.

Dass sie ihre eigene Umwelt auch durch den Einsatz digitaler Medien mitgestalten können, erfahren Jugendliche zwischen 14 und 25 Jahren im Programm „Think Big“. Das Programm der Telefónica Stiftung und der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung gemeinsam mit O₂ fördert bundesweit digitale und soziale Projektideen, die von Jugendlichen initiiert und umgesetzt werden. Dabei werden sie mit finanziellen Mitteln und Coaching durch ein Partnernetzwerk aus (medien-)pädagogischen Einrichtungen vor Ort unterstützt. Sie lernen, wie sie Medien gewinnbringend

für die Planung, Umsetzung und Dokumentation ihrer sozialen Projekte nutzen können und werden so zu aktiven Medien-Produzenten. Die Ideen reichen von einer Plattform für junge Künstler/-innen über einen YouTube-Kanal gegen Rassismus bis hin zu Apps, die den Schulalltag vereinfachen oder das Thema Börse spielerisch erklären.

Jugendliche können sich mit einem kurzen Text zu ihrer Idee oder mit einem Video auf der Programmhauptseite um eine Projektförderung bewerben und werden automatisch von einem Think Big-Projektpartner kontaktiert. Gemeinsam gehen sie die nächsten Schritte zur Projektumsetzung an.

Bewerbung, weitere Informationen zu den weiteren Fördermöglichkeiten und Qualifizierungsangeboten: www.think-big.org oder per Mail bei nina.cvetek@dkjs.de

Ausschreibung im März 2016: „Ich kann was!“-Initiative fördert Projekte in der offenen Kinder- und Jugendarbeit

Jeder kann etwas! Doch nicht alle Kinder und Jugendliche bekommen die Chance zu zeigen, was in ihnen steckt. Viel zu oft entscheidet die soziale Herkunft darüber, ob junge Menschen ihre Talente und Fähigkeiten entfalten können. Die „Ich kann was!“-Initiative, die 2009 von der Deutschen Telekom gegründet und zwei Jahre später von engagierten Mitarbeitern des Unternehmens in einen Verein überführt wurde, fördert Projekte oder Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit, die sich für den Kompetenzerwerb von Kindern und Jugendlichen einsetzen. Die Initiative will so die individuellen Kompetenzen junger Menschen im Alter von 9 bis 14 Jahren stärken und einen Beitrag zu mehr Chancengerechtigkeit leisten. Knapp 900 Projekte sind seit dem Start der Initiative mit rund 5 Millionen Euro gefördert worden. Die Bandbreite reicht von Projekten zum Erwerb von Alltagskompetenzen über medien- und kulturpädagogische Projekte bis hin zu erlebnisorientierten Projekten. Die Auswahl der Förderprojekte erfolgt durch

den Beirat der Initiative, der sich aus renommierten Experten aus Wissenschaft, Pädagogik, Bildungspolitik und Medien zusammensetzt.

Einmal im Jahr führt die Initiative hierfür eine bundesweite Ausschreibung durch, bei der sich Projekte und Einrichtungen um eine finanzielle Förderung bewerben können. Die Fördersumme orientiert sich jeweils am individuellen Bedarf der Projekte und kann bis zu maximal 10.000 Euro betragen. Die achte Ausschreibung der „Ich kann was!“-Initiative findet vom 1. bis 31. März 2016 statt. Zur Aufnahme in den E-Mail-Verteiler bitte eine Mail an info@initiative-ich-kann-was.de schicken. Dann erhalten Sie zu Beginn des Jahres aktuelle Informationen zur kommenden Ausschreibung.

Weitere Informationen: www.initiative-ich-kann-was.de

Veranstaltungen

22. bis 24. Januar 2016

Nürnberg

„Keine Diskussion!“ – Demokratie und politischer Extremismus. Tagung für gesellschaftspolitisch aktive Jugendliche

Veranstalter: Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)

www.bpb.de/keine-diskussion

25. bis 27. Februar 2016

Werneuchen OT Werftpfuhl

Barcamp politische Bildung – bcpb

Veranstalter: AdB-Projektgruppe „Globalisierung und Medienkommunikation“

www.bcpb.de

13. bis 16. März 2016

Kassel

DGfE-Kongress 2016: Räume für Bildung.
Räume der Bildung

Veranstalter: Deutsche Gesellschaft für Erziehungswissenschaft (DGfE)

www.dgfe2016.de

26. April 2016

Düsseldorf

Religionen und Demokratie.
Ein Thema der politischen Bildung

Veranstalter: Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V. / Landesarbeitsgemeinschaft für eine andere Weiterbildung e. V.

www.adb.de

25. bis 26. April 2016

Kassel

Wut, Protest und Volkes Wille? Tagung zum Thema
Populismus, politische Kultur und Bildung

Veranstalter: Bundeszentrale für politische Bildung / Landeszentralen für politische Bildung Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Berlin

www.bpb.de/212239

2. bis 4. Mai 2015

Berlin

re:publica 2016

Veranstalter: republica GmbH

<https://re-publica.de>

28. bis 30. März 2017

Düsseldorf

16. Kinder- und Jugendhilfetag „22 mio. junge Chancen – gemeinsam.gesellschaft.gerecht.gestalten.“

Veranstalter: Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ

www.jugendhilfetag.de/kontakt

Zeitschriftenschau

Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zum Parlament (APuZ), Heft 33–34/2015 Schwerpunkt: 25 Jahre deutsche Einheit

Heft 35–37 Schwerpunkt: Kapitalismus und Alternativen

Heft 38–39 Schwerpunkt: Hochbetagt

Heft 40 Schwerpunkt: Rechts der Mitte?

Heft 41–42 Schwerpunkt: Weltbilder

Bezug: Bundeszentrale für politische Bildung (bpb): Adenauerallee 86, 53113 Bonn; www.bpb.de

Blätter für deutsche und internationale Politik,

Heft 9/2015 Schwerpunkte z. B.: Flüchtlinge: Der inszenierte Notstand; Griechenland ohne Alternative? Medien: Die neue Macht der Vielen

Heft 10/2015 Schwerpunkte z. B.: Integration als Großaufgabe; EU in Auflösung?; Das TTIP-Regime; Das Geschäft mit der Angst: Krieg gegen Terror

Bezug: Blätter Verlagsgesellschaft mbH, Torstr. 178, 10115 Berlin; www.blaetter.de

deutsche jugend, Heft 9/2015 Schwerpunkt: Körpererfahrungen von Kindern und Jugendlichen

Bezug: Julius Beltz GmbH & Co. KG, Beltz Juventa, Werderstraße 10, 69469 Weinheim; www.beltz.de

DIE – Zeitschrift für Erwachsenenbildung, Heft 4/2015

Schwerpunkt: Bildungslandschaften

Bezug: W. Bertelsmann Verlag, Auf dem Esch 4, 33619 Bielefeld; www.wbv.de oder über den Buchhandel

Dokumente. Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog, Heft 3/2015 Schwerpunkt: 70 Jahre Dialog und Information / 70 ans de dialogue et d'information

Bezug: Verlag Dokumente GmbH, Dottendorfer Str. 86, 53129 Bonn; www.dokumente-documents.info

EB Erwachsenenbildung, hrsg. von der Katholischen Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung, **Heft 3/2015** Schwerpunkt: Die Kunst der Gastfreundschaft

Bezug: W. Bertelsmann Verlag, Auf dem Esch 4, 33619 Bielefeld; www.wbv.de oder über den Buchhandel

EDUCATION PERMANENTE EP, Schweizerische Zeitschrift für Weiterbildung, Heft 3/2015 Schwerpunkt: Abschlüsse ermöglichen – Accès à la qualification

Bezug: Schweizerischer Verband für Weiterbildung SVEB, Oerlikonstraße 38, CH-8057 Zürich; www.alice.ch

forum erwachsenenbildung, hrsg. von der Deutschen Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (DEAE e. V.), **Heft 3/2015** Schwerpunkt: Bilder, die bewegen

Bezug: Waxmann Verlag, Steinfurter Str. 555, 48159 Münster; www.waxmann.com

GWP. Gesellschaft – Wirtschaft – Politik. Sozialwissenschaften für politische Bildung, Heft 3/2015 Schwerpunkte u. a.: Europäischer Emissionshandel: Ungenutzte Potentiale für den Klimaschutz; Griechenland; Inklusive Pädagogik und ihre Bedeutung für die politische Bildung

Bezug: Verlag Barbara Budrich, Stauffenbergstr. 7, 51379 Leverkusen; www.budrich-verlag.de

Hessische Blätter für Volksbildung, hrsg. vom Hessischen Volkshochschulverband e. V. Bielefeld, **Heft 3/2015** Schwerpunkt: Musik und Erwachsenenbildung

Bezug: www.wbv.de/journals/zeitschriften/hessische-blaetter-fuer-volksbildung

Magazin erwachsenenbildung.at. Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs, Heft 25/2015 Schwerpunkt: Vorwärts denken. Diskurse zur Modernisierung der Erwachsenenbildung

Bezug: www.erwachsenenbildung.at/magazin

merz. medien + erziehung – zeitschrift für medienpädagogik, Heft 4/2015 Schwerpunkt: smart fernsehen

Bezug: kopaed verlagsgmbh, Pfälzer-Wald-Str. 64, 81539 München; www.kopaed.de

Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte, Heft 9/2015

Schwerpunkt: Tempo, Tempo! Leben in der Rushhour

Heft 10/2015 Schwerpunkt: Ja – Nein – Vielleicht.
Partizipation im Wandel

Bezug: Verlag J.H.W. Dietz, Dreizehmorgenweg 24, 53175 Berlin; <http://dietz-verlag.de>

POLIS, Zeitschrift der Deutschen Vereinigung für politische Bildung, Heft 3/2015 Schwerpunkt: Ungleichheiten in der Demokratie

Bezug: WOCHENSCHAU VERLAG, Adolf-Damaschke-Str. 10, 65824 Schwalbach/Ts.; www.wochenschau-verlag.de

POLITIKUM. Analysen. Kontroversen. Bildung, Heft 3/2015 Schwerpunkt: Islamischer Staat

Bezug: WOCHENSCHAU VERLAG, Adolf-Damaschke-Str. 10, 65824 Schwalbach/Ts.; www.wochenschau-verlag.de

Wochenschau. Politik und Wirtschaft unterrichten, Heft 2/2015 Schwerpunkte: Ökologie und Ökonomie (Sek. II); Sonderausgabe zum Thema Heterogenität (Sek. I + II)

Bezug: WOCHENSCHAU VERLAG, Adolf-Damaschke-Str. 10, 65824 Schwalbach/Ts.; www.wochenschau-verlag.de

Zeitschrift für Menschenrechte, Heft 1/2015 Schwerpunkt: Menschenrecht und Revolution

Bezug: WOCHENSCHAU VERLAG, Adolf-Damaschke-Str. 10, 65824 Schwalbach/Ts.; www.wochenschau-verlag.de

pb-digital

Bundesländer zu Menschenrechtsbildung befragt – Ergebnisse jetzt als Online-Datenbank verfügbar

Im Jahr 2014 hat das Deutsche Institut für Menschenrechte die für Bildung zuständigen Ministerien aller 16 Bundesländer zu Menschenrechtsbildung befragt. Gefragt wurde u. a., inwiefern Menschenrechtsbildung und das Thema Kinderrechte in den Bildungsplänen, Bildungszielen, Lehrplänen oder Curricula verankert seien und ob es konkrete Pläne gebe, eine Ausrichtung an Menschenrechten ausdrücklich als Bildungsziel stärker im Schulgesetz zu verankern. Es wurde zudem gefragt, ob Menschenrechtsbildung verbindlich in der Aus- und Weiterbildung von schulischem und außerschulischem Bildungspersonal vorgesehen sei und was in den vergangenen zehn Jahren zur Stärkung der Partizipationsrechte von Kindern und Jugendlichen im Bildungsbereich getan wurde. Die Antworten von den zuständigen Ministerien aus 15 Bundesländern finden sich nun in einer Online-Datenbank.

www.institut-fuer-menschenrechte.de/menschenrechtsbildung/datenbank-menschenrechtsbildung

Datenschutz und das Geschäft mit Daten

Datenschutz, das Geschäft mit Daten und auch Überwachung sind wichtige Themen in der Medienpädagogik. Die Web-Dokserie „Do not track“ von arte und dem Bayerischen Rundfunk bringt gute Materialien zusammen, die die meist abstrakten und komplexen Themen anschaulich auf den Punkt bringen. Es werden Themen wie Werbung, Tracking, Apps, Big Data oder Social Media aus einer sehr persönlichen Perspektive der Macher/-innen beleuchtet und die Zusammenhänge veranschaulicht. Es kommen Expertinnen und Experten zu Wort.

<https://donottrack-doc.com/de/episodes>
Quelle: www.medienpaedagogik-praxis.de

Publixphere – eine Online-Diskussionsplattform

Publixphere ist ein öffentlicher Raum, in dem politische Thesen entwickelt und zur Diskussion gestellt werden können. Die User/-innen bestimmen die Agenda, die Redaktion unterstützt den freien Gedankenaustausch, indem sie Hintergrundinformationen liefert sowie Akteurinnen und Akteure/Expertinnen und Experten einlädt, sich daran zu beteiligen. Die Redaktion organisiert und begleitet ebenso Veranstaltungen zu politischen Fragen und verbreitet Informationen über Veranstaltungen anderer. Hinter dem Portal steht mit Publixphere e. V. ein unabhängiger, parteipolitisch neutraler und gemeinnütziger Verein, dessen Ziel es ist, den freien politischen Meinungs austausch in einem geschützten Raum – online wie offline – zu ermöglichen.

<https://publixphere.net>

/e-politik.de/

/e-politik.de/ ist ein Onlinemagazin für Politik, Gesellschaft und Politikwissenschaft mit dem Fokus auf Information, politischer Bildung, (online-)journalistischer Nachwuchsförderung und Beteiligung. Hinter /e-politik.de/ steht ein gemeinnützig-eingetragener, überparteilicher und unabhängiger Verein, der sich ausschließlich durch Mitgliedsbeiträge und Spenden finanziert. Der Verein existiert seit 1999 und hat derzeit vier ständige Redaktionen in Berlin, München, Heidelberg-Mannheim und Köln. Ca. 40 feste und zahlreiche freie Autorinnen und Autoren in Deutschland, Frankreich, Österreich und der Schweiz schreiben für das Onlinemagazin.

<http://e-politik.de>

Neues Angebot unterstützt Fachkräfte in der Jugendarbeit im Umgang mit der Herausforderung Salafismus

Immer mehr junge Menschen in Deutschland schließen sich radikal-islamistischen Gruppen an. Dadurch werden Fachkräfte in Schule, Jugendhilfe und politischer Bildung mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen konfrontiert, die am Salafismus interessiert und für seine Botschaften zumindest anfällig sind. Mitunter wächst ein Gefühl von Überforderung und Hilflosigkeit. Was genau Salafismus ist, was Radikalisierung bedeutet, was Fachkräfte tun können und wer dabei helfen kann, beantwortet der neue Infodi-

erst Radikalisierungsprävention der Bundeszentrale für politische Bildung. Fachleute widmen sich in Aufsätzen und Interviews den drängendsten Herausforderungen für Bildungsakteure in diesem Themenfeld. Eine Datenbank mit den wichtigsten Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern für Prävention und Intervention rundet das Angebot ab. Das Angebot wird regelmäßig erweitert.

www.bpb.de/radikalisierungspraevention

Website dokumentiert das Ende der DDR und die Vereinigung Deutschlands

Eine neu gestaltete Website dokumentiert das Ende der DDR und die Vereinigung Deutschlands. Sie hilft, den Weg vom Untergang der DDR zur Vereinigung beider deutscher Staaten nachzuvollziehen und zu entdecken, wie der frühere Todesstreifen heute aussieht. Die Bundeszentrale für politische Bildung lädt gemeinsam mit ihren Kooperationspartnern, dem Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam und Deutschlandradio, zu einer Reise in die Jahre 1989/90 ein. Zum 25. Jahrestag der Deutschen Einheit wurde die Website komplett neu gestaltet und inhaltlich überarbeitet. Ursachen, Verlauf und Folgen der friedlichen Revolution und des Mauerfalls sowie die Entwicklungen hin zur Deutschen Einheit werden durch umfangreiches historisches Bild-, Audio- und Videomaterial dokumentiert. Zahlreiche schriftliche Quellen ergänzen das Angebot. Auf einem Stadtplan können 24 Orte entlang der Mauer und des ehemaligen Todesstreifens in und um Berlin angesteuert werden. Vergleichsaufnahmen zeigen, wie sie sich seit dem Fall der Mauer im November 1989 verändert haben. Ergänzt wird die Website durch die kostenlose App für Smartphones und Tablets „Die Berliner Mauer“. Mit der Anwendung können Berliner und Besucher unter anderem die Reste der Mauer erkunden, die bis heute erhalten geblieben sind.

www.chronik-der-mauer.de

Impressum

Außerschulische Bildung

Zeitschrift der politischen
Jugend- und Erwachsenenbildung

4/2015

46. Jahrgang

Herausgeber: Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V., vertreten durch
Dr. Paul Ciupke und Ulrike Steimann

Redaktion: Dr. Friedrun Erben

Redaktionsbeirat: Ina Bielenberg, Gertrud Gandenberger, Dr. Meron Mendel,
Wolfgang Pauls, Dr. Melanie Piepenschneider, Dr. Beate Rosenzweig

Redaktions- und Bezugsanschrift:

Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten
Mühlendamm 3, 10178 Berlin
Telefon: 030 400401-11
E-Mail: redaktion@adb.de
adb.de

Gestaltung und Satz: Berliner Süden, berlinersueden.de

Herstellung: Ruksaldruck GmbH + Co. KG, ruksaldruck.de

Bildnachweis: Copyrightthinweise siehe Fotos

Bezugsbedingungen

gültig ab Ausgabe 1/2015

Einzelheft: 7 €

1 bis 3 Abonnements: jährlich 20 €

ab 4 Abonnements: jährlich 16 €

Abonnements für Studenten, Praktikanten,

Referendare, Arbeitslose: jährlich 16 €

Alle Preise zzgl. Porto. Für Ermäßigungen bitte jährlich Bescheinigung übersenden.

Die Mitglieder des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten erhalten je ein Exemplar kostenlos.

Diese Zeitschrift wird maßgeblich durch Mittel des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert und von der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen unterstützt.

Die **Außerschulische Bildung** ist eine Fachzeitschrift für politische Jugend- und Erwachsenenbildung. Sie wird vom Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB) herausgegeben.

Die Fachzeitschrift Außerschulische Bildung ...

- trägt zur fachlichen und wissenschaftlichen Reflexion der Praxis politischer Jugend- und Erwachsenenbildung bei.
- stärkt die Professionalität pädagogischen Handelns.
- nimmt aktuelle und relevante Themen aus Politik und Gesellschaft in den Blick und bereitet sie für die politische Bildung auf.
- macht Beispiele der Bildungsarbeit öffentlich und ist ein Schaufenster des Arbeitsfelds.
- setzt theoretische und fachliche Diskussionen in Beziehung und macht die Diskurse in der Profession und den wissenschaftlichen Bezugsdisziplinen jeweils miteinander bekannt.
- stellt Methoden der politischen Bildung vor.
- präsentiert neue fachbezogene Publikationen und Medienprodukte und schätzt diese in ihrer Relevanz für die Bildungsarbeit ein.
- berichtet über bildungs- und jugendpolitische Entwicklungen in Bund und Ländern.
- verbreitet Nachrichten aus dem AdB und anderen Fachverbänden.

AdB

Arbeitskreis deutscher
Bildungsstätten e.V.

adb.de